

Monatsbericht des BMF

Juli 2015

Monatsbericht des BMF

Juli 2015

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
Х	Wert nicht sinnvoll

□ Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Überblick zur aktuellen Lage	5
Analysen und Berichte	6
Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2016 und Finanzplan des Bundes 2015 bis 2019 Die Finanzverfassungen von föderalistischen Staaten: ein internationaler Vergleich Strukturreformen und Haushaltskonsolidierung: Gegensatz oder Ergänzung? Investieren in Europas Zukunft	18
Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage	37
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht Steuereinnahmen im Juni 2015 Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Juni 2015 Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2015 Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik Termine, Publikationen	43 51 53
Statistiken und Dokumentationen	63
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten des Bundes Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	96 103

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bund hält an seiner stabilen und verlässlichen Haushaltspolitik fest. Am 1. Juli 2015 hat das Bundeskabinett den Regierungsentwurf für einen schuldenfreien Bundeshaushalt 2016 beschlossen. Auch im Finanzplan bis zum Jahr 2019 bleibt die "schwarze Null" fest verankert. Dabei verfolgt der Bund eine generationengerechte Wachstumspolitik. Während die Staatsverschuldung gemessen an der Wirtschaftsleistung kontinuierlich sinkt, werden gleichzeitig die Ausgaben für wichtige Zukunftsinvestitionen in Infrastruktur, Bildung und Forschung erhöht. Damit stärkt der Bund das Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Deutschland und wappnet sich für kommende Herausforderungen.

Die aktuellen Entwicklungen in Griechenland führen einmal mehr vor Augen, wie wichtig ein glaubwürdiger und handlungsfähiger Staat ist. Die Arbeit der Bundesregierung war und ist darauf ausgerichtet, Griechenland gemeinsam mit ihren europäischen Partnern und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) innerhalb des Euroraums zu stabilisieren und auf einen wirtschaftlich erfolgreichen Weg zurückzuführen. Hierzu sind verbindliche, eigene Anstrengungen der griechischen Regierung unerlässlich. Der Schlüssel zum Erfolg liegt in Griechenland selbst. Die positiven Erfahrungen mit anderen Programmländern wie Irland, Spanien und Portugal haben gezeigt, dass finanzielle Solidarität durch



europäische Partner nur in Verbindung mit ambitionierten Reformen in den Mitgliedstaaten zum Erfolg führt.

Im Rahmen einer gemeinsamen Fachtagung mit dem IWF im März dieses Jahres wurden zahlreiche Reformbeispiele präsentiert. Erfolgreiche Reformen zeichnen sich vor allem dadurch aus, dass sie solide öffentliche Finanzen mit nachhaltigen und wachstumsfreundlichen Strukturreformen kombinieren. Viele positive Beispiele aus der ganzen Welt belegen: Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen ergänzen und bestärken sich gegenseitig.



Dr. Thomas Steffen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Überblick zur aktuellen Lage

Wirtschaft

- Die Gesamtheit der Wirtschaftsdaten spricht dafür, dass sich die konjunkturelle Aufwärtsbewegung im 2. Quartal mit moderatem Tempo fortgesetzt hat.
- Der Arbeitsmarkt profitiert vom Aufschwung. Die Beschäftigung nimmt zu und die Arbeitslosigkeit geht zurück.
- Die Preisniveaus auf der Konsumenten- und Produzentenstufe sind nach wie vor sehr stabil.
 Die Energiepreisentwicklung dämpft weiterhin die Inflation. Aber auch die inländischen Preisdeterminanten tragen zur Preisniveaustabilität bei.

Finanzen

- Im Juni 2015 sind die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im Vorjahresvergleich um insgesamt 2,1% gestiegen. Die gemeinschaftlichen Steuern verzeichneten einen Anstieg von 3,7%. Neben der Lohnsteuer trugen die veranlagte Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer zum Aufkommenswachstum bei. Bei den Bundessteuern ergab sich erstmals in diesem Jahr ein Einnahmerückgang in Höhe von 8,2% gegenüber dem Vorjahresmonat. Neben erheblichen Mindereinnahmen bei der Energiesteuer und der Stromsteuer trug hierzu auch der Rückgang des Kraftfahrzeugsteueraufkommens bei, welcher aber aus einer überhöhten Vorjahresbasis resultiert.
- Die Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich weiter positiv. Bis einschließlich Juni 2015 sanken die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 1,7 %. Hauptausschlaggebend ist weiterhin die günstige Entwicklung der Zinsausgaben. Die Einnahmen bis einschließlich Juni übertrafen das Ergebnis des Vorjahreszeitraums um 10,3 %.
- Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende Juni 0,76 %, die Zinsen im Dreimonatsbereich gemessen am Euribor beliefen sich auf 0,014 %.

Europa

- Im Vordergrund der Gespräche der Wirtschafts- und Finanzminister der Eurogruppe am 18. Juni 2015 in Luxemburg standen die Situation in Griechenland, Zypern und Portugal, der IWF-Artikel-IV-Bericht zum Euroraum, der Zusammenhang des Niedrigzinsumfelds mit der Finanzpolitik und die finanz- und wirtschaftspolitischen Empfehlungen an den Euroraum. Bei den Sondertagungen der Eurogruppe am 22., 24., 25. und 27. Juni 2015 in Brüssel ging es um die Lage in Griechenland.
- Beim ECOFIN-Rat am 19. Juni 2015 in Brüssel waren die Investitionsinitiative der Europäischen Kommission, die Bankenstrukturreform, die Banken- und die Kapitalmarktunion, verschiedene Steuerthemen, Beiträge zum Europäischen Rat vom 25. und 26. Juni 2015 sowie die Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts Kernthemen der Beratungen.

Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2016 und Finanzpl an des Bundes 2015 bis 2019

Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2016 und Finanzplan des Bundes 2015 bis 2019

Bundeshaushalt "fit machen" für die Zukunft

- Die Bundesregierung setzt mit dem Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2016 und dem Finanzplan bis 2019 ihre solide Haushaltspolitik konsequent fort. Wie bereits im laufenden Jahr kann der Bundeshaushalt in allen Jahren des neuen Finanzplans ohne neue Schulden ausgeglichen werden.
- Mit ihrer Haushaltspolitik hat die Bundesregierung zudem die Spielräume eröffnet, um ihre wachstumsfreundliche Haushaltspolitik fortzuschreiben. So wurde für die Jahre 2016 bis 2018 ein Programm im Umfang von 10 Mrd. € für Zukunftsinvestitionen – insbesondere für öffentliche Infrastruktur und Energieeffizienz – auf den Weg gebracht.
- Mit dem Beschluss über den Regierungsentwurf 2016 und den Finanzplan bis 2019 wurde das BMF erstmalig beauftragt, federführend Haushaltsanalysen zu zwei ausgewählten Politikbereichen durchzuführen. Solche Haushaltsanalysen, sogenannte Spending Reviews, sind ein im Koalitionsvertrag verankertes Instrument, mit dessen Hilfe die Wirksamkeit von Haushaltsmitteln überprüft und gegebenenfalls verbessert werden soll. Die Ergebnisse dieser Analysen wird die Bundesregierung im Rahmen der Aufstellung des Bundeshaushalts 2017 und des Finanzplans bis 2020 berücksichtigen.

1	Gesamtwirtschaftliche Entwicklung und finanzpolitische Ausgangslagesl	6
2	Bundeshaushalt 2016 und Finanzplan bis 2019	7
2.1	Eckdaten des Regierungsentwurfs und der Finanzplanung	7
2.2	Wesentliche Politikbereiche	10
2.3	Steuereinnahmen	16
2.4	Personal und Verwaltung	17
2.5	Konzeptionelle Entwicklung künftiger Eckwerte	

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung und finanzpolitische Ausgangslage

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft befindet sich weiterhin im Aufschwung. Im 1. Quartal 2015 nahm die gesamtwirtschaftliche Aktivität mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal erneut zu. Nachdem im Schlussquartal 2014 das BIP um 0,7 % angestiegen war, verlangsamte

sich die Dynamik. Zu Beginn dieses Jahres kamen positive Wachstumsimpulse aus dem Inland. So erhöhten die privaten Haushalte und der Staat ihre Konsumausgaben. Die privaten Konsumausgaben profitierten dabei von einer anhaltenden Einkommens- und Beschäftigungsexpansion. Zudem hat der niedrige Ölpreis zu zusätzlichen Kaufkraftsteigerungen bei den Verbrauchern und Kostenentlastungen bei den Unternehmen geführt. Aber auch die Ausweitung der Investitionstätigkeit trug zum Wirtschaftswachstum bei. So stiegen die Investitionen in Bauten und Ausrüstungen gegenüber dem Vorquartal deutlich an. Der Außenhandel

Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2016 und Finanzplan des Bundes 2015 bis 2019

hingegen dämpfte das Wirtschaftswachstum. Die Exporte konnten zwar einen Zuwachs gegenüber dem letzten Quartal 2014 verzeichnen, gleichzeitig weiteten sich allerdings die Importe sehr viel kräftiger aus.

Diese günstigen makroökonomischen Rahmenbedingungen lassen erwarten, dass sich der gesamtwirtschaftliche Aufschwung im weiteren Jahresverlauf fortsetzt. Auch die weiter in die Zukunft weisenden Konjunkturindikatoren, die eine Verbesserung der Stimmung von Unternehmen und Verbrauchern anzeigen, stützen diese Annahme. Die Bundesregierung geht daher in ihrer Frühjahrsprojektion vom April dieses Jahres für die Jahre 2015 und 2016 von einem realen Wirtschaftswachstum von jeweils 1,8 % (Jahresprojektion vom Januar 2015: 1,5 % und 1,6 %) aus.

Finanzpolitische Ausgangslage

Noch im Jahr 2013 musste der Bund neue Schulden in Höhe von 22,1 Mrd. € aufnehmen. Demgegenüber konnte der Bundeshaushalt 2014, der im Soll noch eine Nettokreditaufnahme von 6,5 Mrd. € vorgesehen hatte, im Ergebnis ohne Neuverschuldung ausgeglichen werden. Gleichzeitig konnten rund 2,5 Mrd. € der Schulden des Sondervermögens Investitions- und Tilgungsfonds getilgt werden.

Ein weiterer Meilenstein der Konsolidierungspolitik des Bundes ist der Bundeshaushalt 2015. Erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik ist es mit diesem Haushalt gelungen, die Ausgaben und Einnahmen des Bundes bereits in der Planung ohne neue Schulden in Einklang zu bringen. Dies gilt sowohl für den ersten Bundeshaushalt 2015 als auch für den Nachtragshaushalt 2015 vom Juni dieses Jahres. Mit dem Nachtragshaushalt 2015 wurden u. a. auch die haushalterischen Voraussetzungen geschaffen, um den "Kommunalinvestitionsförderungsfonds" mit 3,5 Mrd. € auszustatten. Mit diesem Sondervermögen gewährt der Bund den Ländern in den Jahren 2015 bis 2018 Finanzhilfen für Investitionen in finanzschwachen Kommunen.

Konsequente Konsolidierung und Sanierung des Bundeshaushalts sind dabei eine Seite der Medaille - Maßnahmen, die auf die Wahrung und Stärkung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit zielen, die andere. Auch hier hat die Bundesregierung in den vergangenen Jahren bereits viel auf den Weg gebracht. So wurden die prioritären Maßnahmen des Koalitionsvertrags, deren Ziel die Steigerung der Zukunftsfähigkeit unseres Landes ist, mit einem Gesamtvolumen von 23 Mrd. € umgesetzt. Diese Mittel fließen schwerpunktmäßig in die Bereiche Bildung und Forschung, Entlastung der Länder und Kommunen, öffentliche Verkehrsinfrastruktur und Entwicklungszusammenarbeit¹.

Zudem hat die Bundesregierung im November 2014 für die Jahre 2016 bis 2018 ein 10-Mrd.-€-Programm für Zukunftsinvestitionen – insbesondere für öffentliche Infrastruktur und Energieeffizienz – beschlossen. Im Nachtragshaushalt 2015 wurden entsprechende Verpflichtungsermächtigungen geschaffen, um damit eine Planungsgrundlage für die Ressorts zu schaffen.

2 Bundeshaushalt 2016 und Finanzplan bis 2019

2.1 Eckdaten des Regierungsentwurfs und der Finanzplanung

Im Regierungsentwurf 2016 und dem Finanzplan bis 2019 werden die Veränderungen abgebildet, die sich aus Schätzabweichungen zwischen der gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung der Bundesregierung auf Grundlage der Jahresprojektion 2015 und den Ergebnissen der Frühjahrsprojektion der Bundesregierung, der Rentenschätzung sowie den Ergebnissen des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" Anfang Mai 2015 ergeben.

¹ Official Development Assistance (ODA).

Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2016 und Finanzpl an des Bundes 2015 bis 2019

Tabelle 1: Eckdaten zum Regierungsentwurf 2015 und zum Finanzplan bis 2019

	Soll	Entwurf	Finanzplan		
	2015	2016	2017	2018	2019
			in Mrd. €		
Ausgaben	301,6	312,0	318,8	326,3	333,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+2,1	+3,4	+2,2	+2,4	+2,1
Einnahmen	301,6	312,0	318,8	326,3	333,1
Steuereinnahmen	278,9	290,0	299,1	312,2	323,8
Nettokreditaufnahme	-	-	-	-	-
nachrichlich:					
Ausgaben für Investitionen (im Jahr 2015 ohne Kommunalinvestitionen)	26,6	30,4	31,2	31,8	30,5

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Im Finanzplan wird die "schwarze Null" durchgängig bis zum Jahr 2019 fortgeschrieben. Mit ihrem Konsolidierungskurs hat sich die Bundesregierung zugleich die Spielräume eröffnet, mit dem Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2016 und dem Finanzplan bis 2019 weitere wachstumsfreundliche Impulse zu setzen, die Kommunen zu unterstützen und ihre Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit noch einmal deutlich zu erhöhen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

So wird auch das angekündigte 10-Mrd.-€-Programm für Zukunftsinvestitionen – insbesondere für öffentliche Infrastruktur und Energieeffizienz – schwerpunktmäßig in den Haushaltsjahren 2016 bis 2018 ausfinanziert. Insgesamt stehen im Jahr 2016 für zusätzliche Zukunftsausgaben 3,1 Mrd. € zur Verfügung. In den Finanzplanjahren 2017 und 2018 sind rund 3,4 Mrd. € beziehungsweise rund 3,5 Mrd. € vorgesehen.

Abbildung 1: Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben im Bundeshaushalt in Mrd. € 350,0 333,1 330,0 307,8 326,3 306,8 303,7 310.0 318.8 296,2 312.0 292,3 301,6 290,0 295,5 285.7 284,3 278.9 270,0 259,7 250,0 258,1 230,0 2009 2010 2011 2012 2013 2014 2015 2016 2017 2018 2019 ----Steuern sowie sonstige Einnahmen Ausgaben

Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2016 und Finanzpl an des Bundes 2015 bis 2019

Mit dem Haushaltsentwurf 2016 steigert der Bund seine Investitionsausgaben – bereinigt um die Zuführung an den Kommunalinvestitionsfonds 2015 – um rund 14,6 % beziehungsweise absolut um rund 3,9 Mrd. € gegenüber dem Nachtragssoll 2015. Damit erhöht der Bundeshaushalt seine Investitionsquote gegenüber dem Jahr 2015 – als Anteil der Investitionsausgaben an den Gesamtausgaben – um rund 1 Prozentpunkt auf rund 9,8 % für das Jahr 2016.

Der Haushaltsentwurf 2016 und der Finanzplan berücksichtigen gleichzeitig auch die Auswirkungen des am 18. Juni 2015 vom Bundestag beschlossenen Gesetzes zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags, mit dem die Bürger insgesamt um rund 5,4 Mrd. € jährlich entlastet werden.

Insgesamt belegen der Regierungsentwurf sowie der Finanzplan erneut, dass das vorrangige Ziel – Haushaltsausgleich ohne Neuverschuldung – nicht im Widerspruch zum Anspruch einer gestaltenden, zukunftsorientierten Politik steht. Im Gegenteil: Anhand des Regierungsentwurfs 2016 und des Finanzplans bis 2019 wird deutlich, dass erst die Entscheidung für eine nachhaltige Haushaltspolitik ohne neue Schulden die Möglichkeiten eröffnet hat, mehr in die Politikfelder der Zukunft zu investieren.

Entwicklung wesentlicher Finanzkennziffern

Bei der Entwicklung des Maastricht-Saldos 2014 und 2015 erreichte Deutschland im Jahr 2014 einen Überschuss in der Maastricht-Abgrenzung von 0,6 % des BIP. Auch im laufenden Jahr wird ein leichter Überschuss des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos erwartet. Es besteht damit ein der konjunkturellen Lage angemessener Sicherheitsabstand zum Referenzwert einer Defizitquote von 3,0 % des BIP.

Nachdem die Schuldenstandsquote jahrzehntelang gestiegen war, haben die Konsolidierungserfolge zu der erforderlichen Trendumkehr beigetragen: Seit dem Jahr 2013 findet eine Rückführung der Schuldenstandsquote statt. Sie ist im Jahr 2013 um 2,2 Prozentpunkte auf 77,1% des BIP und im Jahr 2014 um 2,4 Prozentpunkte auf 74,7% des BIP gesunken. Für den Prognosezeitraum bis zum Jahr 2019 wird ein weiterer kontinuierlicher Rückgang der Schuldenstandsquote bis auf 61 ½% des BIP erwartet. Bereits im Jahr 2016 strebt die Bundesregierung eine Quote unter 70% des BIP an. Damit nähert sich die deutsche Schuldenstandsquote dem Maastricht-Referenzwert von 60% des BIP an.

Situation der Sozialversicherung

Die Sozialversicherungen konnten in den vergangenen Jahren eine positive Einnahmeentwicklung verzeichnen. Trotz der ab dem 1. Juli 2014 wirkenden Leistungsausweitungen aufgrund des Rentenpakets konnte die gesetzliche Rentenversicherung im Jahr 2014 einen Finanzierungsüberschuss von 3,3 Mrd. € erzielen. Im Jahr 2013 betrug der Finanzierungsüberschuss 2.0 Mrd. €. Die Nachhaltigkeitsrücklage war zum Jahresende 2014 mit rund 35 Mrd. € so hoch wie nie zuvor. Dementsprechend konnte der Beitragssatz zum 1. Januar 2015 um 0,2 Prozentpunkte auf 18,7 % gesenkt werden. Auf Basis der aktuellen Rentenschätzung wird davon ausgegangen, dass dieser Beitragssatz bis zum Finanzplanungsjahr 2018 beibehalten werden kann. Für das Jahr 2019 wird nach den derzeitigen Prognosen eine Beitragssatzsteigerung auf 19,1% unterstellt.

Auch die Bundesagentur für Arbeit (BA) ist finanziell stabil aufgestellt. Im Bereich der Arbeitslosenversicherung beträgt der Beitragssatz weiterhin 3,0 %. Die BA verfügte Ende 2014 über eine allgemeine Rücklage in Höhe von 3,4 Mrd. €. In den Jahren 2015 bis 2019 wird die BA bei der von der Bundesregierung erwarteten guten Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung und dem damit einhergehenden Rückgang der Arbeitslosigkeit weiterhin jährliche

Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2016 und Finanzpl an des Bundes 2015 bis 2019

Überschüsse erzielen und somit kein überjähriges Darlehen des Bundes benötigen.

Ebenso stellt sich die Finanzlage der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) weiterhin positiv dar: Gesundheitsfonds und Krankenkassen verfügten Ende 2014 insgesamt über Finanzreserven in Höhe von 28 Mrd. €, davon rund 15,5 Mrd. € bei den Krankenkassen und 12,5 Mrd. € beim Gesundheitsfonds. Mit dem GKV-Finanzstruktur- und Qualitäts-Weiterentwicklungsgesetz wurde der allgemeine Beitragssatz zur GKV zum 1. Januar 2015 von 15,5 % auf 14,6 % gesenkt. Zur Finanzierung der durch die Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds nicht gedeckten Ausgaben kann seither jede Krankenkasse einen kassenindividuellen einkommensabhängigen Zusatzbeitrag erheben. Der rechnerische Durchschnitt der von den 123 Krankenkassen erhobenen Zusatzbeitragssätze liegt seit Anfang 2015 bei rund 0,8 %.

2.2 Wesentliche Politikbereiche

Bildung und Forschung

Die Zukunftsbereiche Bildung, Wissenschaft und Forschung genießen weiterhin hohe Priorität. Insgesamt steigt der Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) im Haushaltsjahr 2016 gegenüber dem Vorjahr um gut 1,1 Mrd. € auf knapp 16,4 Mrd. €. Für den Hochschulpakt stehen rund 2,5 Mrd. € zur Verfügung. Der Pakt für Forschung und Innovation wird fortgesetzt. Die Ausgaben für die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Max-Planck-Gesellschaft, die Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz, die Fraunhofer-Gesellschaft und die Zentren der Helmholtz-Gemeinschaft werden gegenüber dem Vorjahr um 3 % gesteigert. Diese Steigerung finanziert der Bund allein.

Mit der Hightech-Strategie wird die Position Deutschlands im globalen Wettbewerb der Wissensgesellschaft weiter gestärkt. Die thematisch orientierte Forschungs- und Innovationspolitik wird auf sechs prioritäre Zukunftsaufgaben konzentriert: Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, nachhaltiges Wirtschaften und Energie, innovative Arbeitswelt, gesundes Leben, intelligente Mobilität und zivile Sicherheit. Für die Projektförderung im Bereich Forschung und Entwicklung sind im Einzelplan des BMBF rund 2,3 Mrd. € vorgesehen.

Beim Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) steigen ab Sommer/Herbst 2016 die Bedarfssätze und Einkommensfreibeträge, flankiert von zusätzlichen strukturellen Verbesserungen. Insgesamt stehen für das BAföG rund 2,4 Mrd. € zur Verfügung.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung: Die Mittel steigen im Jahr 2016 auf rund 440 Mio. €. Sie sollen neben dem Meister-BAföG insbesondere der Förderung der Berufsorientierung und den überbetrieblichen Berufsbildungsstätten zugutekommen.

Entwicklungszusammenarbeit

Die direkten deutschen Aufwendungen für die Entwicklungszusammenarbeit konnten im Jahr 2014 deutlich gesteigert werden. Nach der aktuellen OECD-Statistik hat Deutschland im vergangenen Jahr netto insgesamt rund 16,25 Mrd. US-Dollar an öffentlichen Mitteln für die Entwicklungszusammenarbeit aufgewandt, nach rund 14,23 Mrd. US-Dollar im Jahr 2013. Absolut gemessen lag Deutschland damit hinter den USA (rund 32,73 Mrd. US-Dollar) und Großbritannien (rund 19,39 Mrd. US-Dollar) an dritter Stelle der Gebernationen.

Die Bundesregierung beabsichtigt, die Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit in den kommenden Jahren weiter zu erhöhen. Ziel der kommenden Jahre ist es, zusammen mit den im Rahmen des "2-Mrd.-€-Pakets" bereits zugesagten Mitteln die ODA-Quote bei mindestens 0,4 % des Bruttonationaleinkommens zu stabilisieren. Insgesamt werden im Finanzplanungszeitraum daher

Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2016 und Finanzplan des Bundes 2015 bis 2019

nochmals zusätzlich mehr als 8,3 Mrd. € für ODA-anrechenbare Ausgaben mit den Schwerpunkten Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und internationale Klimaschutzfinanzierung vorgesehen. Im Jahr 2016 entfällt der Großteil dieser gegenüber dem geltenden Finanzplan zusätzlichen Mittel mit gut 742 Mio. € auf den Einzelplan des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Das Auswärtige Amt (AA) erhält 370 Mio. € und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) 50 Mio. €. Der Ausgabenansatz des BMZ kann mit den genannten sowie weiteren zusätzlichen Mitteln im Jahr 2016 gegenüber dem Vorjahr um rund 14 % deutlich auf rund 7,42 Mrd. € gesteigert werden. Zu den gesamten direkten staatlichen Aufwendungen Deutschlands für Entwicklungszusammenarbeit tragen neben dem Bund u.a. auch die Länder und Kommunen bei.

Innenpolitik

Der Einzelplan des Bundesministeriums des Innern (BMI) weist im Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2016 Ausgaben in Höhe von rund 6,8 Mrd. € auf. Dies bedeutet eine Steigerung um rund 8,2 % gegenüber dem Haushalt 2015.

Die zusätzlichen Mittel kommen insbesondere dem Bereich der Inneren Sicherheit zugute, auf den mit über 4 Mrd. € auch weiterhin der größte Anteil der Mittel insgesamt entfällt. Der Regierungsentwurf sieht für die Bundespolizei im Haushaltsjahr 2016 einen Ansatz in Höhe von rund 2,7 Mrd. € vor. Für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben stehen 250 Mio. € zur Verfügung. Weitere größere Ausgabenbereiche sind das Bundeskriminalamt (BKA) mit rund 446 Mio. €, die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) mit rund 189 Mio. €, das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) mit rund 98 Mio. € sowie das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) mit rund 89 Mio. €.

Auch im Haushalt 2016 wird die Personalausstattung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zur Bewältigung der gestiegenen Asylbewerberzahlen weiter verstärkt. Im Regierungsentwurf werden hierfür weitere 300 Stellen ausgebracht, nachdem bereits mit dem Nachtragshaushalt 2015 750 Stellen sowie Haushaltsmittel für 250 Aushilfskräfte veranschlagt wurden. Im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens zum Haushalt 2016 wird über die Ausbringung von bis zu 700 weiteren Stellen nebst Personal- und Sachmitteln für das BAMF entschieden. Damit wird die Zusage des Bundes eingehalten, in den Jahren 2015 und 2016 bis zu 2000 befristete Stellen auszubringen. Diese zusätzlichen Stellen werden solange im Haushalt verbleiben, wie das gegenwärtige Niveau der Asylanträge bestehen bleibt. Für Integrationskurse werden 50 Mio. € zusätzlich veranschlagt, die Mittel hierfür steigen somit auf rund 309 Mio. €.

Darüber hinaus hat der Bund den Ländern beim Treffen der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefs der Länder am 18. Juni 2015 weitere finanzielle Zusagen zur Bewältigung der gestiegenen Asylbewerberzahlen gemacht. Die ursprünglich für das Jahr 2015 vorgesehene pauschale Hilfe für Länder und Kommunen in Höhe von 500 Mio. € wird auf das Jahr 2015 vorgezogen, sodass Länder und Kommunen im laufenden Jahr insgesamt 1 Mrd. € erhalten. Ab 2016 wird sich der Bund strukturell, dauerhaft und dynamisch an den gesamtstaatlichen Kosten beteiligen, die in Abhängigkeit von der Zahl der Aufnahme der Asylbewerber und Flüchtlinge entstehen.

Die Sportförderung des BMI ist mit rund 160 Mio. € dotiert. Für die Finanzierung der politischen Stiftungen stehen rund 116 Mio. € bereit.

Verteidigung

Die für den Verteidigungshaushalt (Einzelplan 14) vorgesehenen Ausgaben liegen im Regierungsentwurf zum Haushalt 2016 bei

Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2016 und Finanzplan des Bundes 2015 bis 2019

rund 34,4 Mrd. € und damit rund 1,9 Mrd. € über dem bislang geltenden Finanzplan. Im Finanzplan steigt der Plafond bis auf rund 35,2 Mrd. € an. Maßgeblich für den Aufwuchs sind vor allem die Auswirkungen der Tarifund Besoldungsrunde 2014, die Umsetzung der bisher im Einzelplan 60 veranschlagten Ausgaben zur Unterstützung des Abbaus von Zivilpersonal im Rahmen der Strukturreform der Bundeswehr in den Einzelplan 14 sowie die Stärkung des verteidigungsinvestiven Bereichs.

Umwelt und Bauwesen

Für den Einzelplan des BMUB sind im Jahr 2016 insgesamt rund 4,07 Mrd. € vorgesehen. Dies entspricht einem Anstieg von rund 207 Mio. € gegenüber der bisherigen Finanzplanung.

Zur Erfüllung der internationalen Zusagen und der Aussage im Koalitionsvertrag, die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit zu steigern (s. a. Abschnitt "Entwicklungszusammenarbeit"), werden in den kommenden Jahren auch die Mittel für die internationale Klimaschutzinitiative deutlich erhöht (durchschnittlich um rund 75 Mio. € jährlich gegenüber dem bislang geltenden Finanzplan).

Im Jahr 2016 stehen hierfür nunmehr rund 338 Mio. € zur Verfügung. Zusammen mit zusätzlichen im Haushalt des BMZ veranschlagten Mitteln für die Entwicklungszusammenarbeit wird damit dem Finanzbedarf für die internationale Klimafinanzierung (Internationales Klimaschutzabkommen Paris 2015 und Kopenhagen-Zusage) Rechnung getragen. Bei den Endlagerprojekten für radioaktive Abfälle, für die 2016 insgesamt 400 Mio. € vorgesehen sind, ergeben sich im Saldo Veränderungen gegenüber der bisherigen Finanzplanung in Höhe von insgesamt 10 Mio. € im Jahr 2016 und von jährlich 20 Mio. € ab 2017. Für die weitere Sanierung des Sarkophags des ehemaligen Kernkraftwerks in Tschernobyl werden in den Jahren 2016 bis 2019 jährlich 2,8 Mio. € zusätzlich zur Verfügung gestellt.

Im Bereich Bau und Wohnungswesen werden die Mittel für das Wohngeld mit dem Haushaltsentwurf 2016 gegenüber dem Finanzplan um 100 Mio. € auf 730 Mio. € angehoben. Damit wird der Mehrbedarf aus dem Entwurf des Gesetzes zur Reform des Wohngeldrechts und zur Änderung des Wohnraumförderungsgesetzes berücksichtigt, welcher sich derzeit in den parlamentarischen Beratungen befindet und zum 1. Januar 2016 in Kraft treten soll. Mit der Reform soll das Wohngeld an die Entwicklung der Einkommen und der Warmmieten seit der letzten Reform im Jahr 2009 angepasst werden. Außerdem sind die finanziellen Auswirkungen aus dem Entwurf des Gesetzes zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags auf die Wohngeldausgaben abgebildet. Die Leistungen für die Förderung des Städtebaus werden auf dem hohen Niveau der Vorjahre mit einem Programmmittelvolumen von insgesamt 700 Mio. € fortgeschrieben. Für den Bau des Humboldt-Forums im Schlossareal Berlin sind für das Jahr 2016 entsprechend dem erwarteten Baufortschritt investive Zuschüsse in Höhe von 128 Mio. € veranschlagt. Zur Ausfinanzierung des vom Deutschen Bundestag mit dem Nachtragshaushalt 2015 aufgelegten Investitionszuschussprogramms "Kriminalprävention durch Einbruchssicherung" sind Ausgaben in Höhe von 10 Mio. € vorgesehen.

Im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms werden für baubezogene Ansätze im Jahr 2016 Ausgabemittel in Höhe von insgesamt 116 Mio. € sowie Verpflichtungsermächtigungen im Umfang von 165 Mio. € zur Verfügung gestellt. Sie sollen zur Finanzierung der neuen Programme "Modellvorhaben nachhaltiges Wohnen für Studenten und Auszubildende" und "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur" dienen, die Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus sowie das Zuschussprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau "Altersgerecht Umbauen" verstärken und die weitere Stärkung des Standorts der Vereinten Nationen in Bonn ermöglichen.

Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2016 und Finanzpl an des Bundes 2015 bis 2019

Wirtschafts- und Energiepolitik

Der Etat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) wird im Jahr 2016 rund 7,5 Mrd. € betragen. Die Erhöhung um rund 300 Mio. € gegenüber dem bisherigen Finanzplan beruht zu einem erheblichen Teil auf Ausgabensteigerungen zugunsten des deutschen Finanzierungsanteils an den Kosten für die Entwicklung der Ariane 6². Neben zusätzlichen Mitteln für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm sind auch höhere Personalausgaben aufgrund von Tarifsteigerungen berücksichtigt.

Die Finanzierung der seit 2014 im BMWi gebündelten Zuständigkeit für die Energiewende wird auf hohem Niveau fortgeführt. Die Ausgaben für die Energieforschung werden zum Haushalt 2016 in einem Titel konzentriert. Insgesamt sind die Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Einzelplan gestiegen und belaufen sich auf einen Anteil von über 40 % am Etat des BMWi.

Im Bereich der Schwerpunkte Wirtschaftsund Technologieförderung werden die
Ausgaben für Aufgaben der Digitalen Agenda
aufgestockt. In der Mittelstandsförderung wird
ein neuer Titel eingerichtet, um Maßnahmen
zur Förderung der Sozialkompetenz in der
Ausbildung anstoßen zu können. Im Rahmen
der Erschließung von Potenzialen in der
Dienstleistungswirtschaft sind erstmalig
auch Ausgaben zugunsten der Filmförderung
sowie Ausgaben zugunsten der Förderung der
gesellschaftlichen Akzeptanz der Industrie
etatisiert.

Die Ausgaben für die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) werden auf dem zum Haushalt 2015 erhöhten Niveau fortgeführt. Zusätzlich werden sie durch im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms im Einzelplan 60 hierfür veranschlagte weitere

Neben den Ausgaben für die Gemeinschaftsaufgabe sind im Zukunftsinvestitionsprogramm zugunsten des Haushalts des BMWi im Einzelplan 60 Mittel in Höhe von 8 Mio. € für Fortbildungseinrichtungen im Bereich Berufliche Bildung für den Mittelstand vorgesehen sowie Ausgaben für zusätzliche Investitionen in Höhe von 3 Mio. € für das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR).

Verkehr und Digitale Infrastruktur

Die Ausgaben im Einzelplan des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) liegen im Jahr 2016 mit rund 24,4 Mrd. € um rund 0,9 Mrd. € über dem geltenden Finanzplan.

Der Ausgabenanstieg reflektiert in erster Linie die Ausweitung der Verkehrsinvestitionsmittel als prioritäre Maßnahme der Bundesregierung. Zur Stärkung der Investitionen in diesem Bereich tragen neben konventionellen Haushaltsmitteln – insbesondere aus dem 5-Mrd.-€-Investitionspaket 2014 bis 2017 und dem im Einzelplan 60 verorteten Zukunftsinvestitionsprogramm 2016 bis 2018 - auch Mittel aus der zusätzlichen Nutzerfinanzierung bei. Mit der diesjährigen Ausdehnung der Lkw-Maut auf rund 1100 km zusätzliche Bundesstraßen und leichtere Lkw ab einem zulässigen Gesamtgewicht von 7,5 t werden hier wichtige Akzente gesetzt. Insgesamt stehen im kommenden Jahr für Investitionen in die klassischen Verkehrsträger (Straße, Schiene, Wasserstraße) und den kombinierten Verkehr rund 12,3 Mrd. € (einschließlich Einzelplan 60) zur Verfügung (rund 1 Mrd. € gegenüber dem geltenden Finanzplan), die schwerpunktmäßig zum Erhalt und Ausbau der Infrastruktur und für neue Impulse, beispielsweise zur Bekämpfung des Schienenlärms oder Schaffung barrierefreier Bahnhöfe, eingesetzt werden. Die "Verkehrsinvestitionslinie" steigt bis zum Ende

Mittel ergänzt. Damit wird gemäß Koalitionsvertrag ab dem Jahr 2016 ein Ansatz in Höhe von 624 Mio. € für Zwecke der GRW zur Verfügung stehen.

² Serie von europäischen Trägerraketen.

Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2016 und Finanzpl an des Bundes 2015 bis 2019

der Legislaturperiode auf rund 12,8 Mrd. € weiter an.

Im Bereich der digitalen Infrastruktur stärkt die Bundesregierung die Rahmenbedingungen für den Breitbandausbau. Nach der erfolgreichen Versteigerung der vom Rundfunk genutzten Frequenzen mit einem auf den Einzelplan 12 entfallenden Erlös von 1,33 Mrd. € (Digitale Dividende II) wird der Bund – nach Abzug umstellungsbedingter Kosten – seinen 50%igen Anteil zusammen mit den im Rahmen des Zukunftsinvestitionspakets sowie im Finanzplan veranschlagten Ausgabemitteln in Höhe von 1,4 Mrd. € (davon 400 Mio. € im Jahr 2016) für den flächendeckenden Breitbandausbau einsetzen.

Mit dem Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2016 und dem Finanzplan bis 2019 werden auch die Voraussetzungen für die Fortführung des Nationalen Innovationsprogramms Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie geschaffen, für das aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm und im Einzelplan 12 zusätzliche Mittel in Höhe von rund 250 Mio. € für die Jahre 2016 bis 2019 bereitgestellt werden.

Renten- und Krankenversicherung

Die Leistungen des Bundes an die gesetzliche Rentenversicherung erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um rund 2,3 Mrd. € und belaufen sich im Haushaltsjahr 2016 auf insgesamt 86,6 Mrd. €. Gegenüber dem geltenden Finanzplan fallen sie um mehr als 0,6 Mrd. € niedriger aus. Ursächlich hierfür ist ein gegenüber dem geltenden Finanzplan um 0,2 Prozentpunkte niedrigerer Beitragssatz von 18,7 %. Nach wie vor stellen die Leistungen an die Rentenversicherung jedoch den größten Ausgabenblock im Bundeshaushalt dar. Weiter berücksichtigt sind in den Ansätzen die gesamtwirtschaftlichen Eckwerte des Jahreswirtschaftsberichts 2015, die Ergebnisse der aktuellen Rentenschätzung vom April 2015 sowie der Steuerschätzung vom Mai 2015. Im Haushaltsjahr 2016 wirkt zudem noch die bis

dahin befristete Kürzung des allgemeinen Bundeszuschusses an die allgemeine Rentenversicherung aus dem Haushaltsbegleitgesetz 2013.

Der Bundeszuschuss zur pauschalen Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen beläuft sich im Jahr 2016 auf 14 Mrd. € und ist ab dem Jahr 2017 langfristig auf 14,5 Mrd. € festgeschrieben.

Arbeitsmarkt

Für die nächsten Jahre wird weiterhin eine gute Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung erwartet. Nach der aktuellen Frühjahrsprognose 2015 wird der Rückgang der Arbeitslosenzahl höher eingeschätzt als noch auf Basis der Frühjahrsprognose 2014 bisher angenommen. Auch die Erwerbstätigkeit wird sich voraussichtlich weiter positiv entwickeln. Von dieser Arbeitsmarktentwicklung ausgehend ergeben sich folgende Auswirkungen auf den Bundeshaushalt:

Die passiven Leistungen beim Arbeitslosengeld II und bei der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft und Heizung (BBKdU) steigen im Jahr 2016 gegenüber dem geltenden Finanzplan leicht um 0,1 Mrd. €, in der Summe auf 23,9 Mrd. €. Hierbei wirken die im Vergleich zu den früheren gesamtwirtschaftlichen Annahmen gesunkenen Arbeitslosenzahlen ausgabenmindernd. Zugleich sind aber die Regelbedarfsanpassungen und auch die in den Jahren 2015 bis 2017 vorgesehenen zusätzlichen Entlastungen der Kommunen im Vorfeld des Bundesteilhabegesetzes anteilig über eine vorübergehend erhöhte BBKdU im Umfang von 500 Mio. € jährlich ausgabensteigernd. Außerdem wurde die Bundesbeteiligung im Jahr 2017 im Rahmen der Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen um weitere 500 Mio. € aufgestockt. Im weiteren Finanzplanzeitraum steigen die Ausgaben für die passiven Leistungen auf 24,9 Mrd. € im Jahr 2019.

Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2016 und Finanzpl an des Bundes 2015 bis 2019

Die veranschlagten Eingliederungs- und Verwaltungsausgaben in der Grundsicherung für Arbeitsuchende bleiben über den gesamten Finanzplanungszeitraum verstetigt auf dem 2013 erreichten Niveau von knapp 8 Mrd. €. Darüber hinaus dürfen in Umsetzung des Koalitionsvertrags – wie bereits in den Haushaltsjahren 2014 und 2015 – bis zum Jahr 2017 zu Lasten aller Einzelpläne Ausgabereste in Höhe von 350 Mio. € je Jahr in Anspruch genommen werden.

Familie

Gemeinsam mit dem bereits vom Deutschen Bundestag beschlossenen Gesetz zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags, das im Jahr 2016 zu einer Entlastung der Bürger von rund 5,5 Mrd. € führt, werden die familienpolitischen Leistungen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) deutlich ausgeweitet. Der Ressortansatz steigt auf 9,183 Mrd. € im Jahr 2016. Der weitaus größte Anteil davon entfällt auf das Elterngeld mit 5,795 Mrd. €. Die Einführung des Elterngeld Plus und des Partnerschaftsbonus ab dem 1. Juli 2015 wurde berücksichtigt. Für den Kinderzuschlag ist im Jahr 2016 ein Betrag von 385 Mio. € vorgesehen. Für das Betreuungsgeld beträgt der Ansatz 1Mrd. €.

Dem Sondervermögen "Kinderbetreuungsausbau" werden 230 Mio. € im Jahr 2016 zugeführt, für die restlichen 320 Mio. € ist im Finanzplan Vorsorge getroffen worden.

Die Hilfen im Rahmen des Fonds "Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990" werden entsprechend der Zahl der gemeldeten Betroffenen bedarfsgerecht aufgestockt. Das Modellprogramm Mehrgenerationenhäuser wird im Jahr 2016 mit 14 Mio. € etatisiert; für die Folgejahre bis 2019 ist Vorsorge getroffen worden. Insgesamt stehen neben den Ausgaben für gesetzliche Leistungen rund 780 Mio. € für die vielfältigen Programme innerhalb des Einzelplans zur Verfügung.

Damit wird gewährleistet, dass diese Programme – insbesondere Kinder- und Jugendplan, Freiwilligendienste, Maßnahmen im Rahmen der Qualifizierungsoffensive – auf hohem Niveau fortgeführt werden können.

Aus den Mitteln des Zukunftsinvestitionsprogramms hat das Ressort für das Bundesprogramm "KitaPlus" einen Betrag von 100 Mio. € erhalten. Im Jahr 2016 sind hierfür Mittel in Höhe von 33,5 Mio. € vorgesehen; für die restlichen Mittel ist im Finanzplan 2017 und 2018 Vorsorge getroffen worden.

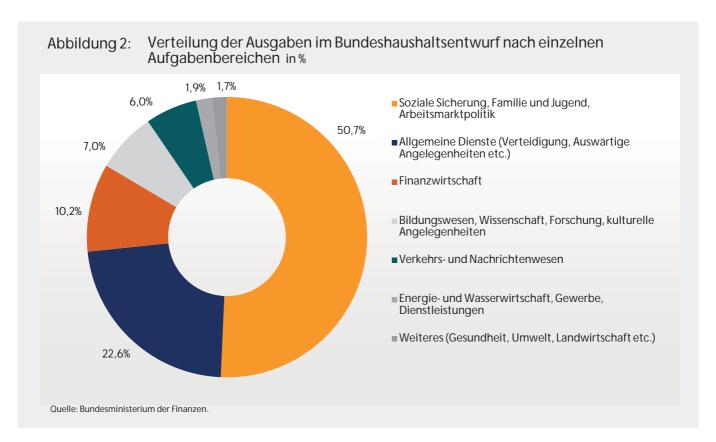
Ernährung und Landwirtschaft

Der Regierungsentwurf 2016 sieht für den Haushalt (Einzelplan 10) des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) Ausgaben in Höhe von rund 5,5 Mrd. € vor. Den Schwerpunkt bildet hierbei die Agrarsozialpolitik. Zur Förderung des eigenständigen agrarsozialen Sicherungssystems stellt der Bund im Jahr 2016 Zuschüsse in Höhe von rund 3,7 Mrd. € zur Verfügung und trägt damit dazu bei, den Strukturwandel in der Landwirtschaft sozial abzufedern.

Für die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK) als das wichtigste nationale Förderinstrument für die Agrarwirtschaft, den Küstenschutz und die ländlichen Räume werden im Jahr 2016 Bundesmittel in Höhe von 620 Mio. € bereitgestellt. Die Erhöhung um 30 Mio. € im Vergleich zur bisherigen Finanzplanung soll Impulse für zusätzliche Investitionen in ländlichen Räumen geben. Auch im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms sind in den Jahren 2016 bis 2018 Mittel in Höhe von 100 Mio. € jährlich zugunsten des Sonderrahmenplans für Maßnahmen des präventiven Hochwasserschutzes der GAK vorgesehen.

Die auf den Einzelplan 10 entfallende Globale Mehrausgabe für Zukunftsinvestitionen in Höhe von knapp 17 Mio. € wird im Jahr 2016 insbesondere für zukunftsorientierte Maßnahmen in den Bereichen Modell- und

Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2016 und Finanzplan des Bundes 2015 bis 2019



Demonstrationsvorhaben, nachwachsende Rohstoffe und bilaterale technische Zusammenarbeit mit dem Ausland sowie für investive Ausgaben bei den Forschungsinstituten verwendet.

Darüber hinaus werden 15 Mio. € im Jahr 2016 sowie jeweils 25 Mio. € in den beiden Folgejahren bereitgestellt, um den Energieeinsatz in Landwirtschaft und Gartenbau effizienter zu gestalten und damit dazu beizutragen, die Umweltverträglichkeit und Wettbewerbsfähigkeit dieser Sektoren zu stärken.

2.3 Steuereinnahmen

Basierend auf den gesamtwirtschaftlichen Eckwerten und auf der Grundlage des geltenden Steuerrechts wird im gesamten Schätzzeitraum, ausgehend vom vergangenen Ist-Jahr 2014, bis zum Ende des Schätzzeitraums 2019 ein Zuwachs der Steuereinnahmen um 19,4 % erwartet. In der Steuerschätzung spiegelt sich die erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland wider, die sich in weiter

steigender Beschäftigung, wachsenden Einkommen der privaten Haushalte und stabilen Gewinnen der Unternehmen äußert.

So prognostiziert der Arbeitskreis "Steuerschätzungen" für das Jahr 2015 Steuereinnahmen in Höhe von insgesamt 666,5 Mrd. €; davon entfallen auf den Bund 280,3 Mrd. €. In den Folgejahren wird ein wachsendes Aufkommen von 691,4 Mrd. € im Jahr 2016 (Bund: 293,0 Mrd. €) über 715,5 Mrd. € im Jahr 2017 (Bund: 302,4 Mrd. €) und 742,7 Mrd. € im Jahr 2018 (Bund: 314,7 Mrd. €) bis hin zu 768,7 Mrd. € im Jahr 2019 (Bund: 326,3 Mrd. €) vorausgeschätzt.

Die größte Dynamik ist weiterhin bei den gemeinschaftlichen Steuern zu erwarten: Deren Anteil am Gesamtsteueraufkommen wird voraussichtlich von 71,7 % im Jahr 2014 auf 74,4 % im Jahr 2019 steigen. Jedoch verbergen sich hinter der Entwicklung deutlich divergierende Änderungsraten bei den einzelnen Steueraten, aus denen sich die gemeinschaftlichen Steuern zusammensetzen. Der stärkste Auf-

Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2016 und Finanzpl an des Bundes 2015 bis 2019

kommensanstieg wird für die Lohnsteuer mit einem Zuwachs von 32,1% im Jahr 2019 gegenüber dem Basisjahr 2014 erwartet.

Für die reinen Bundessteuern werden bei den meisten Steuerarten im Schätzzeitraum leichte Rückgänge projiziert. Dies betrifft beispielsweise die beiden großen Verbrauchsteuern Energiesteuer und Tabaksteuer, bei denen mittelfristig mit weiteren Verbrauchseinschränkungen gerechnet wird. Lediglich die guten Entwicklungen der Versicherungsteuer (13,7 % bis 2019) sowie des Solidaritätszuschlags (22,0 % bis 2019), der an die Zuwächse bei seinen Bemessungsgrundlagen (Lohn- und Einkommensteuer; Körperschaftsteuer) gekoppelt ist, sorgen für ein leichtes Plus bei den reinen Bundessteuern (4,5 % bis 2019).

Die volkswirtschaftliche Steuerquote sinkt im Jahr 2015 voraussichtlich auf 22,10 % (2014: 22,16 %). Bis zum Ende des Schätzzeitraums nimmt die Quote nach Einschätzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" wieder leicht zu und wird im Jahr 2019 bei 22,45 % liegen.

2.4 Personal und Verwaltung

Im Bundeshaushalt 2016 wurden - unter Berücksichtigung von Kompensationen durch den Wegfall von Stellen und refinanzierten Stellen – insgesamt rund 1390 Stellen neu ausgebracht; davon allein 450 zur Steigerung der Kapazitäten bei der Durchführung von Asylverfahren. Der Stellenbestand des Bundes im Jahr 2016 (rund 248 570 Stellen) ist gegenüber dem Jahr 2015 (einschließlich Nachtragshaushalt 2015: rund 249 190 Stellen) durch den Wegfall von Stellen infolge der Auswirkungen der Strukturreform der Bundeswehr, durch den Ausgleich für neu ausgebrachte Stellen sowie den planmäßigen Stellenabbau in einzelnen Bereichen leicht gesunken. Weitere Schwerpunkte bei der Ausbringung von Stellen waren die Bereiche Innere Sicherheit (Bundespolizei: 350 Stellen) und IT-Sicherheit (85 Stellen).

2.5 Konzeptionelle Entwicklung künftiger Eckwerte

Um das seit dem Jahr 2012 geltende Eckwerte-Verfahren der Haushaltsaufstellung stärker inhaltlich auszurichten und die Wirkungsorientierung des Haushalts zu verbessern, wurde im Koalitionsvertrag vereinbart, das Haushaltsaufstellungsverfahren um einnahme- und ausgabeseitige Haushaltsanalysen in ausgewählten Politikbereichen, sogenannte Spending Reviews, zu ergänzen.

Im Rahmen eines jeden Review-Zyklus wird sich ein Lenkungsausschuss auf Staatssekretärsebene konstituieren. Ständige Mitglieder des Ausschusses werden das federführende BMF sowie das Bundeskanzleramt sein; hinzu treten die ieweils fachlich betroffenen Ressorts. Der Lenkungsausschuss konkretisiert den Arbeitsauftrag des Bundeskabinetts, steuert die Spending Reviews und setzt pro Thema eine Arbeitsgruppe aus Mitarbeitern des thematisch betroffenen Ressorts und des BMF – und gegebenenfalls externen Experten – ein. Die Arbeitsgruppen haben den Auftrag, Entscheidungsvorschläge zu entwickeln, die in das nachfolgende Verfahren zur Aufstellung des Haushalts eingehen können. Der Lenkungsausschuss entscheidet, ob und wie die Vorschläge der Arbeitsgruppen berücksichtigt werden.

Bis zum Eckwertebeschluss für den Bundeshaushalt 2017 und den Finanzplan bis 2020 im März kommenden Jahres sollen zu den Themen Förderung des kombinierten Verkehrs und Förderung der beruflichen Mobilität von ausbildungsinteressierten Jugendlichen aus Europa (MobiPro-EU) erste Spending Reviews durchgeführt werden. Dabei wird ergebnisoffen geprüft, ob die mit der jeweiligen Maßnahme intendierten Ziele weiterhin prioritär sind, diese Ziele erreicht werden und dies gegebenenfalls wirtschaftlich geschieht. Dann soll auch entschieden werden, ob eine Mittelumschichtung sinnvoll wäre.

Die Finanzverfassungen von föderal istischen Staaten: ein internationaler Vergleich

Die Finanzverfassungen von föderalistischen Staaten: ein internationaler Vergleich

Kurzfassung der Ergebnisse eines Forschungsvorhabens der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im Auftrag des BMF¹

- Im Ergebnis der Untersuchung verschiedener Föderalstaaten und Quasi-Föderalstaaten lassen sich zwei Arten von Finanzverfassungen unterscheiden: die dezentralisierte und die integrierte Finanzverfassung.
- Die Vereinigten Staaten, Kanada, die Schweiz, Australien, Argentinien und Mexiko weisen dezentral ausgerichtete Finanzverfassungen auf, während die Finanzverfassungen von Österreich, Belgien, Brasilien, Deutschland, Indien, Italien, Russland, Südafrika und Spanien integriert sind. Die Finanzverfassung der Bundesrepublik Deutschland gehört, neben jener von Spanien, zu den integriertesten aller in den föderalistischen Staaten geltenden Finanzverfassungen.
- Finanzverfassungen unterscheiden sich in Bezug auf die Kohärenz ihrer institutionellen Regelungen. Kohärente Finanzverfassungen sind solche, deren Regeln "zusammenpassen", also gut aufeinander abgestimmt sind.
- Sehr vorläufige Evidenz deutet darauf hin, dass der Grad der Dezentralisierung der Finanzverfassungen kaum Auswirkungen auf die Wirtschafts- und Haushaltsergebnisse hat – die Kohärenz der Finanzverfassungen aber sehr wohl.
- Verfassungsreformen, die den Finanzföderalismus und den Haushaltsrahmen betreffen, müssen sorgfältig aufeinander abgestimmt sein, wenn sie finanz- und wirtschaftspolitisch erfolgreich sein sollen. Dies wird auch als "Reform-Kohärenz" bezeichnet.

1	Was ist eine Finanzverfassung?	19
2	Bausteine und Elemente von Finanzverfassungen	
3	Finanzverfassungen unterscheiden sich erheblich voneinander	
4	Entwicklung der Finanzverfassungen im Zeitverlauf	21
5	Finanzverfassungen und Haushaltsergebnisse	
6	Was zeichnet die deutsche Finanzverfassung aus?	

¹ Der vorliegende Artikel wurde von Hansjörg Blöchliger und Jaroslaw Kantorowicz vom Fiscal Relations Network der OECD verfasst. Die vollständige Studie mit Quellenangaben und Literaturverzeichnis ist als Working Paper 1247 des Economics Department der OECD erschienen (http://www.oecd.org/eco/OECD-Economics-Department-Working-Papers-by-year.pdf).

Die Finanzverfassungen von föderal istischen Staaten: ein internationaler Vergleich

1 Was ist eine Finanzverfassung?

Eine Finanzverfassung ist ein Katalog von Regeln und Rahmenbestimmungen, die üblicherweise in den Verfassungen und grundlegenden Gesetzen eines Landes verankert sind und für deren Änderung strengere Regeln gelten als für normale Gesetze. Zur Finanzverfassung zählen zudem Entscheide von Verfassungsgerichten. Finanzverfassungen bestimmen die Haushaltspolitik und haben somit Einfluss auf die Haushaltsergebnisse sowie auf die Finanzbeziehungen zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen. Sie legen die Spielregeln für die öffentlichen Finanzen fest und geben so den politischen Entscheidungsträgern einen Rahmen vor, der bestimmte finanzpolitische Verhaltensmuster fördern oder verhindern soll.

Die verfassungsmäßige Verankerung der Finanz- und Haushaltspolitik unterscheidet sich stark zwischen verschiedenen Föderalstaaten. Unterschiedliche verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen und deren Veränderungen können somit Unterschiede bei den Haushaltsergebnissen im Ländervergleich und im Zeitverlauf erklären. Umgekehrt können bestimmte Ereignisse, z. B. Krisen, zu Verfassungsreformen führen. Ausgehend von der Vielzahl verschiedener Finanzverfassungen und den Veränderungen, die sie erfahren haben, kann man dahingehend Schlüsse ziehen, welche Verfassungen der langfristigen Tragfähigkeit, Effizienz und Gerechtigkeit der Finanzpolitik förderlich sind. Zu wissen, wie Finanzverfassungen funktionieren, gestattet es außerdem, Politikempfehlungen für Staaten oder supranationale Organisationen zu formulieren, die Verfassungsreformen im Bereich der Finanzpolitik anstreben.

Die vorliegende Untersuchung betrachtet die Finanzverfassungen von 15 Föderalstaaten beziehungsweise Quasi-Föderalstaaten. Bei diesen Ländern handelt es sich um Argentinien, Australien, Österreich, Belgien, Brasilien, Kanada, Deutschland, Indien, Italien, Mexiko, Russland, Südafrika, Spanien, die Schweiz und die Vereinigten Staaten.

2 Bausteine und Elemente von Finanzverfassungen

Finanzverfassungen setzen sich aus verschiedenen Bausteinen und Einzelbestandteilen zusammen. Dazu gehören Regeln zur Steuer- und Ausgabenautonomie der Gliedstaaten – also der Bundesstaaten beziehungsweise Provinzen und der Gemeinden –, die Beziehungen zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen, Haushaltsregeln und -rahmen oder politische Rahmenbedingungen wie die Verteilung der Befugnisse zwischen Exekutive, Legislative und Judikative oder die Rolle der zweiten Kammer (siehe Tabelle 1).

Die Finanzverfassungen sowie deren Bausteine und Einzelbestandteile werden anhand von institutionellen Indikatoren bewertet. Diese dienen der quantitativen Messung qualitativer Merkmale, um die Länder miteinander vergleichen zu können. Jeder Einzelbestandteil einer Finanzverfassung wird durch einen Indikator der unteren Ebene dargestellt – etwa den "Grad der verfassungsrechtlichen Verankerung gliedstaatlicher Steuerautonomie" oder die "Kompetenzen der zweiten Parlamentskammer im Gesetzgebungsverfahren". Diese Einzel-Indikatoren werden zu Indikatoren der mittleren Ebene zusammengefasst, die den einzelnen Bausteinen entsprechen also "Autonomie", "Verantwortung", "Mitbestimmung", "Haushaltsrahmen" und "Stabilität". Die mittleren Indikatoren werden schließlich zu einem zusammenfassenden Indikator aggregiert, der den Grad an verfassungsmäßig garantierter Dezentralisierung beschreibt – also das Ausmaß, in dem eine Verfassung entweder "dezentralisiert" oder "integriert" ist. Die Indikatorwerte liegen immer zwischen 0 und 1.

Die vorliegende Untersuchung legt großes Gewicht auf die Analyse der Wechselwir-

Die Finanzverfassungen von föderal istischen Staaten: ein international er Vergleich

Tabelle 1: Die verschiedenen Bausteine einer Finanzverfassung

Baustein beziehungsweise Regelung	Beschreibung	Bestandteile
Autonomie	Misst sich daran, inwieweit es den nachgeordneten Gebietskörperschaften möglich ist, ihre eigene Haushaltspolitik zu verfolgen.	Steuerautonomie; Ausgabenautonomie in verschiedenen Politikbereichen; Verschuldungsautonomie; Autonomie bei der Aufstellung des Haushaltsrahmens.
Verantwortung	Misst sich daran, inwieweit die Gliedstaaten Budgetrestriktionen unterliegen und die Verantwortung für ihre eigene Haushaltspolitik tragen müssen.	Insolvenzrisiko; Bail-out-Erwartungen; Verantwortung für die Aufstellung von Fiskalregeln; Einnahmenmix auf Ebene der Gliedstaaten; Abhängigkeit von Finanzzuweisungen.
Mitbestimmung	Misst sich daran, inwieweit die nachgeordneten Gebietskörperschaften auf die Haushaltspolitik auf Bundesebene Einfluss nehmen können.	Verschiedene Kanäle, über die die Gliedstaaten an der Politikgestaltung auf Bundesebene mitwirken können: Zweikammersystem; Normenkontrolle durch Verfassungsgerichte; Ministerkonferenzen; Finanzzuweisungen.
Haushaltsrahmen	Misst sich daran, inwieweit Regeln zur Rechnungslegung den finanzpolitischen Spielraum einschränken.	Verschiedene Elemente, die über die Stärke des Haushaltsrahmens entscheiden: numerische Fiskalregeln; Verfahrensregeln; Fiskalräte oder sonstige unabhängige Gremien.
Stabilität	Misst sich daran, wie leicht Verfassungsregeln, die die Haushaltspolitik betreffen, geändert werden können.	Die verschiedenen Bestandteile sind: Stärke der zweiten Kammer; Einfluss der Verfassungsgerichte; erforderliche Mehrheiten für Verfassungsänderungen; Umfang der direkte Demokratie beziehungsweise Volksentscheide.

Quelle: OECD Fiscal Relations Network.

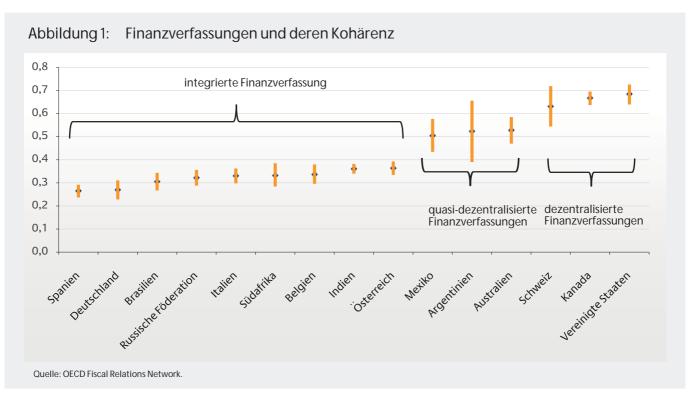
kungen zwischen den verschiedenen Bausteinen und ihrer Kohärenz. In der Tat ist die Art und Weise, wie sich die verschiedenen Regelungen ineinanderfügen, für die Haushaltsergebnisse von entscheidender Bedeutung. Manche Bausteinkombinationen sind eher geeignet als andere, die Verwirklichung bestimmter Politikziele, wie z. B. die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen oder die Verhinderung von Krisen, zu fördern. Aus diesem Grund wird hier großes Gewicht darauf gelegt, zu analysieren, wie die einzelnen Bausteine miteinander verbunden und ob sie gut aufeinander abgestimmt sind. Der Grad dieser Kohärenz misst sich an der Varianz der Indikatorwerte, d. h. der durchschnittlichen Differenz zwischen verschiedenen Indikatorwerten derselben Ebene.

3 Finanzverfassungen unterscheiden sich erheblich voneinander

Die Finanzverfassungen verschiedener Föderalstaaten unterscheiden sich in zweierlei Hinsicht: erstens in Bezug auf den Grad der verfassungsrechtlich garantierten Dezentralisierung und zweitens in Bezug darauf, inwieweit die verschiedenen Bausteine aufeinander abgestimmt sind. Beide Aspekte sind in Abbildung 1 dargestellt:

- Grad der verfassungsrechtlich garantierten Dezentralisierung: Der Grad der Dezentralisierung ist durch die Rhomben in Abbildung 1 dargestellt. Eine Finanzverfassung ist umso dezentralisierter, je größer Haushaltsautonomie und Haushaltsverantwortung der Gliedstaaten sind, je geringer die Mitbestimmung ist und je schwächer die Haushaltsrahmen sind. Die Vereinigten Staaten, Kanada und die Schweiz sind Föderalstaaten mit einer stark dezentralisierten Finanzverfassung, die Merkmale dessen aufweist, was manchmal als Wettbewerbsföderalismus bezeichnet wird. Spanien, Deutschland und Russland haben relativ stark integrierte beziehungsweise kooperative Finanzverfassungen.
- 2. Grad der Kohärenz der Verfassungsbausteine: Der Grad der Kohärenz der Bausteine ist durch die vertikalen Balken in Abbildung 1 dargestellt, die durch die

Die Finanzverfassungen von föderal istischen Staaten: ein international er Vergleich



Rhomben verlaufen. Je kürzer der Balken, umso besser sind die verschiedenen Bausteine aufeinander abgestimmt. Spanien und Kanada verfügen über die kohärentesten Finanzverfassungen; am wenigsten kohärent ist demgegenüber die Finanzverfassung von Argentinien (längster Balken). Es gilt darauf hinzuweisen, dass die Kohärenz unabhängig davon ist, ob ein Föderalstaat dezentralisiert oder integriert ist: Die Finanzverfassungen dezentralisierter sowie integrierter Föderalstaaten können mehr oder minder gut aufeinander abgestimmt sein. Eine kohärente Finanzverfassung sieht beispielsweise ein gleiches Maß an Autonomie in den verschiedenen Haushaltsbereichen (Steuern, Ausgaben, Verschuldung, usw.) vor oder stellt einem bestimmten Grad an Autonomie einen entsprechenden Grad an Verantwortung gegenüber. Eine weniger kohärente Finanzverfassung kombiniert die verschiedenen Einzelbestandteile und Bausteine hingegen auf unausgewogene Weise, z. B. indem sie ein hohes Maß an fiskalischer Autonomie mit einem strengen Rahmen aus Fiskalregeln verbindet. So kombiniert

etwa die kanadische Finanzverfassung fast optimal gliedstaatliche Steuer- und Ausgabenautonomie mit hoher finanzpolitischer Verantwortung. Die kanadischen Provinzen sind bundesstaatlichen Schuldenbremsen nicht unterworfen, doch sie können kaum auf Beistand zählen, wenn ihr Haushalt in Schieflage gerät.

4 Entwicklung der Finanzverfassungen im Zeitverlauf

Finanzverfassungen verändern sich im Lauf der Zeit: Im Zeitraum 1917 bis 2013 verringerte sich der Grad der Dezentralisierung der Finanzverfassungen der 15 Föderal- beziehungsweise Quasi-Föderalstaaten nach und nach, während der Grad der Integration zunahm – auch wenn es zwischendurch Phasen gab, in denen eine gegenläufige Entwicklung festzustellen war (Abbildung 2). Während Autonomie und Verantwortung der nachgeordneten Gebietskörperschaften in der Tendenz abnahmen, wurden Mitbestimmung und Haushaltsrahmen im Lauf der Zeit zumeist gestärkt. Eine

Die Finanzverfassungen von föderal istischen Staaten: ein international er Vergleich

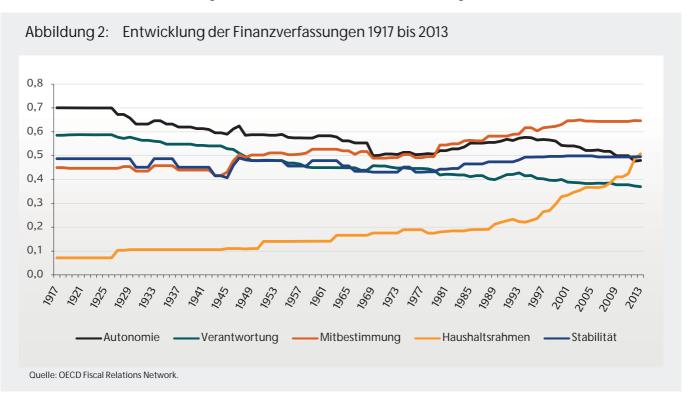
Abweichung von diesem allgemeinen Trend war in den 1980er und 1990er Jahren zu beobachten: Die Gliedstaaten mehrerer Länder erhielten im Zuge einer Deregulierungs- und Dezentralisierungswelle mehr Haushaltsautonomie. Allerdings nahm die finanzpolitische Verantwortung nicht im selben Ausmaß zu. Die Kohärenz der Finanzverfassungen blieb bis in die 1990er Jahre weitgehend unverändert, hat seitdem aber deutlich zugenommen.

Viele Veränderungen in Richtung stärker integrierter Finanzverfassungen können als Reaktion auf Krisenphasen gesehen werden oder hingen – was seltener der Fall war – mit autoritären Regimen zusammen. Während der Weltwirtschaftskrise der frühen 1930er Jahre, während des zweiten Weltkriegs sowie, in geringerem Umfang, während der Ölkrisen der frühen 1970er Jahre nahm die gliedstaatliche Autonomie ab. Wirtschaftliche Schocks und Krisen gingen oftmals mit Eingriffen der Bundesebene in die Fiskalpolitik der Gliedstaaten einher. Während der 1980er Jahre nahm die Autonomie der Gliedstaaten zu, nicht jedoch ihre Haushaltsverantwortung, was in der

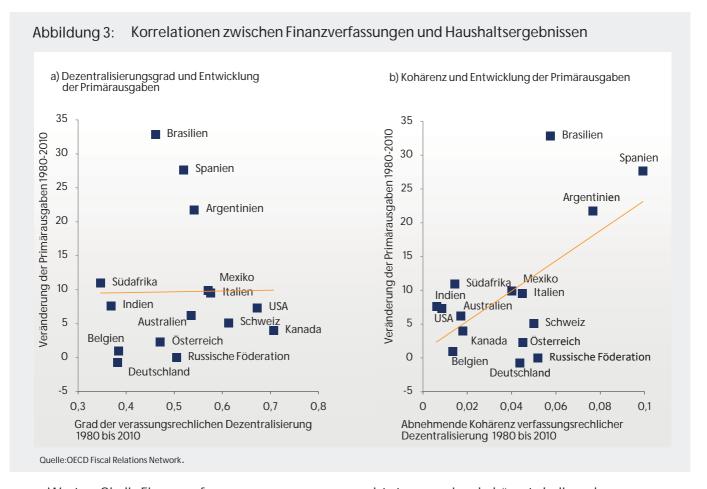
Folgezeit zu Haushaltsungleichgewichten und Finanzkrisen geführt hat. Seit Mitte der 1990er Jahre und insbesondere nach der Gründung der Europäischen Währungsunion haben einige – vor allem europäische – Bundesstaaten ihre Haushaltsrahmen deutlich gestärkt.

5 Finanzverfassungen und Haushaltsergebnisse

Die Untersuchung schließt mit einer Reihe einfacher Korrelationen zwischen Finanzverfassungen und Haushaltsergebnissen. Dabei zeigt sich, dass der Zusammenhang zwischen Finanzverfassung und wirtschaftlichen oder fiskalischen Ergebnissen meist ähnlich ist. Die Entwicklung der Primärausgaben soll als Beispiel dienen, wie Finanzverfassungen wirken: Wirtschaftliche und finanzielle Entwicklungen hängen kaum mit dem Grad der verfassungsrechtlichen Dezentralisierung zusammen (siehe Abbildung 3, Teil a), wohl aber mit der Kohärenz der verfassungsrechtlichen Dezentralisierung (siehe Abbildung 3, Teil b). Mit anderen



Die Finanzverfassungen von föderal istischen Staaten: ein international er Vergleich



Worten: Ob die Finanzverfassungen dezentralisiert oder integriert sind, spielt kaum eine Rolle für die Haushaltsergebnisse oder die wirtschaftliche Entwicklung. Inwieweit die verschiedenen Elemente der Finanzverfassung aufeinander abgestimmt sind, ist hingegen ausschlaggebend.

6 Was zeichnet die deutsche Finanzverfassung aus?

Deutschlands Finanzverfassung ist im internationalen Vergleich stark integriert, d. h. der Fiskalföderalismus ist in Deutschland sehr kooperativ. Die deutsche Finanzverfassung verbindet eine eher schwache Haushaltsautonomie und -verantwortung der Bundesländer mit großen Mitbestimmungsrechten und einem starken Haushaltsrahmen. Sie

ist etwas weniger kohärent als die mehrerer anderer Föderal-beziehungsweise Quasi-Föderalstaaten, vor allem weil der großen Ausgabenautonomie der Bundesländer eine sehr geringe Steuerautonomie gegenübersteht und weil der Haushaltsrahmen – trotz der vor einigen Jahren im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse – nicht stark genug ist, um einen Ausgleich für die geringe eigene Haushaltsverantwortung der Bundesländer zu schaffen. Insbesondere fehlt, anders als in mehreren anderen föderalistischen Staaten, eine starke Regel zur Begrenzung des Ausgabenwachstums. Für die Bundesländer besteht nur ein geringes Insolvenzrisiko, u. a. aufgrund von Entscheidungen des Verfassungsgerichts. Zudem ist im Grundgesetz weder geregelt, ob die Zahlungsunfähigkeit eines Bundeslandes zugelassen ist, noch ist darin ein Insolvenzverfahren festgelegt.

Die Finanzverfassungen von föderal istischen Staaten: ein international er Vergleich

Die Bundesländer verfügen über weitreichende Möglichkeiten zur Mitbestimmung und Beeinflussung der Fiskalpolitik des Bundes. Sie haben mehr Möglichkeiten als die Gliedstaaten jeder anderen Föderation, obwohl die zweite Parlamentskammer, der Bundesrat, kein absolutes Vetorecht besitzt und nur solche Gesetze verhindern kann, die Länderangelegenheiten berühren. Eine Eigenheit des deutschen Föderalismus liegt

darin, dass die Mitglieder des Bundesrats erstens von den Landesregierungen bestellt werden und zweitens bei Abstimmungen an deren Weisung gebunden sind. Dies sorgt für eine konsensorientierte Entscheidungsfindung zwischen Bund und Ländern, die in einem höheren Maße als in anderen Föderalstaaten stattfindet – ein weiteres Element des stark integrierten deutschen Föderalismus.

Strukturreformen und Haushal tskonsol idierung: Gegensatz oder Ergänzung?

Strukturreformen und Haushaltskonsolidierung: Gegensatz oder Ergänzung?

Fachtagung vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und BMF am 25. März 2015 in Berlin

- Diskutiert wurden die politischen Schlussfolgerungen, die aus der Durchführung von Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen in verschiedenen Ländern gezogen werden können.
- Viele Länder müssen einen Weg finden, um solide öffentlichen Finanzen zu erreichen und gleichzeitig die Basis für nachhaltiges Wachstum mit Hilfe von Strukturreformen zu schaffen.
- Erfahrungen in Kanada, Neuseeland, Spanien, Irland und Schweden zeigen: Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen sind kein Gegensatz, sondern ergänzen sich.

1	Einleitung	25
	Einführende Präsentation und Diskussion	
3	Ländererfahrungen	26
	Kanada und Neuseeland	
3.2	Spanien, Irland und Schweden	26
	Fazit	

1 Einleitung

Am 25. März fand eine von IWF und BMF gemeinsam veranstaltete Fachtagung zum Thema "Strukturreformen und Haushaltskonsolidierung: Gegensatz oder Ergänzung?" statt. Hochrangige Vertreter aus Politik, Forschung und internationalen Organisationen diskutierten über Strategien, die es erlauben, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren und gleichzeitig die Wachstumskräfte durch Strukturreformen zu stärken. Ländervertreter aus Kanada, Neuseeland, Spanien, Schweden und Irland stellten ihre Erfahrungen mit Strukturreformen und Fiskalkonsolidierung vor.

Seitdem hat dieses Thema nicht an Brisanz verloren. Viele Länder, vor allem in Europa und dem Euroraum, sehen sich schwierigen Herausforderungen gegenüber: niedrigen Wachstumsraten, aber hohen Defiziten und Schuldenständen. Sie müssen einen Weg finden, um solide öffentliche Finanzen zu erreichen und gleichzeitig die Basis für nachhaltiges Wachstum mit Hilfe von Strukturreformen zu schaffen.

Die Beiträge zur Fachtagung wurden deshalb in einer Broschüre zusammengeführt. Die Broschüre liegt in englischer Sprache vor.¹ Im Folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst.

2 Einführende Präsentation und Diskussion

Die Präsentation und anschließende Diskussion sorgten für eine konzeptionelle Einordnung des Themas. Der Ökonom Vito Tanzi kam in seiner Einführungspräsentation

¹www.bundesfinanzministerium.de/strukturreformen

Strukturreformen und Haushaltskonsolidierung: Gegensatz oder Ergänzung?

zu dem Schluss, dass rigide Arbeitsmärkte, dysfunktionale Finanzmärkte, übermäßig regulierte öffentliche Verwaltungen und/oder mangelhafte Bildungssysteme Hindernisse für effiziente Wirtschaftssysteme darstellten und durch Strukturreformen verändert werden müssten. Viele solcher Reformen würden dabei die öffentlichen Haushalte nicht belasten. Länder in einer schlechten Haushaltslage sollten sich auf genau diese Reformen konzentrieren, um ihre Haushalte nicht noch mehr zu belasten. Zu solchen Reformen gehörten die Erhöhung der Arbeitsmarktflexibilität, Bürokratieabbau, Korruptionsbekämpfung und eine Verbesserung des Steuersystems.

Die anschließende Diskussion zeigte, dass finanzpolitische Besonnenheit und Strukturreformen positive Effekte auf die öffentlichen Finanzen haben. Es wurde jedoch darauf hingewiesen, dass einige Reformen politisch schwierig umsetzbar seien und unerwünschte Nebeneffekte und eine dämpfende Wirkung auf Investitionen entfalten könnten. Während Einigkeit bestand, dass Fiskalkonsolidierung und Strukturreformen keine Gegensätze seien, sondern sich ergänzten, gab es unterschiedliche Ansichten über die zeitliche und praktische Umsetzung von Konsolidierung und Reformen.

3 Ländererfahrungen

3.1 Kanada und Neuseeland

Kanada und Neuseeland haben in den 1980er und 1990er Jahren weitreichende Strukturreformen umgesetzt. Beide Länder deregulierten ihre Güter- und Arbeitsmärkte, setzten Steuerreformen um, reduzierten Subventionen und reformierten das Finanzsystem. Als das Wirtschaftswachstum wieder angezogen hatte, widmeten sich die Länder den größer werdenden fiskalischen Ungleichgewichten. Hierzu setzten sie vor allem Reformen im Fis-

kalbereich um, wie z. B. Reformen der Arbeitslosenversicherung und des Rentensystems.

Nach den Reformen und der Haushaltskonsolidierung stieg in beiden Ländern das Wirtschaftswachstum und der öffentliche Schuldenstand sank. Die umfangreichen Reformen haben Kanada und Neuseeland sowohl bezüglich ihrer Wirtschaft als auch ihrer öffentlichen Finanzen gestärkt. Dies wird auch dadurch deutlich, dass beide Länder die globale Finanzkrise sehr gut überstanden haben.

Aus den Erfahrungen Kanadas und Neuseelands kann die Lehre gezogen werden, dass die Abfolge von Reformen und Konsolidierung eine Rolle spielt, denn eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist einfacher, wenn das Wachstum solide ist. Eine schrittweise Umsetzung von Reformen kann außerdem zur Vermeidung von Reformmüdigkeit beitragen. Des Weiteren sollte die Haushaltskonsolidierung eher durch Ausgabensenkung erfolgen, wenn die Steuern bereits hoch sind.

3.2 Spanien, Irland und Schweden

Spanien, Irland und Schweden haben in der Vergangenheit schwere Krisen erlebt und darauf mit entschiedener Haushaltskonsolidierung und gezielten Strukturreformen geantwortet. Spanien und Irland hatten außerdem auf Finanzhilfen der internationalen Partner und Institutionen zurückgegriffen, die ihnen die notwendige Zeit für Reformen und Konsolidierung gegeben haben. Alle drei Länder haben große Konsolidierungsanstrengungen unternommen, um zu zeigen, dass sie entschlossen waren, die Krise zu überwinden und um Glaubwürdigkeit und Vertrauen zurückzugewinnen.

Spanien und Irland haben mittlerweile mit die höchsten Wachstumsraten der Länder des Euroraums. In beiden Ländern sind die

Strukturreformen und Haushal tskonsol idierung: Gegensatz oder Ergänzung?

Lohnstückkosten sowie die Arbeitslosigkeit gesunken, die Haushaltsdefizite haben sich bedeutend verringert und die Schuldenstände sinken. Schweden hat die Krise in den frühen 1990er Jahren überwunden und dank entschiedener Maßnahmen ist der Schuldenstand erheblich gesunken. Arbeitsplätze wurden geschaffen und das Wachstum ist angestiegen.

Aus den Erfahrungen von Spanien, Irland und Schweden kann die Lehre gezogen werden, dass gezielte Reformpakete immens wichtig sind. Außerdem ist entscheidend, dass alle Interessengruppen im betroffenen Land die Maßnahmen unterstützen. Finanzhilfen der internationalen Partner und Institutionen können ebenfalls sehr hilfreich sein, wenn die dadurch gewonnenen Handlungsräume für entschiedene Maßnahmen genutzt werden.

4 Fazit

Die Antwort auf die Frage im Titel der Fachtagung fiel klar aus: Strukturreformen und Haushaltskonsolidierung sind kein Gegensatz, sondern ergänzen sich. Sie sind oftmals zwei Seiten derselben Medaille.

Auch das Beispiel Deutschland zeigt, dass umfassende Strukturreformen und Haushaltskonsolidierung Hand in Hand gehen können. Ab 2003 wurden in Deutschland weitreichende Arbeitsmarktreformen durchgeführt, Regulierungen im Dienstleistungssektor abgebaut, der öffentliche Sektor verschlankt und die Sozialsysteme modernisiert. Gleichzeitig sank das strukturelle Defizit und die Qualität der öffentlichen Ausgaben stieg an, d. h. die Investitionen in Infrastruktur, Bildung und

Forschung wurden gesteigert. So wurden die Grundlagen für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland gelegt. Deutschland war auch auf die globale Finanzkrise gut vorbereitet: Es kam zu keinem nennenswerten Anstieg der Arbeitslosigkeit und das Wachstum zog nach der Krise schnell wieder an.

Natürlich ist ein und derselbe Reformansatz nicht für alle Länder der richtige. Wenn Regierungen die richtigen Prioritäten setzen, werden Reformen das Wachstum anregen und positive Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte haben. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die Reformen auf die Schwachpunkte einer Volkswirtschaft zielen. Meistens besteht die Notwendigkeit, die Arbeitsmärkte zu reformieren, die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, die öffentliche Verwaltung zu verschlanken und zu modernisieren und Bürokratie abzubauen. Für Länder mit hohen Schuldenständen und niedrigem Wachstum sind also Strukturreformen dringend geboten nicht nur, um das Wachstum zu erhöhen. sondern auch, um die öffentlichen Finanzen zu sanieren. Reformpakete, die Wachstum schaffen und die Staatsfinanzen auf eine solide Basis stellen, sorgen außerdem für ein gestärktes Vertrauen von Unternehmen, Bürgern und Anlegern.

Um es mit den Worten von Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble aus seiner Rede anlässlich der Fachtagung zu sagen: "Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen sind kein Gegensatz, [...], sie ergänzen einander. Aber es gibt einen offensichtlichen Gegensatz zwischen Haushaltskonsolidierung und der anderen angeblichen Methode, um Wachstum zu schaffen: übermäßige kreditfinanzierte Ausgaben."

Investieren in Europas Zukunft

Investieren in Europas Zukunft

Die Europäische Investitionsoffensive geht an den Start

- Die Europäische Investitionsinitiative wurde ins Leben gerufen, um die Investitionstätigkeit in den Mitgliedstaaten weiter zu stärken und so die Basis für nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Beschäftigung in Europa aufzubauen.
- Der Europäische Fonds für Strategische Investitionen (EFSI) unter dem Dach der Europäischen Investitionsbank (EIB) ist in sehr kurzer Zeit von den EU-Institutionen geschaffen worden. Er soll Investitionen, z. B. in Forschung und Infrastruktur, anstoßen und einen besseren Zugang zu Finanzmitteln vor allem für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ermöglichen.
- Der EFSI zielt auf eine Steigerung der privatwirtschaftlichen Investitionstätigkeit ab. Mithilfe einer Garantie aus dem EU-Haushalt können private Kapitalgeber ihre Risiken besser kontrollieren und sich entsprechend an mehr Projekten beteiligen. Deutschland unterstützt den EFSI zusätzlich über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) mit 8 Mrd. €.
- Ab Herbst 2015 wird der EFSI voll arbeitsfähig sein. Schon jetzt können sich Investoren an die EIB wenden, um sich im Hinblick auf eine Förderung beraten zu lassen.
- Die über den EFSI bereitgestellten Finanzmittel werden dann den größten Impuls auf die Wirtschaft in Europa entfalten, wenn die Mitgliedstaaten für ein positives Investitionsklima und vorteilhafte Investitionsbedingungen sorgen. Hierzu muss das Umsetzungstempo bei den strukturellen Reformen und der wachstumsfreundlichen Konsolidierung in den Mitgliedstaaten erhöht werden.

1	Die Investitionsoffensive für Europa	28
2	Der EFSI	30
3	Der FFSI am Start	34

1 Die Investitionsoffensive für Europa

Im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise ist die Investitionstätigkeit in Europa teilweise bis heute ins Stocken geraten. Aus diesem Grund hat die Europäische Kommission zusammen mit der EIB die Investitionsinitiative gestartet, deren Ziel die Anregung der privaten Investitionstätigkeit ist.

Von der "Task Force Investment" ...

Auf Veranlassung des ECOFIN-Rats wurde im vergangenen Herbst eine spezielle "Task Force Investment" unter Vorsitz der EIB und der Europäischen Kommission geschaffen. In ihrem Abschlussbericht legte die Task Force einen umfassenden Ansatz zur Verbesserung der Investitionsbedingungen auf europäischer und nationaler Ebene vor.¹ Der Bericht lieferte zahlreiche Anregungen und Empfehlungen, die in die tägliche Arbeit der Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission einfließen. Zudem führte er eine exemplarische Liste möglicher Investitionsprojekte auf, die einen ersten Beitrag zur Illustration möglicher

¹http://ec.europa.eu/priorities/jobs-growth-investment/plan/docs/special-task-force-report-on-investment-in-the-eu_en.pdf

Investieren in Europas Zukunft

Vorhaben darstellte, ohne schon etwas darüber auszusagen, ob oder durch wen diese Projekte finanziert werden könnten. Auch die Mitgliedstaaten trugen zu dieser Liste bei, indem sie – wiederum exemplarisch – mögliche Investitionsvorhaben aus dem öffentlichen und privatwirtschaftlichen Sektor zusammenstellten.

Ein zentraler Befund der Task Force lautete, dass es gegenwärtig nicht primär zu Finanzierungsproblemen für rentable, wenig riskante Projekte komme – eher mangele es an den Projekten selbst sowie vor allem an der Bereitschaft und Kapazität der Investoren, auch höhere Risiken hierfür einzugehen.

... zur EU-Investitionsoffensive

Die Anregungen der Task Force wurden im Vorschlag "Eine Investitionsoffensive für Europa" des Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, aufgegriffen.² Die Offensive ist Teil einer umfassenden Strategie, um den aktuellen wirtschaftlichen Herausforderungen zu begegnen, das Wirtschaftswachstum anzukurbeln und Arbeitsplätze zu schaffen. Neben der Stärkung vor allem der privaten Investitionstätigkeit besteht dieses Strategie-Dreieck aus zwei weiteren Maßnahmen, nämlich der wachstumsfreundlichen Konsolidierung der Haushalte und der Umsetzung von Struktur- und Verwaltungsreformen in den Mitgliedstaaten (vergleiche Abbildung 1).

Die EU-Investitionsoffensive setzt dieses Dreieck fort und beruht ihrerseits auf einem Dreiklang:

 i) Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen,

- ii) Unterstützung bei der Umsetzung von Investitionsprojekten,
- iii) Einrichtung eines Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI).

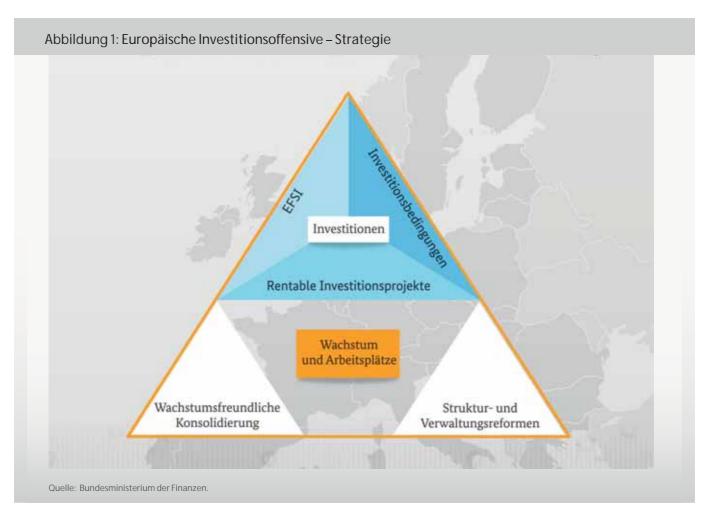
Im Rahmen der ersten Komponente der Offensive, der Verbesserung der Investitionsbedingungen, wird angestrebt, für eine verlässliche, berechenbare Regulierung zu sorgen, europaweit Investitionshemmnisse abzubauen und den Binnenmarkt durch Schaffung optimaler Rahmenbedingungen für Investitionen in Europa weiter zu stärken. So müssen beispielsweise die Wirksamkeit staatlicher Ausgaben, die Effizienz der Steuersysteme und die Qualität der öffentlichen Verwaltung erhöht werden. Gleichzeitig würde ein echter Binnenmarkt für Kapital dazu beitragen, die Finanzierungskosten für die Wirtschaft zu reduzieren.

Die zweite Komponente des "Investitionsdreiecks", d. h. die Unterstützung bei der Umsetzung von Investitionsvorhaben, nimmt parallel zum Aufbau des EFSI Gestalt an: Die EIB wird einen sogenannten Advisory Hub, d. h. eine Beratungsplattform, einrichten. Diese wird eine zentrale Anlaufstelle sein, über die potenziellen Projektträgern, Gebietskörperschaften, Finanzinstituten und Interessenten bei Bedarf engmaschige technische Unterstützungs- und Beratungsleistungen von EIB, Kommission und nationalen Förderbanken angeboten werden. Dadurch wird es Investoren und Projektträgern deutlich leichter gemacht, Investitionsvorhaben auf den Weg zu bringen.

Schließlich soll bis Jahresende ein Europäisches Investitionsvorhabenportal geschaffen werden, d. h. eine öffentlich zugängliche europäische Datenbank im Internet, in die potenzielle Investitionsprojekte eingespeist werden können. Mit diesem Internetportal erhielten sämtliche Akteure und potenzielle Geldgeber

² Mitteilung der Europäischen Kommission: Eine Investitionsoffensive für Europa. Brüssel 26. November 2014. COM(2014) 903 final/2.

Investieren in Europas Zukunft



gebündelt und aus einer Hand relevante Informationen für mögliche Investitionsvorhaben.³

2 Der EFSI

Ein weiteres tragendes Element im Rahmen der Investitionsoffensive ist die Schaffung des EFSI mit dem Ziel, privates Kapital für strategische Investitionen in Europa zu mobilisieren. Die EIB-Gruppe – bestehend aus der EIB und dem Europäischen Investitionsfonds – wird das Volumen von Finanzierungen, bei denen sie hohe Ausfallrisiken übernimmt, in etwa vervierfachen, um im Gegenzug Innovationen und entsprechenden Zusatznutzen für Europa auf den Weg zu bringen. Neben Investitionen soll der EFSI einen besseren Zugang zu Finanzmitteln für Unternehmen ermöglichen, die bis zu 3 000 Mitarbeiter beschäftigen, wobei ein Schwerpunkt auf KMU liegt.

Der EFSI wird im bewährten Gefüge der EIB eingerichtet werden, die seit 1958 Investitionsprojekte in Europa fördert. Hierfür hat sie allein im vergangenen Jahr ungefähr 60 Mrd. € zur Verfügung gestellt. Der EFSI wird mit einer EU-Garantie von 16 Mrd. € ausgestattet, mit der die EIB, die selbst noch einmal 5 Mrd. € in den EFSI einbringt, mehr und höheres Risiko

³ Wie zuvor bei der Liste der Task Force gilt jedoch, dass hierbei kein automatischer Zusammenhang mit einer möglichen EFSI-Finanzierung besteht, d. h. Projekte im Portal werden nicht automatisch finanziert. Wie bei allen anderen Projekten, die nicht im Portal erscheinen, muss zur Finanzierung ein entsprechender Antrag auf EFSI-Förderung bei der EIB oder bei nationalen Förderbanken gestellt werden.

Investieren in Europas Zukunft

als bisher von – gleichwohl rentablen – Investitionsvorhaben abdecken kann. Dies wiederum soll es privaten Ko-Investoren ermöglichen und erleichtern, sich ihrerseits an der Finanzierung solcher Projekte zu beteiligen. Insgesamt ist so beabsichtigt, mithilfe des EFSI wirtschaftlich tragfähige Investitionsprojekte von europäischer Relevanz in einem Volumen von etwa 315 Mrd. € in den nächsten Jahren anzustoßen (vergleiche Abbildung 2).⁴

Förderkriterien

Der EFSI soll Vorhaben fördern, die

- gemäß einer Kosten-Nutzen-Analyse wirtschaftlich tragfähig und technisch durchführbar sind,
- zu den Zielen der EU-Politik beitragen,
- soweit wie möglich Kapital des privaten Sektors mobilisieren und
- "Zusätzlichkeit" bieten.

Unter dem Kriterium der "Zusätzlichkeit" wird verstanden, dass Vorhaben, die von jetzt an der EFSI fördert, nicht oder zumindest nicht in gleichem Ausmaß von der EIB, dem Europäischen Investitionsfonds (EIF) oder durch andere EU-Finanzinstrumente, wie z. B. im Rahmen der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds, hätten gefördert werden können. Sie müssen in der Regel ein höheres Risikoprofil haben als Vorhaben, die im Rahmen üblicher Geschäfte der EIB gefördert werden.

Das Zusammenspiel der EIB-Gruppe mit einer Garantie aus dem EU-Haushalt verspricht eine intelligente, marktnahe Lösung zur Förderung privatwirtschaftlicher Investitionstätigkeit, welche einen viel größeren Hebel als die direkte Förderung über staatliche Zuwendungen entwickeln kann.

Wirtschaftsbereiche und Instrumente

Größtenteils werden die durch die EIB geförderten Investitionen im Bereich Infrastruktur und Innovation entstehen. Investitionsvorhaben, mit denen Investoren sich bei der EIB um eine Förderung aus dem EFSI bewerben können, müssen aus den folgenden Bereichen stammen:

- Forschung, Entwicklung und Innovation,
- Energie-, Verkehrs-, Informations- und Kommunikationstechnologiesektor,
- Umweltschutz und Ressourceneffizienz und
- Humankapital, Kultur und Gesundheit.

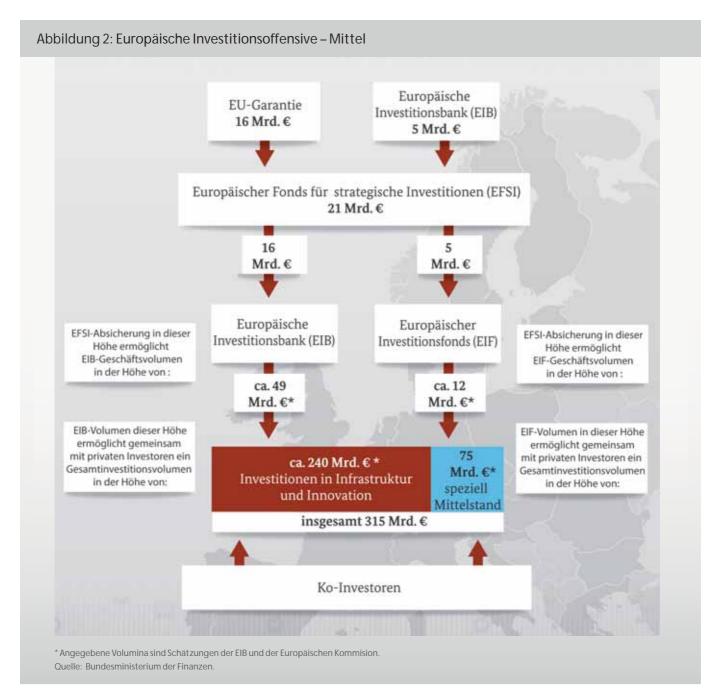
Ein Teil der EFSI-Absicherung wird über den EIF auch direkt dem Mittelstand zugutekommen, unabhängig von der sektoralen Zugehörigkeit der Unternehmen. Für eine Förderung durch die EIB-Gruppe kommen in Betracht:

- Unternehmen mit bis zu 3 000 Mitarbeitern.
- Versorgungsunternehmen,
- Einrichtungen des öffentlichen Sektors,
- nationale F\u00f6rderbanken oder sonstige Banken, die sich als zwischengeschaltete Institute eignen, und
- spezialisierte Investitionsplattformen.

Dabei kann der EFSI über die EIB und den EIF in eine breite Palette von Instrumenten investieren. Hierzu gehören Darlehen, Garantien, Kapitalmarktinstrumente und Eigenkapitalbeteiligungen, die für Investoren entweder direkt oder indirekt über nationale Förderbanken oder Investitionsplattformen zur Verfügung gestellt werden.

⁴ Im Verhältnis zu der zugrunde liegenden Garantie entsteht somit ein Hebeleffekt von 1:15. Angesichts der bisherigen Leistung der EIB erscheint dies durchaus realistisch: Die jüngste Kapitalerhöhung der Bank aus dem Jahre 2012 von 10 Mrd. € konnte einen Hebel von 1:18 erzielen.

Investieren in Europas Zukunft



Funktionsweise und Finanzierung der EU-Garantie

Die EIB erhält vom EU-Haushalt eine Garantie in Höhe von 16 Mrd. € zur Risikodeckung für die erwähnten Instrumente. Ziel ist es, das Risiko eines Ausfalls von Rückzahlungen abzusichern, z. B. aus einem Darlehensvertrag oder einer Unternehmensbeteiligung. Fallen Rückzahlungen aus, kann die EIB die Garantie

in der vereinbarten Höhe in Anspruch nehmen.⁵ Über diesen Mechanismus ist es der EIB oder

⁵ Die Garantie kann entweder uneingeschränkt vergeben werden oder auf Portfoliobasis. Im letzteren Fall würden die Rückzahlungen aus funktionierenden Projekten mit den Ausfällen aus gescheiterten Projekten saldiert, und nur der Saldo würde zu einer Inanspruchnahme der Garantie führen.

Investieren in Europas Zukunft

dem EIF und auch mittelbar den nationalen Förderbanken möglich, risikoreichere Vorhaben anzustoßen, die der Kapitalmarkt alleine nicht finanzieren könnte.

Damit die möglichen Forderungen der EIB auf Inanspruchnahme der EU-Garantie nicht unmittelbar auf den jährlichen EU-Haushalt durchschlagen und dort unter Umständen zu Mittelkürzungen führen, wird ein von der Europäischen Kommission verwalteter Garantiefonds als Liquiditätspuffer eingerichtet. Der Puffer wird die Garantieverpflichtungen zu 50 % abdecken (Zielbetrag) und soll schrittweise in den nächsten Jahren aufgebaut werden. Diese Quote ist möglich, weil das Portfolio an Investitionen erst im Zeitverlauf aufgebaut wird und nicht damit zu rechnen ist, dass alle Rückzahlungsverpflichtungen an die EIB zur gleichen Zeit ausfallen werden. Verglichen mit dem bereits existierenden EU-Garantiefonds im Bereich der EU-Außeninstrumente, der lediglich eine Absicherungsquote von 9 % vorsieht, ist sie aber relativ hoch. Wird die Garantie von der EIB in Anspruch genommen, leistet zunächst der Fonds. Die anschließende (Wieder-)Auffüllung des Garantiefonds bis auf den Zielbetrag erfolgt beginnend mit dem Folgejahr und soll maximal drei Jahre in Anspruch nehmen. Dies geschieht im Wesentlichen durch Einnahmen aus investierten Garantiefondsmitteln, Rückflüsse und Beiträge aus dem EU-Haushalt.

Der Garantiefonds des EU-Haushalts in Höhe von 8 Mrd. € wird zu 5 Mrd. € aus echten Umschichtungen aus dem Forschungsprogramm Horizont 2020 (2,2 Mrd. €) und der Fazilität "Connecting Europe" (2,8 Mrd. €) finanziert, die weitgehend mit reinen Zuschüssen Forschungs- oder Infrastrukturprojekte fördern. Die verbleibenden 3 Mrd. € stammen aus Haushaltsmargen. Damit ist die Finanzierung des Fonds von Anfang an gesichert – ein entscheidendes Faktum, um private Kapitalgeber von der Zuverlässigkeit der Garantie zu überzeugen und letztlich Voraussetzung, damit ein Hebeleffekt bezogen auf die eingesetzten öffentlichen Gelder eintreten kann.

Governance

Die Leitung des EFSI besteht aus:

- dem Lenkungsrat,
- dem geschäftsführenden Direktor und
- dem Investitionsausschuss.

Der Lenkungsrat ist für die strategische Ausrichtung und das Risikoprofil des EFSI verantwortlich und setzt sich aus Europäischer Kommission (drei Vertreter) und EIB (ein Vertreter) zusammen, entsprechend den Anteilen am "Grundkapital" von 21 Mrd. €. Die Europäische Kommission und die EIB bestimmen ihre jeweiligen Vertreter rechtzeitig vor der ersten Sitzung Ende Juli 2015. Der Lenkungsrat fasst alle Beschlüsse im Konsens, sodass für die EIB praktisch ein Vetorecht besteht.

Nach einem transparenten Ausschreibungsverfahren wählt der Lenkungsrat Kandidaten für den Geschäftsführer des EFSI, seinen Stellvertreter und die Mitglieder des Investitionsausschusses aus. Bevor der Präsident der EIB die Kandidaten für den Geschäftsführer und seinen Stellvertreter auf ihre jeweiligen Posten beruft, müssen sie durch das Europäische Parlament (EP) in einer Anhörung bestätigt werden. Die Ausschreibungen für beide Posten sind bereits erfolgt; die Anhörungen sind für September 2015 geplant. Auch die Mitglieder des Investitionsausschusses sollen noch im September dieses Jahres bestimmt werden.

Der geschäftsführende Direktor ist für die laufende Verwaltung des EFSI zuständig und bereitet die Sitzungen des Investitionsausschusses vor. Er muss dem Lenkungsrat vierteljährlich über die Arbeit des EFSI Bericht erstatten.

Der sogenannte Investitionsausschuss entscheidet, ob die EU-Garantie an die EIB für bestimmte Investitionsvorhaben vergeben werden kann. Er richtet sich dabei nach den Investitionsleitlinien und einer

Investieren in Europas Zukunft

Bewertungsmatrix, nach der die Projekte anhand verschiedener Kriterien ausgewählt werden. Ob ein Projekt tatsächlich gefördert wird, entscheiden dann die Gremien der EIB in einer Vorgehensweise, die dem für andere EIB-Förderungen gängigen Verfahren entspricht. Der Investitionsausschuss besteht neben dem Geschäftsführer aus acht unabhängigen Experten, die über ein breites Fachwissen und Erfahrungen zu Investitionen, u. a. in Bezug auf die Bereiche Bildung und Forschung, Infrastruktur, Umweltschutz, Gesundheit, Kultur- und Kreativwirtschaft und KMU, verfügen müssen.

Befristung und Evaluierung

Der EFSI ist auf EU-Ebene geschaffen worden, um die gegenwärtige Investitionsschwäche in einigen Ländern Europas zu bekämpfen und zusätzliche Impulse neben den existierenden EU-Förderprogrammen und den Förderinstrumenten der EIB-Gruppe zu geben – vor allem für die private Investitionstätigkeit in den nächsten Jahren. Entsprechend ist der Zeitraum, in dem über die Vergabe der EU-Garantie für Investitionsprojekte entschieden werden kann, bis Mitte 2019 begrenzt. Der Bestand des Garantiefonds und die Laufzeit der EFSI-Finanzinstrumente hängen hingegen von den Laufzeiten der Finanzierungen ab.

Die Europäische Kommission legt dem EP und dem Europäischen Rat bis zum 5. Juli 2018 einen Bericht mit einer unabhängigen Bewertung der Funktionsweise des EFSI vor. Sollte die zusätzliche Förderung von Investitionen weiterhin gerechtfertigt sein, kann die Kommission einen Vorschlag zur Verlängerung des Investitionszeitraums und zur Änderung der EFSI-Verordnung unterbreiten, der vom Europäischen Rat und dem EP im normalen Gesetz-

gebungsverfahren angenommen werden müsste.

3 Der EFSI am Start

Die Bundesregierung hat dem Ergebnis der Trilogverhandlungen zwischen Europäischem Rat, EP und Europäischer Kommission zugestimmt. Bei den Verhandlungen, die für Deutschland federführend vom BMF geführt worden sind, konnten wichtige Anliegen durchgesetzt werden. Insbesondere trifft dies auf zwei Aspekte zu: Finanzierung und Governance.

Der EFSI wird zu knapp zwei Dritteln aus Umschichtungen innerhalb des EU-Haushalts aus dem Forschungsprogramm und dem Infrastrukturprogramm finanziert. Eine verlässliche vorab festgelegte Finanzierung ist unabdingbar, um private Kapitalgeber von der Wirksamkeit der EU-Garantie überzeugen zu können. Gleichzeitig hat sich das BMF dafür eingesetzt, insbesondere die Grundlagenforschung von Kürzungen auszunehmen.

Bei der Governance hat das BMF in den Verhandlungen erfolgreich darauf gedrungen, dass sowohl der Lenkungsrat als auch der Investitionsausschuss unabhängig entscheiden können und keine politische Einflussnahme auf die Investitionsentscheidungen sowie keine Festlegung von regionalen oder sektoralen Investitionsquoten erfolgt. Gleichzeitig hat es sich dafür stark gemacht, dass die Investitionsentscheidungen letztlich die auf diese Fragen spezialisierte EIB beziehungsweise nationale Förderbanken treffen.

Im Konzert mit der EIB können sich nämlich auch alle nationalen und regionalen Förderbanken an der Finanzierung von EFSI-gestützten Projekten beteiligen und so einen Beitrag zur Investitionsinitiative leisten. Durch die frühe Zusage der deutschen KfW,

⁶ Die Europäische Kommission wird für diese Bewertungsmatrix noch im Juli 2015 einen delegierten Rechtsakt erlassen.

Analysen und Berichte

Investieren in Europas Zukunft

den EFSI mit 8 Mrd. € zu unterstützen, sind auch andere nationale Förderbanken diesem Beispiel gefolgt. Insgesamt sind so bereits Beteiligungen von 34,1 Mrd. € zugesagt worden (siehe Tabelle 1).

Beispielhaft könnte die gemeinsame Finanzierung eines Projekts mit einem Volumen von 15 Mio. € etwa eine Struktur annehmen, die auf einem vorrangig haftenden Darlehen der EIB, der sogenannten Junior-Tranche, in Höhe von 3 Mio. € aufbaut, das durch eine Erstverlustabsicherung durch die EU-Garantie gedeckt ist. Ein zweiter Finanzierungsanteil in Höhe von z. B. weiteren 3 Mio. € würde in Form einer weniger riskanten sogenannten Mezzanine-Tranche z. B. durch nationale Förderbanken beigesteuert werden. Das verbliebene Volumen von 9 Mio. € würde durch private Geldgeber abgebildet, die mit entsprechend geringerem Risiko für eine sogenannte Senior-Tranche der Projektfinanzierung gewonnen werden könnten (vergleiche Abbildung 3).

Mit der Schaffung der gesetzlichen Grundlagen der ersten beiden Komponenten des Investitionsplans für Europa, dem EFSI, der Beratungsplattform und dem Europäischen Investitionsvorhabenportal innerhalb von nur sieben Monaten haben die EU-Institutionen bewiesen, dass sie rasch und entschlossen handeln können. Nun wird es in den nächsten Wochen darum gehen, die Leitungsgremien des EFSI zu besetzen, damit die ersten regulären Investitionsprojekte in der zweiten Jahreshälfte 2015

Unterstützungszusagen erhalten können. Anträge auf Finanzierung können bereits bei den nationalen Kontaktstellen der EIB oder den nationalen Förderbanken gestellt werden.

Bereits jetzt unterstützt die EIB einzelne Projekte im Rahmen des sogenannten Warehousing, d. h. zunächst ohne Inanspruchnahme der EU-Garantie, die dann später ins EFSI-Portfolio überführt werden sollen. Bislang konnten so bereits zehn Projekte in acht Mitgliedstaaten mit einem Gesamtvolumen von 5,6 Mrd. € angestoßen werden, davon fünf im Bereich Infrastruktur und drei im Bereich Innovation und Forschung.

Die Verwirklichung des EFSI unter dem Dach der EIB kann als Fortführung des "Better-Spending"-Ansatzes für den EU-Haushalt angesehen werden, den Deutschland zusammen mit Finnland, Frankreich, Italien, den Niederlanden, Österreich und Schweden im Jahr 2012 angestoßen hatte, als bereits der verstärkte Rückgriff auf die Expertise der EIB gefordert worden war. Zudem kann die Verringerung von klassischen Zuschüssen zugunsten von Instrumenten mit größerer Hebelwirkung von strategischer Bedeutung für die Weiterentwicklung des EU-Haushalts sein.

Komplementär zum Investitionsfonds bleibt es aber wichtig, Verbesserungen bei einer weiteren Komponente zu erreichen – nämlich bei den Rahmenbedingungen für private Investitionen. Um das Investitionsklima

Tabelle 1: EFSI-Unterstützungen nationaler Förderbanken

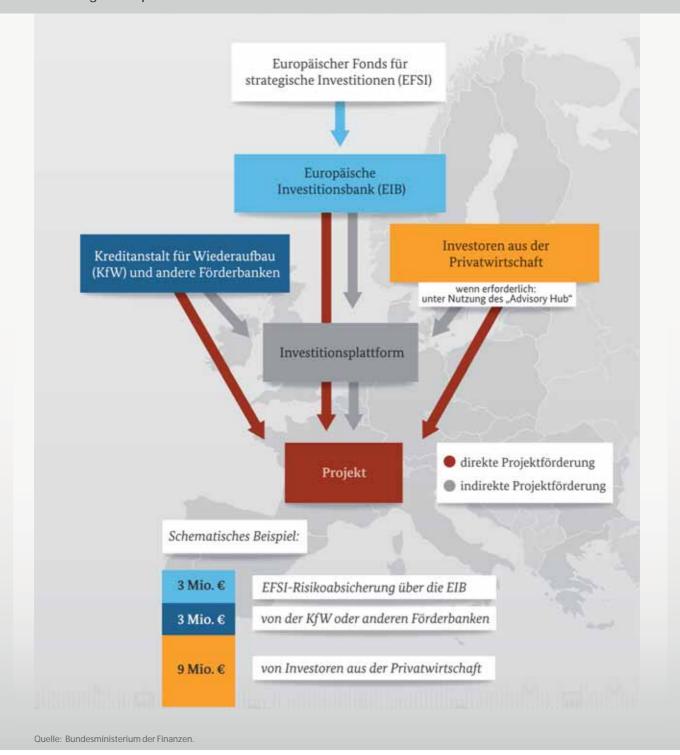
Deutschland	Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)	8 Mrd. €
Frankreich	Caisse des Dépôts (CDC) und Bpifrance (BPI)	8 Mrd. €
Italien	Cassa Depositi e Prestiti (CDP)	8 Mrd. €
Polen	Bank Gospodarstwa Krajowego (BGK)	8 Mrd.€
Spanien	Instituto de Crédito Oficial (ICO)	1,5 Mrd. €
Slowakei	Slovenský Investičný Holding und Slovenská Záručná a Rozvojová Banka	400 Mio. €
Bulgarien	Bulgarian Development Bank	100 Mio. €
Luxemburg	Société Nationale de Crédit et d'Investissement (SNCI)	80 Mio. €

Analysen und Berichte

Investieren in Europas Zukunft

und die Investitionsbedingungen in der EU insgesamt zu verbessern, bleiben auch strukturelle Reformen sowie eine wachstumsfreundliche Konsolidierung in denMitgliedstaaten von großer Bedeutung. Hier gilt es, das Tempo maßgeblich zu erhöhen, um die wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise nachhaltig zu überwinden.

Abbildung 3: Europäische Investitionsoffensive – Prozesse



Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die Gesamtheit der Wirtschaftsdaten spricht dafür, dass sich die konjunkturelle Aufwärtsbewegung im 2. Quartal mit moderatem Tempo fortgesetzt hat.
- Der Arbeitsmarkt profitiert vom Aufschwung. Die Beschäftigung nimmt zu und die Arbeitslosigkeit geht zurück.
- Die Preisniveaus auf der Konsumenten- und Produzentenstufe sind nach wie vor sehr stabil.
 Die Energiepreisentwicklung dämpft weiterhin die Inflation. Aber auch die inländischen
 Preisdeterminanten tragen zur Preisniveaustabilität bei.

Deutsche Wirtschaft im Aufschwung

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem Aufschwung. Im bisherigen Jahresverlauf erfolgte eine moderate Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Den aktuellen Wirtschaftsdaten zufolge dürfte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im 2. Quartal in ähnlicher Größenordnung wie im vorangegangenen Vierteljahr gestiegen sein, als es kalender-, saison- und preisbereinigt im Verlauf um 0,3 % angestiegen war. Dafür sprechen vorliegende Konjunkturindikatoren. So sind Nachfrage und Erzeugung in der Industrie tendenziell aufwärtsgerichtet. Zudem ist die Stimmung in den Unternehmen gut. Die Einschätzungen zu Geschäftslage und -perspektiven sind nach wie vor überwiegend optimistisch, auch wenn der Positivsaldo nicht mehr so hoch ist wie im Vormonat. Dies könnte mit einer gestiegenen Unsicherheit infolge der zugespitzten Lage in Griechenland im Zusammenhang stehen.

Die gesamtwirtschaftliche Expansion bleibt von der Nachfrageentfaltung im Inland getragen. Die Beschäftigungs- und realen Einkommenssteigerungen begünstigen den privaten Konsum. Gleichzeitig expandieren die Unternehmensgewinne, was die Investitionstätigkeit der Unternehmen stärkt. Diese wird angesichts einer steigenden Kapazitätsauslastung mehr und mehr auch vom

Erweiterungsmotiv getragen. Die nach wie vor günstige binnenwirtschaftliche Entwicklung hat positive Auswirkungen auf die Entwicklung des Steueraufkommens: Die Einnahmen aus den besonders konjunkturreagiblen Steuerarten – veranlagte Einkommensteuer, Lohnsteuer, Körperschaftsteuer und Steuern vom Umsatz – sind im Jahresverlauf deutlich angestiegen.

Kräftige Ausweitung der Exporttätigkeit

Inzwischen sind deutliche Signale einer merklichen außenwirtschaftlichen Belebung zu erkennen. Die Warenexporte sind im bisherigen Jahresverlauf kräftig angestiegen. Die Zunahme der Warenausfuhren hat sich in den vergangenen beiden Monaten erneut deutlich beschleunigt. Im April/Mai stiegen die Exporte gegenüber dem vergleichbaren Vorzeitraum Februar/März saisonbereinigt um 3,5 % an. Dabei zogen zuletzt die Exporte in Drittländer (+ 6,8 %) und diejenigen in EU-Länder außerhalb des Euroraums (+ 7,5 %) besonders kräftig an. Die Ausfuhren in den Euroraum nahmen ebenfalls deutlich zu (+ 3,4 %). Dahingegen verlaufen die Warenimporte viel moderater, sodass der Überschuss in der Handelsbilanz stieg.

Die Belebung der Ausfuhrtätigkeit dürfte ein Indiz dafür sein, dass die weltwirtschaftliche

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Expansion zugenommen hat. Die weltweite konjunkturelle Erholung scheint schneller voranzukommen. Davon profitieren insbesondere deutsche Industrieunternehmen, die in besonderem Maße von der Entwicklung der Absatzmärkte im Ausland abhängig sind. Aufgrund des Produktsortiments werden sie von der Erholung der Weltkonjunktur besonders begünstigt. Ferner schlägt positiv zu Buche, dass sich der Außenwert des Euro abgeschwächt hat, wodurch die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen steigt. Diese günstigen externen Rahmenbedingungen zeigen sich auch in der zuletzt aufwärtsgerichteten Auslandsnachfrage nach deutschen Industrieprodukten.

Allerdings bestehen in jüngster Zeit auch wieder Risiken für den deutschen Außenhandel. So bleibt abzuwarten, wie sich die Unsicherheit um Griechenland sowie die Finanzmarktturbulenzen in China auf die deutschen Exporte auswirken werden. Auch gibt es Anzeichen, dass die US-Wirtschaft dieses Jahr etwas schwächer wächst als bisher angenommen. So hat auch der Internationale Währungsfonds (IWF) in seiner Juli-Aktualisierung des World Economic Outlook die Wachstumsprognose für die Vereinigten Staaten leicht reduziert. Insgesamt dürfte sich der Warenhandel gleichwohl auch weiterhin positiv entwickeln, wobei der konjunkturellen Erholung im Euroraum ein besonderes Gewicht zufällt.

Industrielle Aktivität weiterhin robust

Die Industriekonjunktur hat sich im Mai robust gezeigt. Produktion und Nachfrage in der Industrie nehmen tendenziell zu, die Dynamik bleibt aber moderat. Dies steht im Wesentlichen im Einklang mit den Stimmungsindikatoren vom Mai. So waren im betreffenden Monat die Einschätzungen zur Geschäftslage im ifo Konjunkturtest nur marginal gestiegen und der Einkaufsmanagerindex im Verarbeitenden Gewerbe leicht gefallen.

Die Produktion von industriellen Erzeugnissen wurde im Mai erneut leicht ausgeweitet (+ 0,4 % gegenüber Vormonat). Dabei wurde der Produktionsanstieg durch die leicht rückläufige Vorleistungsgüterherstellung gedämpft, während gleichzeitig die Konsumgüterherstellung deutlich ausgeweitet wurde (+ 1,3 % gegenüber Vormonat). In der Tendenz ist die Industrieproduktion gemessen am Zweimonatsdurchschnitt – nun leicht aufwärtsgerichtet (+ 0,5 % gegenüber Vorperiode). Die Belebung der Industriekonjunktur dürfte sich in Anbetracht der immer noch überwiegend positiven Stimmen zur Geschäftslage und zu den Geschäftserwartungen der Unternehmen fortsetzen.

Dafür spricht auch die Nachfrage nach Industrieprodukten, die im Mai erneut ausgeweitet wurde. Wesentlicher Impulsgeber waren dabei Bestellungen von Vorleistungsgütern, insbesondere aus dem Inland. Bei Investitions- und Konsumgütern kam es nach sehr kräftigen Anstiegen im April zu moderaten Gegenbewegungen. Bei Investitionsgütern kam der Rückgang aus den Inlandsorders, während bei Konsumgütern die Auslandsaufträge rückläufig waren. Trotz leichter Schwäche im Mai trägt auch die Nachfrage aus dem Euroraum deutlich zum Auftragsplus bei.

Konsumentfaltung bleibt Wachstumsstütze

Die Konsumausgaben haben im bisherigen Jahresverlauf das Wirtschaftswachstum in Deutschland begünstigt. Die kräftige Ausweitung des privaten Konsums im 1. Quartal dürfte sich auch im weiteren Verlauf des 1. Halbjahres fortgesetzt haben. Dafür sprechen die deutlichen Beschäftigungsund Einkommenszuwächse. Zudem ist die Stimmung der Verbraucher nach wie vor ausgesprochen gut. Die Konjunkturerwartungen und die Anschaffungsneigung gaben zwar zuletzt in Anbetracht der bereits erreichten hohen Niveaus geringfügig nach,

 $Konjunkturentwicklung\,aus\,finanzpol\,it is cher\,Sicht$

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2014	Veränderung in % gegenüber							
Gesamtwirtschaft/Einkommen	Mrd.€	gegenüber	Vorpe	eriode saisor	bereinigt		Vorjahı	Vorjahr		
	bzw. Index	Vorjahr in %	3. Q. 14	4. Q. 14	1. Q. 15	3. Q. 14	4. Q. 14	1. Q. 15		
Bruttoinlandsprodukt										
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	105,8	+1,6	+0,1	+0,7	+0,3	+1,2	+1,6	+1,1		
jeweilige Preise	2 904	+3,4	+0,2	+1,1	+1,1	+2,9	+3,2	+3,0		
Einkommen ¹										
Volkseinkommen	2 181	+3,9	+0,6	-0,2	+3,6	+3,9	+2,7	+3,7		
Arbeitnehmerentgelte	1 482	+3,8	+0,8	+1,0	+0,7	+3,7	+3,8	+3,4		
Unternehmens- und Vermögenseinkommen										
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1722	+2,4	+0,9	+1,1	-0,0	+1,9	+3,3	+3,1		
Bruttolöhne und -gehälter	1 2 1 1	+3,9	+0,9	+0,8	+0,8	+3,8	+3,8	+3,5		
Sparen der privaten Haushalte	166	+5,9	-0,6	+8,4	-4,9	+3,2	+13,2	+5,4		
		2014			Veränderung ir	n % gegenüb	er			
Außenhandel/Umsätze/Produktion/	Mrd.€	gegenüber	Vorperiode saisonbereinigt Vorjahr ¹							
Auftragseingänge	bzw. Index	Vorjahr in %	Apr 15	Mai 15	Zweimonats- durchschnitt	Apr 15	Mai 15	Zweimonats durchschnit		
in jeweiligen Preisen										
Außenhandel (Mrd. €)										
Waren-Exporte	1 134	+3,7	+1,6	+1,7	+3,0	+7,6	+4,6	+6,1		
Waren-Importe	917	+2,1	-0,8	+0,4	+0,6	+3,3	+3,0	+3,1		
in konstanten Preisen von 2010										
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)	107,9	+1,5	+0,6	+0,0	+0,5	+1,1	+2,1	+1,6		
Industrie ²	109,8	+1,9	+0,7	+0,4	+0,5	+0,6	+2,1	+1,3		
Bauhauptgewerbe	108,5	+2,7	-0,6	-0,5	-0,6	-1,4	+0,7	-0,3		
Umsätze im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)										
Industrie ²	108,6	+2,6	+1,4	+0,7	+1,5	+2,4	+4,6	+3,5		
Inland	104,5	+1,2	+0,1	+0,9	+0,5	-1,0	+2,6	+0,8		
Ausland	113,0	+4,1	+2,7	+0,6	+2,6	+6,0	+6,4	+6,2		
Auftragseingang (Index 2010 = 100)										
Industrie ²	109,1	+2,9	+2,2	-0,2	+2,7	+1,3	+4,7	+2,9		
Inland	103,4	+1,6	-2,2	-0,6	-0,4	+0,3	+2,2	+1,2		
Ausland	113,7	+3,8	+5,7	+0,2	+5,0	+2,0	+6,7	+4,3		
Bauhauptgewerbe	109,4	-1,7	-5,2		-5,5	-6,3		-2,4		
Umsätze im Handel (Index 2010 = 100)										
Einzelhandel (ohne Kfz, mit Tankstellen)	102,9	+1,6	+1,3	+0,5	+1,1	+1,1	-0,4	+0,3		
Handel mit Kfz	104,1	+2,4	+0,3		+2,3	+7,5		+9,7		

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2014	Veränderung in Tausend gegenüber							
Arbeitsmarkt	Personen	gegenüber	Vorpe	eriode saison	bereinigt		Vorjahr	ıhr		
	Mio.	Vorjahr in %	Apr 15	Mai 15	Jun 15	Apr 15	Mai 15	Jun 15		
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,90	-1,8	-8	-5	-1	-100	-120	-122		
Erwerbstätige, Inland	42,65	+0,9	+21	+7		+208	+206			
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	30,17	+1,9	+31			+521				
		2014		Veränderung in % gegenüber						
Preisindizes 2010 = 100	Index	gegenüber		Vorperiode Vorjahr						
2010 - 100	index	Vorjahr in %	Apr 15	Mai 15	Jun 15	Apr 15	Mai 15	Jun 15		
Importpreise	103,6	-2,2	+0,6	-0,2		-0,6	-0,8			
Erzeugerpreise gewerbliche Produkte	105,9	-1,0	+0,1	+0,0		-1,5	-1,3			
Verbraucherpreise	106,6	+0,9	+0,0	+0,1	-0,1	+0,5	+0,7	+0,3		
ifo Geschäftsklima				saisonbere	nigte Salden					
gewerbliche Wirtschaft	Nov 14	Dez 14	Jan 15	Feb 15	Mrz 15	Apr 15	Mai 15	Jun 15		
Klima	+2,8	+4,4	+6,6	+6,8	+8,8	+10,3	+10,0	+7,9		
Geschäftslage	+8,0	+9,1	+12,5	+11,8	+13,1	+17,0	+17,4	+15,0		
Geschäftserwartungen	-2,3	-0,1	+0,9	+1,8	+4,7	+3,8	+2,9	+1,0		

¹ Produktion arbeitstäglich, Umsatz, Auftragseingang Industrie kalenderbereinigt, Auftragseingang Bauhauptgewerbe saisonbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, eigene Berechnungen.

wobei wahrscheinlich Verunsicherungen im Zusammenhang mit der Griechenlandkrise zu Buche schlugen. Allerdings stiegen die Einkommenserwartungen weiter an, und zwar auf das höchste Niveau seit der deutschen Einheit.

Die weiteren Perspektiven für die Konsumentfaltung der privaten Haushalte bleiben günstig. Das hohe Maß an Preisniveaustabilität begünstigt die Kaufkraft und dadurch die Konsumtätigkeit. Vor allem aber schlagen zunehmende Lohn- und Gewinneinkommen sowie die günstige Arbeitsmarktlage und -aussichten positiv zu Buche.

Arbeitsmarktlage bleibt gut

Der Arbeitsmarkt zeigt sich weiterhin sehr robust. Er profitiert in starkem Maße vom Konjunkturaufschwung. So ging die Zahl der Arbeitslosen im Juni weiter zurück. Zuletzt waren nur noch 2,71 Millionen Personen als arbeitslos registriert. Das waren 122 000 Personen weniger als vor Jahresfrist. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 6,2 % (- 0,3 Prozentpunkte gegenüber Vorjahr). In saisonbereinigter Rechnung ging die Zahl der Arbeitslosen um 1 000 Personen zurück (Mai: - 5 000).

Die positive Arbeitsmarktentwicklung zeigt sich auch an der fortgesetzten Beschäftigungsexpansion. Die Erwerbstätigenzahl (Inlandskonzept) erreichte nach Ursprungswerten im Mai ein Niveau von 42,7 Millionen Personen (+ 21 000 Personen beziehungsweise + 0,5 % gegenüber Vorjahr). Damit stieg die Zahl der Erwerbstätigen in saisonbereinigter Rechnung um 7 000 Personen gegenüber dem Vormonat an. Der Beschäftigungsaufbau speist sich nach wie vor zum größeren Teil aus der Stillen Reserve und einem Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials aufgrund

² Ohne Energie.

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

von Zuwanderung und gestiegener Erwerbsneigung.

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung lag nach Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit (BA) im April bei 30,58 Millionen Personen und damit um 521 000 Personen über Vorjahresniveau (+ 1,7 %). Dabei verzeichneten alle Bundesländer einen Beschäftigungsanstieg. In fast allen Wirtschaftsbereichen wurde mehr sozialversicherungspflichtiges Personal eingestellt. Den kräftigsten Anstieg gab es bei Unternehmensdienstleistungen und in den Bereichen Pflege und Soziales sowie Handel. Saisonbereinigt waren 31 000 Personen mehr sozialversicherungspflichtig beschäftigt als vor einem Monat.

Die günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt dürfte sich im Laufe dieses Jahres fortsetzen, wenngleich mit gebremster Dynamik. Für die positive Entwicklung spricht der anhaltende Wirtschaftsaufschwung, der die Arbeitskräftenachfrage begünstigt. Auch vorlaufende Indikatoren zeigen bereits die günstigen Beschäftigungsperspektiven für den weiteren Jahresverlauf an, so etwa der umfassende Stellenindex der BA sowie auch die von der BA gemessenen Stellenzugänge als Maß für die Einstellungsbereitschaft der Betriebe, die sich zuletzt beide verbessert haben.

Hohes Maß an Preisniveaustabilität

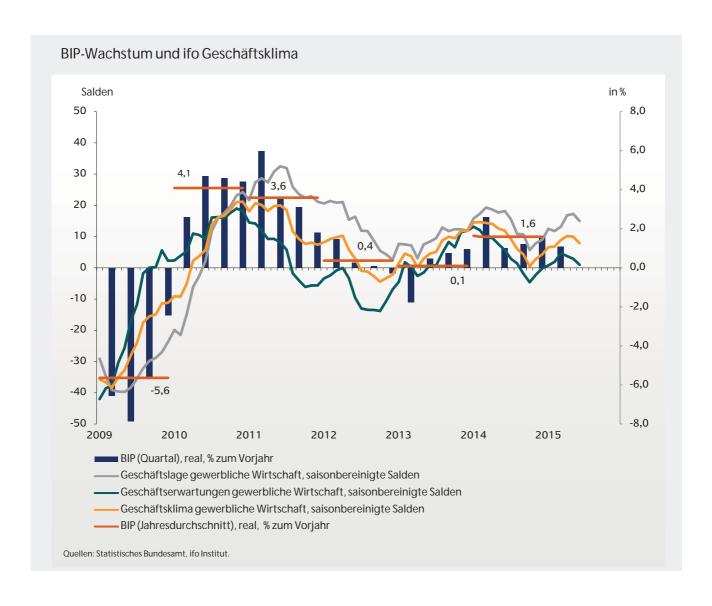
Die Entwicklung der Preisniveaus in Deutschland ist sowohl auf der Konsumenten- als auch auf der Produzentenstufe durch ein hohes Maß an Stabilität geprägt. Der Verbraucherpreisindex stieg im Juni 2015 gegenüber Vorjahr um + 0,3 % (- 0,1 % gegenüber Vormonat). Die Inflation wurde erneut durch die im Vorjahresvergleich deutlich rückläufigen Energiepreise gedämpft (- 5,9 %). Währenddessen stiegen die Preise für Nahrungsmittel und Dienstleistungen zwar leicht an (+ 1,0 % und + 0,9 % gegenüber Vorjahr), die Inflation bei diesen Komponenten des Verbraucherpreisindex fiel aber geringer aus als im Vormonat.

Auch auf der Produzentenstufe schlugen die dämpfenden Effekte der rückläufigen Energiepreise zu Buche. Der Erzeugerpreisindex lag im Mai 2015 um 1,3 % unter dem Niveau vor Jahresfrist. Ohne Berücksichtigung der stark verbilligten Energieprodukte wurde das Vorjahresniveau nur um 0,3 % unterschritten.

Die Importpreise lagen im Mai 2015 um 0,8 % unter dem Niveau des vergleichbaren Vorjahresmonats, wobei auch hier vor allem die rückläufigen Preise für Energieimporte dämpfend wirkten. Der Einfuhrpreisindex ohne Energie lag dagegen mit Plus von 2,9 % etwas höher als ein Jahr zuvor.

Auch im weiteren Jahresverlauf wird die Inflation sehr moderat bleiben. Das im Vorjahresvergleich deutlich niedrigere Energiepreisniveau dürfte die Preisniveaus auf der Konsumenten- und Produzentenstufe noch einige Monate entlasten. Da ab Juli 2014 die Rohölpreise zu sinken begannen, dürften allerdings in den kommenden Monaten die dämpfenden Effekte abnehmen

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht



Steuereinnahmen im Juni 2015

Steuereinnahmen im Juni 2015

Im Juni 2015 sind die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im Vorjahresvergleich um insgesamt 2,1% gestiegen. Die Aufwärtstendenz der Steuereinnahmen steht im Wesentlichen im Einklang mit der anhaltend positiven Konjunkturentwicklung. Die gemeinschaftlichen Steuern verzeichneten einen Anstieg von 3,7 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Zum Aufkommenswachstum trugen neben der Lohnsteuer die veranlagte Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer bei. Für die beiden letztgenannten Steuerarten war im Juni die zweite Rate der Vorauszahlungen für 2015 fällig, die erhebliche Zuwächse zu verzeichnen hatten. Auch die Einnahmen der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungsgewinne konnten kräftig zulegen. Demgegenüber wuchsen die Steuern vom Umsatz nach dem guten Ergebnis des Vormonats nur moderat. Beträchtliche Einbußen waren bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag zu verzeichnen.

Bei den Bundessteuern ergab sich erstmals in diesem Jahr ein Einnahmerückgang (-8,2 % gegenüber dem Vorjahresmonat). Neben erheblichen Mindereinnahmen bei der Energiesteuer und der Stromsteuer trug hierzu auch der Rückgang des Kraftfahrzeugsteueraufkommens bei, welcher aber aus einer überhöhten Vorjahresbasis resultiert. Der Zuwachs bei den Ländersteuern (+14,2 %) resultiert im Wesentlichen aus dem anhaltenden Aufkommenswachstum der Grunderwerbsteuer.

EU-Eigenmittel

Die der Europäischen Union (EU) zustehenden Zolleinnahmen stiegen um 8,6 % gegenüber dem Vorjahr. Aufgrund geringerer Abrufe von Mehrwertsteuer- und BNE-Eigenmitteln¹ aus dem Bundeshaushalt sanken die EU-Einnahmen insgesamt allerdings um 13,2 % gegenüber Juni 2014.

Gesamtüberblick kumuliert bis Juni 2015

Im 1. Halbjahr 2015 ist das Steueraufkommen insgesamt um 5,5 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen. Obgleich die gemeinschaftlichen Steuern mit einem Plus von 4,6 % im Verhältnis zu den Bundessteuern (+ 7,8 %) und den Ländersteuern (+ 14,2 %) die niedrigste Zuwachsrate zu verzeichnen hatten, trugen sie absolut mit knapp 11 Mrd. € zu mehr als zwei Dritteln des Aufkommenswachstums bei. Zudem wird die Wachstumsrate der Bundessteuern durch eine geringe Vorjahresbasis infolge der Rückerstattung bei der Kernbrennstoffsteuer im Mai 2014 überzeichnet.

Verteilung auf Bund, Länder, Gemeinden

Die Steuereinnahmen des Bundes lagen im Juni 2015 mit einem Plus von 1,1% nur leicht über dem Vorjahresniveau. Die ungünstige Entwicklung der Bundessteuern wurde durch Mehreinnahmen aus den gemeinschaftlichen Steuern sowie geringeren EU-Eigenmittelabführungen und Bundesergänzungszuweisungen überkompensiert. Insgesamt weist das 1. Halbjahr 2015 einen erheblichen Zuwachs der Steuereinnahmen des Bundes um 6,7 % auf. Selbst nach Bereinigung der Einnahmen um die Auswirkungen des Rechtsstreits um die Kernbrennstoffsteuer ergibt sich noch ein beträchtlicher Zuwachs der Einnahmen im 1. Halbjahr 2015 in Höhe von circa 4,6 %. Die Steuereinnahmen der Länder stiegen trotz geringerer Bundesergänzungszuweisungen im Monat Juni 2015 um 3,6 % gegenüber Juni 2014.

¹ Eigenmittel auf Basis der Bruttonationaleinkommen (BNE) der Mitgliedstaaten.

Steuereinnahmen im Juni 2015

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2015	Juni	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Juni	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2015 ⁴	Veränderun ggü. Vorjah
	in Mio €	in%	in Mio €	in %	in Mio €	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	16 033	+7,8	85 823	+7,5	178 150	+6,1
veranlagte Einkommensteuer	11 043	+4,6	25 457	+7,1	48 550	+6,4
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	2 754	-30,5	7 9 4 6	-12,3	16 400	-5,9
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschließlich ehemaligen Zinsabschlags)	607	+47,5	5 437	+11,9	7 3 7 5	-5,6
Körperschaftsteuer	6 639	+20,0	11 289	+5,7	20 800	+3,8
Steuern vom Umsatz	16 659	+1,0	102 606	+2,9	208 200	+2,5
Gewerbesteuerumlage	2	-29,5	1 049	-1,0	4024	+4,0
erhöhte Gewerbesteuerumlage	2	-35,9	855	-0,6	3 3 9 6	+3,8
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	53 739	+3,7	240 463	+4,6	486 895	+3,8
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 273	-11,9	14215	-2,3	40 500	+1,9
Tabaksteuer	1116	-9,9	5 9 0 6	-4,5	14 190	-2,9
Branntweinsteuer inklusive Alkopopsteuer	149	-11,4	1 040	+1,4	2 060	+0,0
Versicherungsteuer	654	+13,1	8 012	+3,5	12 500	+3,8
Stromsteuer	401	-42,7	3 272	+0,1	6 900	+3,9
Kraftfahrzeugsteuer	788	-30,3	4814	+10,0	8 550	+0,6
Luftverkehrsteuer	94	+10,6	416	+4,0	1 010	+2,0
Kernbrennstoffsteuer	291	+151,5	673	Х	1 400	+97,7
Solidaritätszuschlag	2 175	+8,3	8 061	+7,0	15 600	+3,7
übrige Bundessteuern	105	-9,0	752	+0,8	1 453	+0,6
Bundessteuern insgesamt	9 046	-8,2	47 160	+7,8	104 163	+2,3
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	504	+1,9	3 285	+16,7	5 790	+6,2
Grunderwerbsteuer	895	+25,9	5 321	+17,3	10 220	+9,4
Rennwett- und Lotteriesteuer	139	+7,4	859	-0,7	1 656	-1,0
Biersteuer	61	+6,4	323	-0,6	675	-1,4
sonstige Ländersteuern	21	-18,4	257	-0,8	416	+2,4
Ländersteuern insgesamt	1 620	+14,2	10 045	+14,2	18 757	+6,8
EU-Eigenmittel						
Zölle	372	+8,6	2 411	+15,1	4900	+7,6
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	245	-19,0	2 763	+3,8	4310	+7,4
BNE-Eigenmittel	1312	-16,8	13 746	-0,7	23 080	+2,9
EU-Eigenmittel insgesamt	1 929	-13,2	18 920	+1,8	32 290	+4,2
Bund ³	30 612	+1,1	131 912	+6,7	280 278	+3,5
Länder ³	27 727	+3,6	129 600	+4,4	262 602	+3,3
EU	1 929	-13,2	18 920	+1,8	32 290	+4,2
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	4 508	+7,5	19 647	+8,5	39 546	+6,8
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	64 776	+2,1	300 079	+5,5	614 715	+3,7

¹Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

 $^{^3}$ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vergleiche Fußnote 1).

 $^{^4\,\}mathrm{Ergebnis}\,\mathrm{AK}$ "Steuerschätzungen" vom Mai 2015.

Steuereinnahmen im Juni 2015

Bezogen auf das 1. Halbjahr 2015 lagen die Einnahmen der Länder um 4,4 % über dem Wert des Vorjahreszeitraums. Der Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern stieg im Juni 2015 um 7,5 % (1. Halbjahr 2015: + 8,5 %).

Gemeinschaftliche Steuern

Lohnsteuer

Die anhaltend gute Beschäftigungsentwicklung und Lohnsteigerungen sorgten auch im Juni 2015 für ein sehr gutes Ergebnis bei der Lohnsteuer. Das Bruttoaufkommen der Lohnsteuer stieg gegenüber dem Vorjahr um 6,3 %. Das hiervon abzuziehende aus dem Lohnsteueraufkommen gezahlte Kindergeld verblieb etwa auf Vorjahresniveau (- 0,4 %). Im Ergebnis stieg daher das Kassenaufkommen der Lohnsteuer im Juni 2015 um 7,8 %. Im 1. Halbjahr 2015 lagen die kassenmäßigen Lohnsteuereinnahmen um 7,5 % über dem Vorjahreszeitraum.

Körperschaftsteuer

Die in diesem Monat fälligen Vorauszahlungen für das laufende Jahr verzeichneten - ausgehend von einer bereits recht hohen Basis einen Zuwachs von circa 9 %. Da zudem die Nachzahlungen für länger zurückliegende Zeiträume (insbesondere Betriebsprüfungsfälle) erheblich anstiegen und die Erstattungen aus den Veranlagungen der Vorjahre zurückgingen, liegt das Körperschaftsteueraufkommen mit einem Plus von 20,0 % deutlich über dem Wert des Vorjahresmonats. Die relativ geringen Auszahlungen an Investitionszulage haben das Ergebnis lediglich marginal belastet. Im 1. Halbjahr 2015 stieg das Körperschaftsteueraufkommen insgesamt um 5,7 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Veranlagte Einkommensteuer

Auch bei der veranlagten Einkommensteuer stiegen die Vorauszahlungen für das laufende Jahr um circa 8 % erheblich an. Der gleichzeitige Anstieg der Erstattungen wirkte allerdings dämpfend auf die Aufkommensentwicklung. Das Bruttoaufkommen der veranlagten Einkommensteuer nahm im Vorauszahlungsmonat Juni 2015 um 5,9 % gegenüber Juni 2014 zu. Die vom Bruttoaufkommen abzuziehenden Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 Einkommensteuergesetz stiegen um 15,6 %. Für das Kassenaufkommen resultiert hieraus ein Zuwachs um 4,6 %. In kumulierter Betrachtung stieg das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer im 1. Halbjahr 2015 um 7,1% gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag

Das Bruttoaufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag sank im Juni 2015 um 30,5 % gegenüber dem Vorjahr. Die Erstattungen des Bundeszentralamts für Steuern gingen ebenfalls um 30,8 % zurück. Allerdings beeinflussten sie aufgrund des geringen absoluten Betrags das Kassenaufkommen kaum. Dieses sank daher – ausgehend von einer sehr starken Vorjahresbasis – ebenfalls um 30,5 %. Im 1. Halbjahr 2015 ist ein Rückgang des kassenmäßigen Steueraufkommens von 12,3 % gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge

Die Einnahmen aus der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge stiegen auch im Juni 2015 kräftig um 47,5 % gegenüber dem Vorjahr an. Im 1. Halbjahr 2015 liegt das Steueraufkommen mit einem Zuwachs von 11,9 % nunmehr deutlich über dem Vorjahresniveau und hat somit die Mindereinnahmen vom Januar mehr als aufgeholt. Der starke Anstieg der Einnahmen in den vergangenen Monaten ist vermutlich auf die Besteuerung von Veräußerungserlösen zurückzuführen. Die Entwicklung an den Aktienmärkten könnte Anleger vermehrt zur Realisierung ihrer Kursgewinne veranlasst haben. Mangels getrennter Aufbereitung

Steuereinnahmen im Juni 2015

der Daten zu den Einnahmen aus der Abgeltungsteuer liegen hierüber allerdings keine statistischen Informationen vor.

Steuern vom Umsatz

Die Einnahmen der Steuern vom Umsatz verzeichneten im Juni 2015 mit einem Anstieg von 1,0 % nur einen leichten Zuwachs, nachdem im Vormonat die Zunahme noch bei 6,0 % gelegen hatte. Derartige Schwankungen sind nicht ungewöhnlich für die unterjährige Aufkommensentwicklung bei dieser Steuer. Sowohl die Binnen-Umsatzsteuer mit + 0,8 % als auch die Einfuhrumsatzsteuer mit + 1,8 % konnten sich gegenüber Juni 2014 leicht verbessern. Im 1. Halbjahr 2015 liegt das Aufkommen nunmehr um 2,9 % über dem Vorjahresniveau und spiegelt damit die gute Entwicklung der Konsumausgaben wider.

Bundessteuern

Das Aufkommen der Bundessteuern verringerte sich im Juni 2015 um 8,2 % im Vergleich zum Juni 2014. Die Energiesteuereinnahmen gingen um 11,9 % zurück. Ursächlich ist hierfür der starke Rückgang des Aufkommens aus der Energiesteuer auf Erdgas (- 73,5 %). Gleichfalls sehr hohe Einbußen hatte das Aufkommen der Stromsteuer mit einem Minus von 42,7 % zu verzeichnen. Die Rückgänge bei beiden Steuern stehen in Verbindung mit der Jahresabrechnung 2014. Aufgrund des unter den geleisteten Vorauszahlungen liegenden Jahresverbrauchs ergaben sich hohe Steuererstattungen, die in diesem Monat abflossen. Bei

der Kraftfahrzeugsteuer wurden Einnahmeausfälle im 1. Halbjahr 2014 in Verbindung mit dem Übergang der Verwaltung auf den Zoll in der zweiten Jahreshälfte 2014 wieder aufgeholt. In der Folge ist das Vorjahresvolumen ab Juni 2014 - überhöht. Dies führt aktuell im Berichtsmonat Juni 2015 zu einem Rückgang beim Kraftfahrzeugsteueraufkommen von 30,3 %. Eine Verringerung des Steueraufkommens ergab sich zudem bei der Tabaksteuer (-9,9%), der Branntweinsteuer (-11,4%) sowie der Schaumweinsteuer (- 33,4 %) und der Zwischenerzeugnissteuer (- 17,2 %). Zuwächse waren bei der Versicherungsteuer (+ 13,1%) und der Luftverkehrsteuer (+ 10,6 %) zu verzeichnen. Der Solidaritätszuschlag erzielte aufgrund der guten Entwicklung seiner wichtigsten Bemessungsgrundlagen (Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer und Körperschaftsteuer) einen Zuwachs von 8,3 %. Vor dem Hintergrund der Besonderheiten bei der Kernbrennstoffsteuer (siehe oben) sowie der Kraftfahrzeugsteuer ergibt sich bei den Bundessteuern kumuliert im 1. Halbjahr 2015 ein Zuwachs von 7,8 % gegenüber 2014.

Ländersteuern

Die Ländersteuern verzeichneten im Berichtsmonat Juni 2015 einen Zuwachs von 14,2 %. Insbesondere die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer trugen mit einem Zuwachs von 25,9 % zu diesem Ergebnis bei. Bei der Erbschaftsteuer war ein leichter Anstieg von 1,9 % zu verzeichnen. Im 1. Halbjahr 2015 stieg das Steueraufkommen der Ländersteuern ebenfalls um 14,2 %.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Juni 2015

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Juni 2015

Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes beliefen sich bis einschließlich Juni 2015 auf 147,4 Mrd. €. Sie liegen um 2,6 Mrd. € (-1,7 %) unter dem Ergebnis vom Juni 2014. Wie in den Vormonaten ist die günstige Entwicklung der Zinsausgaben (-2,7 Mrd. €) hier hauptausschlaggebend.

Einnahmenentwicklung

Die Einnahmen bis einschließlich Juni übertrafen mit 147,9 Mrd. € das Ergebnis des Vorjahreszeitraums um 13,8 Mrd. € (+ 10,3 %). Die Steuereinnahmen des Bundes betrugen 130,2 Mrd. € und lagen um 8,5 Mrd. € (+ 7,0 %) über dem Ergebnis vom Juni 2014. Die übrigen Verwaltungseinnahmen lagen mit 17,7 Mrd. € um 5,3 Mrd. € (+ 42,5 %) über dem Ergebnis vom Juni 2014, was im Wesentlichen auf den Erlös aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen (+ 4,4 Mrd. €) durch die Bundesnetzagentur zurückzuführen ist.

Finanzierungssaldo

Bis einschließlich Juni 2015 betrug der Finanzierungssaldo + 0,5 Mrd. €. Die Aussagekraft des Kapitalmarktsaldos ist noch gering. Die Kassenmittel unterliegen im Laufe des Haushaltsjahres starken Schwankungen und beeinflussen somit den Kapitalmarktsaldo ungleichmäßig. Erst im fortgeschrittenen Jahresverlauf ist eine belastbare Aussage zum Finanzierungssaldo für das Gesamtjahr 2015 möglich.

Entwicklung des Bundeshaushalts

	lst 2014	Soll 2015	Ist-Entwicklung ¹ Juni 2015
Ausgaben (Mrd. €)	295,5	301,6	147,4
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			-1,7
Einnahmen (Mrd. €)	295,1	301,3	147,9
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+10,3
Steuereinnahmen (Mrd. €)	270,8	278,9	130,2
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+7,0
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-0,3	-0,3	0,5
Finanzierung durch:	0,3	0,3	-0,5
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-	4,8
Münzeinnahmen (Mrd. €)	0,3	0,3	0,1
Nettokreditaufnahme/unterjähriger Kapitalmarktsaldo² (Mrd. €)	0,0	0,0	-5,4

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹Buchungsergebnisse.

²(-) Tilgung; (+) Kreditaufnahme.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Juni 2015

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	I	st	c	oll	Ist-Entv	vicklung	Unterjährige Veränderung
		014		0115	Januar bis Juni 2014	Januar bis Juni 2015	gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	lio. €	in %
Allgemeine Dienste	69 720	23,6	66 498	22,0	35 018	31 741	-9,4
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6380	2,2	6 418	2,1	2 644	2 846	+7,6
Verteidigung	32 594	11,0	32 496	10,8	15 485	15 233	-1,6
politische Führung, zentrale Verwaltung	13 738	4,6	14 651	4,9	7 178	7 606	+6,0
Finanzverwaltung	3 932	1,3	4210	1,4	1 893	1 999	+5,6
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	18 822	6,4	20 757	6,9	8 276	9 161	+10,7
Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende	2 635	0,9	3 499	1,2	1386	1 867	+34,7
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10214	3,5	11 147	3,7	4114	4 402	+7,0
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	148 783	50,4	153 338	50,8	81 380	82 811	+1,8
Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	99 489	33,7	102 104	33,9	57 486	57 048	-0,8
Arbeitsmarktpolitik	32510	11,0	33 294	11,0	15 948	17 148	+7,5
darunter:							
Arbeitslosengeld II nach SGB II	19725	6,7	20 100	6,7	10 288	10 454	+1,6
Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	4162	1,4	4900	1,6	1 878	2 785	+48,3
Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	7 3 9 6	2,5	7914	2,6	3 7 1 6	4058	+9,2
soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 175	0,7	2 153	0,7	1 041	1 156	+11,1
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 889	0,6	2 041	0,7	695	781	+12,4
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 010	0,7	2 194	0,7	911	877	-3,8
Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 530	0,5	1 643	0,5	842	786	-6,7
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	862	0,3	972	0,3	204	226	+10,9
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 076	1,4	4 437	1,5	2 238	2 203	-1,6
regionale Förderungsmaßnahmen	710	0,2	619	0,2	160	185	+15,6
Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 580	0,5	1 501	0,5	1 349	1 274	-5,6
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	15 993	5,4	16 926	5,6	5 779	6 296	+8,9
Straßen	7 852	2,7	7 610	2,5	2 692	2 729	+1,4
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4274	1,4	4961	1,6	1 460	1 808	+23,9
Allgemeine Finanzwirtschaft	33 718	11,4	34 436	11,4	15 716	13 473	-14,3
Zinsausgaben	25 916	8,8	23 145	7,7	12 415	9 675	-22,1
Ausgaben insgesamt	295 486	100,0	301 600	100,0	150 047	147 444	-1,7

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Juni 2015

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	ŀ	st	S	oll	Ist-Entv	vicklung	Unterjährige Veränderun
)14		015	Januar bis Juni 2014	Januar bis Juni 2015	gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	lio.€	in %
Konsumtive Ausgaben	266 210	90,1	271 865	90,1	136 879	137 848	+0,7
Personalausgaben	29 209	9,9	29 995	9,9	14 903	15 552	+4,4
Aktivbezüge	21 280	7,2	21 747	7,2	10 668	11134	+4,4
Versorgung	7 928	2,7	8 248	2,7	4 2 3 5	4417	+4,3
Laufender Sachaufwand	23 174	7,8	24 455	8,1	9 735	9 614	-1,2
sächliche Verwaltungsaufgaben	1 352	0,5	1 417	0,5	545	637	+16,9
militärische Beschaffungen	8814	3,0	9 5 6 8	3,2	3 406	2827	-17,0
sonstiger laufender Sachaufwand	13 008	4,4	13 470	4,5	5 784	6 149	+6,3
Zinsausgaben	25 916	8,8	23 145	7,7	12 415	9 675	-22,1
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 308	63,4	193 594	64,2	99 550	102 552	+3,0
an Verwaltungen	21 108	7,1	22 916	7,6	9 3 4 8	11 232	+20,2
an andere Bereiche	166 200	56,2	170 678	56,6	90 202	91320	+1,2
darunter:							
Unternehmen	25 517	8,6	26 980	8,9	12 600	12 979	+3,0
Renten, Unterstützungen u. a.	28 029	9,5	28 770	9,5	14 588	15 009	+2,9
Sozialversicherungen	104719	35,4	106 761	35,4	59 812	59 519	-0,5
Sonstige Vermögensübertragungen	604	0,2	676	0,2	277	456	+64,6
nvestive Ausgaben	29 275	9,9	30 053	10,0	13 168	9 596	-27,1
Finanzierungshilfen	21 411	7,2	22 218	7,4	10 650	7 178	-32,6
Zuweisungen und Zuschüsse	15 971	5,4	20 593	6,8	5 880	6 5 7 6	+11,8
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	1 024	0,3	1 554	0,5	401	436	+8,7
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	4416	1,5	71	0,0	4370	166	-96,2
Sachinvestitionen	7 865	2,7	7 836	2,6	2 518	2 418	-4,0
Baumaßnahmen	6419	2,2	6 132	2,0	2 160	2 051	-5,0
Erwerb von beweglichen Sachen	983	0,3	1 2 1 7	0,4	321	321	+0,0
Grunderwerb	463	0,2	486	0,2	36	45	+25,0
Globalansätze	0	0,0	- 319	-0,1	0	0	х
Ausgaben insgesamt	295 486	100,0	301 600	100,0	150 047	147 444	-1,7

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Juni 2015

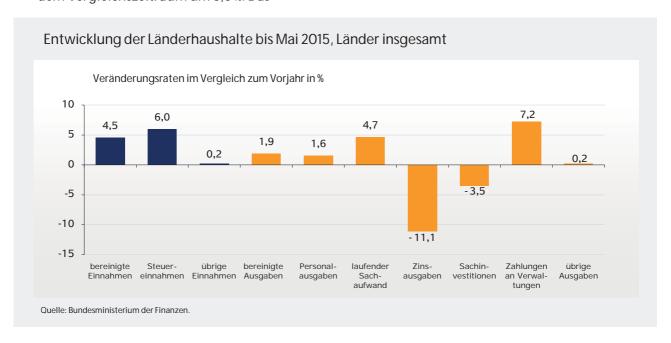
Entwicklung der Einnahmen des Bundes

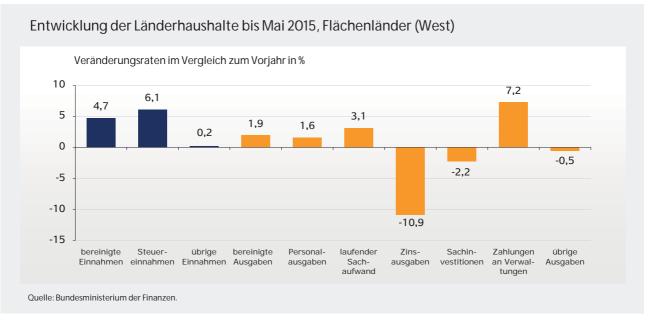
	Is	+	So	JI	Ist-Entv	vicklung	Unterjährige
	20		20		Januar bis Juni 2014	Januar bis Juni 2015	Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	lio.€	in %
I. Steuern	270 774	91,7	278 925	92,6	121 631	130 180	+7,0
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	222 376	75,3	228 592	75,9	107 803	112 595	+4,4
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	112976	38,3	117 450	39,0	54 120	57 615	+6,5
davon:							
Lohnsteuer	71 420	24,2	75 714	25,1	32 314	34827	+7,8
veranlagte Einkommensteuer	19385	6,6	20 634	6,8	10 102	10819	+7,1
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	8712	3,0	8 200	2,7	4 253	3 972	-6,6
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 437	1,2	3 245	1,1	2112	2 353	+11,4
Körperschaftsteuer	10 022	3,4	10 400	3,5	5 3 3 9	5 644	+5,7
Steuern vom Umsatz	107 796	36,5	109 475	36,3	53 244	54 546	+2,4
Gewerbesteuerumlage	1 603	0,5	1 667	0,6	439	433	-1,4
Energiesteuer	39 758	13,5	40 391	13,4	14 543	14215	-2,3
Tabaksteuer	14612	5,0	14 190	4,7	6 186	5 906	-4,5
Solidaritätszuschlag	15 047	5,1	15 600	5,2	7 532	8 061	+7,0
Versicherungsteuer	12 046	4,1	12 500	4,1	7 738	8 012	+3,5
Stromsteuer	6 638	2,2	6900	2,3	3 269	3 272	+0,1
Kraftfahrzeugsteuer	8 501	2,9	8 550	2,8	4378	4814	+10,0
Kernbrennstoffsteuer	708	0,2	1 400	0,5	-2 049	673	Х
Branntweinabgaben	2 061	0,7	2 062	0,7	1 026	1 041	+1,5
Kaffeesteuer	1 016	0,3	1 020	0,3	508	523	+3,0
Luftverkehrsteuer	990	0,3	1 010	0,3	399	416	+4,3
Ergänzungszuweisungen an Länder	-10 681	-3,6	-10 040	-3,3	-5 296	-4920	-7,1
BNE-Eigenmittel der EU	-22 419	-7,6	-23 080	-7,7	-13 837	-13 746	-0,7
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-4015	-1,4	-4310	-1,4	-2 661	-2 763	+3,8
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-7 299	-2,5	-7 299	-2,4	-3 649	-3 649	+0,0
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-8 992	-3,0	-8 992	-3,0	-4 496	-4 496	+0,0
II. Sonstige Einnahmen	24 373	8,3	22 396	7,4	12 416	17 692	+42,5
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	6913	2,3	6 994	2,3	4 622	4 688	+1,4
Zinseinnahmen	237	0,1	232	0,1	74	65	-12,2
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	2 809	1,0	2 181	0,7	521	1 352	+159,5
Einnahmen insgesamt	295 147	100,0	301 320	100,0	134 048	147 872	+10,3

Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2015

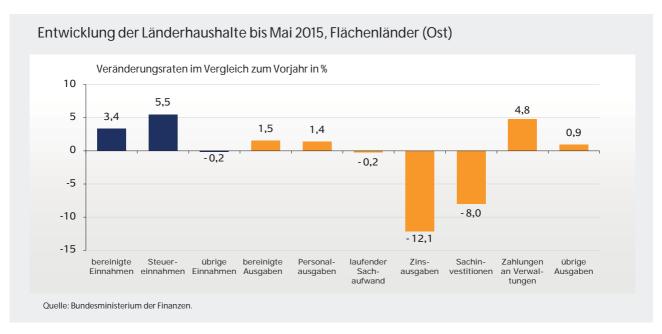
Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2015

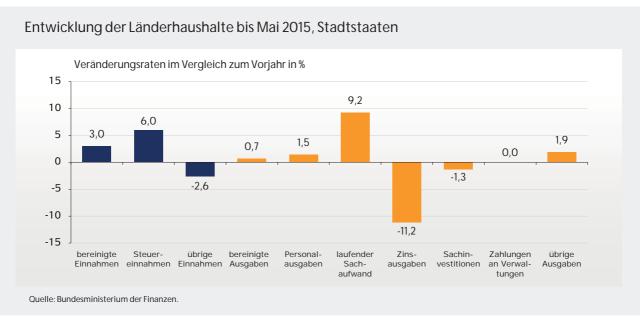
Die Ausgaben der Länder insgesamt stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 1,9 %, während die Einnahmen um 4,5 % zunahmen. Die Steuereinnahmen erhöhten sich gegenüber dem Vergleichszeitraum um 6,0 %. Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit betrug Ende Mai - 2,9 Mrd. € und fällt damit um 3,1 Mrd. € deutlich günstiger aus als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.





Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2015





Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im Juni durchschnittlich 1,62 % (1,29 % im Mai).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende Juni 0,76 % (0,49 % Ende Mai).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich Ende Juni auf - 0,014 % (- 0,012 % Ende Mai).

Der Rat der Europäischen Zentralbank hat am 3. Juni 2015 beschlossen, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 0,05 %, den Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 0,30 % und den Zinssatz für die Einlagefazilität bei - 0,20 % zu belassen.

Der deutsche Aktienindex betrug 10 945 Punkte am 30. Juni (11 414 Punkte am 29. Mai). Der Euro Stoxx 50 sank von 3 571 Punkten am 29. Mai auf 3 424 Punkte am 30. Juni.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im Mai bei 5,0 % nach 5,3 % im April und 4,7 % im März. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 lag in der Zeit von März bis Mai bei 5,0 %, verglichen mit 4,7 % in der Zeit von Februar bis April.

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum belief sich im Mai auf 0,2 % (0,0 % im Vormonat).

In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und

Privatpersonen 2,01 % im Mai gegenüber 1,69 % im April.

Kreditaufnahme von Bund und Sondervermögen – Umsetzung des Emissionskalenders

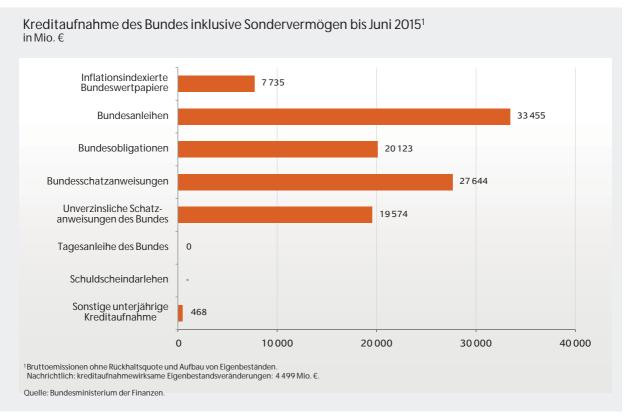
Von Januar bis Juni 2015 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen insgesamt 109,0 Mrd. €. Hierzu wurden festverzinsliche Bundeswertpapiere in Höhe von 95,5 Mrd. € und inflationsindexierte Bundeswertpapiere in Höhe von 8,5 Mrd. € emittiert, darunter eine am 9. Juni 2015 im Syndikat erstmals begebene 30-jährige inflationsindexierte Bundesanleihe mit Fälligkeit 15. April 2046 und einem Emissionsvolumen von 2,5 Mrd. €. Ferner wurden am Sekundärmarkt Bundeswertpapiere in Höhe von 4,5 Mrd. € verkauft.

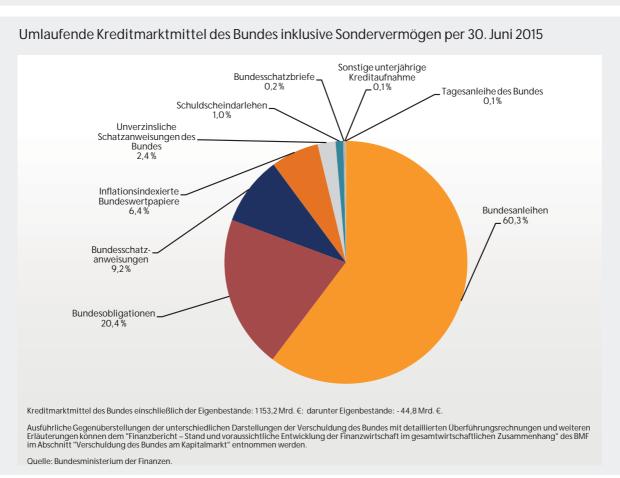
Die Übersichten "Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2015" zeigen die Kapitalund Geldmarktemissionen im Rahmen der Emissionsplanung des Bundes sowie die sonstigen Emissionen.

Der Schuldendienst von Bund und Sondervermögen in Höhe von 121,6 Mrd. € (davon 111,1 Mrd. € Tilgungen und 10,5 Mrd. € Zinsen) überstieg den Bruttokreditbedarf um 12,6 Mrd. €. Diese Finanzierungen waren durch Kassen- oder Haushaltsmittel aufzubringen.

Die aufgenommenen Kredite wurden im Umfang von 103,6 Mrd. € für die Finanzierung des Bundeshaushalts, von 4,0 Mrd. € für die Finanzierung des Finanzmarktstabilisierungsfonds und von 1,4 Mrd. € für die Finanzierung des Investitions- und Tilgungsfonds eingesetzt.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes





Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2015 in Mrd. \in

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd. €	E					
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	-	-	-	-	-	-							-
Bundesanleihen	23,0	-	-	-	-	-							23,0
Bundesobligationen	-	17,0	-	19,0	-	-							36,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	15,0	-	-	15,0							30,0
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	4,0	4,0	4,0	4,0	2,0	2,0							20,0
Bundesschatzbriefe	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0							0,3
Tagesanleihe des Bundes	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0							0,1
Schuldscheindarlehen	-	-	-	-	-	0,2							0,2
Sonstige unterjährige Kreditaufnahme	-	-	1,3	-	-	0,2							1,5
Sonstige Schulden gesamt	-0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0							0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	27,0	21,0	20,3	23,1	2,1	17,4							111,1

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2015 in Mrd. \in

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd.	€					
Gesamte Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen	8,1	1,5	-0,3	1,1	-0,1	0,3							10,5

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2015 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissionskalender)	Volumen ¹ Ist
Bundesobligation ISIN DE0001141711 WKN 114171	Neuemission	1. April 2015	5 Jahre/fällig 17. April 2020 Zinslaufbeginn 23. Januar 2015 erster Zinstermin 17. April 2016	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137495 WKN113749	Aufstockung	8. April 2015	2 Jahre/fällig 10. März 2017 Zinslaufbeginn 13. Februar 2015 erster Zinstermin 15. Februar 2016	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102374 WKN 110237	Aufstockung	15. April 2015	10 Jahre/fällig 15. Februar 2025 Zinslaufbeginn 16. Januar 2015 erster Zinstermin 15. Februar 2016	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141711 WKN 114171	Aufstockung	29. April 2015	5 Jahre/fällig 17. April 2020 Zinslaufbeginn 23. Januar 2015 erster Zinstermin 17. April 2016	4 Mrd.€	4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001104602 WKN110460	Neuemission	6. Mai 2015	2 Jahre/fällig 16. Juni 2017 Zinslaufbeginn 8. Mai 2015 erster Zinstermin 16. Juni 2015	5 Mrd.€	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102374 WKN 110237	Aufstockung	13. Mai 2015	10 Jahre/fällig 15. Februar 2025 Zinslaufbeginn 16. Januar 2015 erster Zinstermin 15. Februar 2016	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102341 WKN 110234	Aufstockung	27. Mai 2015	30 Jahre/fällig 15. August 2046 Zinslaufbeginn 28. Februar 2014 erster Zinstermin 15. August 2015	2 Mrd €	2 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141711 WKN 114171	Aufstockung	3. Juni 2015	5 Jahre/fällig 17. April 2020 Zinslaufbeginn 23. Januar 2015 erster Zinstermin 17. April 2016	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001104602 WKN110460	Aufstockung	10. Juni 2015	2 Jahre/fällig 16. Juni 2017 Zinslaufbeginn 8. Mai 2015 erster Zinstermin 16. Juni 2015	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102374 WKN 110237	Aufstockung	17. Juni 2015	10 Jahre/fällig 15. Februar 2025 Zinslaufbeginn 16. Januar 2015 erster Zinstermin 15. Februar 2016	3 Mrd. €	3 Mrd. €
			2. Quartal 2015 insgesamt	37 Mrd. €	37 Mrd. €

¹Volumen einschließlich Marktpflegequote. Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2015 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissionskalender)	Volumen ¹ Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119428 WKN 111942	Neuemission	13. April 2015	6 Monate/fällig 14. Oktober 2015	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0009436 WKN 111943	Neuemission	27. April 2015	12 Monate/fällig 27. April 2016	1,5 Mrd. €	1,5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE00011194444 WKN 111944	Neuemission	11. Mai 2015	6 Monate/fällig 11. November 2015	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119541 WKN 111945	Neuemission	18. Mai 2015	12 Monate/fällig 16. Mai 2016	1,5 Mrd. €	1,5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119469 WKN 111946	Neuemission	8. Juni 2015	6 Monate/fällig 9. Dezember 2015	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119477 WKN 111947	Neuemission	29. Juni 2015	12 Monate/fällig 29. Juni 2016	1,5 Mrd. €	1,5 Mrd. €
	<u> </u>	·	2. Quartal 2015 insgesamt	10,5 Mrd. €	10,5 Mrd. €

 $^{^{1}} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2015 Sonstiges

Emission	Art der Begebung	Tendertermin/ Termin der Syndizierung	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvorschau)	Volumen ¹ Ist
Inflationsindexierte Bundeswertpaiere insgesamt 2015	Neuemission oder Aufstockung	am zweiten Dienstag eines Monats außer August und Dezember	Auswahl entsprechend Marktbedingungen	10 - 14 Mrd. €	8 Mrd. €
davon im 2. Quartal					
inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE0001030567 WKN 103056	Neuemission	7. April 2015	10 Jahre / fällig 15. April 2026 Zinslaufbeginn 12. März 2015 erster Zinstermin 15. April 2016	1Mrd.€	1 Mrd. €
inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE000103567 WKN 103056	Aufstockung	12. Mai 2015	10 Jahre / fällig 15. April 2026 Zinslaufbeginn 12. März 2015 erster Zinstermin 15. April 2016	1 Mrd. €	1 Mrd. €
inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE000103055 WKN 103057	Syndikat	9. Juni 2015	30 Jahre / fällig 15. April 2046 Zinslaufbeginn 15. April 2015 erster Zinstermin 15. April 2016	-	2,5 Mrd. €

¹Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf die Sitzungen der Eurogruppe und des ECOFIN-Rats am 18. und 19. Juni 2015 in Luxemburg sowie zu den Sonder-Eurogruppen am 22., 24., 25. und 27. Juni 2015 in Brüssel

In der Eurogruppe am 18. Juni 2015 wurden die Situation in Griechenland, Zypern und Portugal, der Artikel-IV-Bericht des Internationalen Währungsfonds (IWF) zum Euroraum, der Zusammenhang des Niedrigzinsumfelds mit der Finanzpolitik und die finanz- und wirtschaftspolitischen Empfehlungen an den Euroraum behandelt.

Bezüglich Griechenland ging es um den aktuellen Stand der Verhandlungen zum Abschluss des zweiten makroökonomischen Anpassungsprogramms. Hierzu fanden neben der Eurogruppe am 18. Juni 2015 zusätzliche Sondertreffen der Eurogruppe am 22., 24., 25. und 27. Juni 2015 statt. Die Beratungen am 27. Juni 2015 erfolgten vor dem Hintergrund, dass Griechenlands Ministerpräsident Alexis Tsipras in der Nacht vom 26. auf den 27. Juni 2015 angekündigt hatte, über den Stand der Verhandlungen am 5. Juli 2015 ein Referendum durchzuführen, wobei er der Bevölkerung Griechenlands eine Ablehnung der von den Institutionen vorgeschlagenen Bedingungen zum Abschluss der Programmüberprüfung empfehlen werde. Die laufenden Verhandlungen mit den Institutionen wurden damit von Griechenland einseitig abgebrochen.

Bezüglich Zypern stand die sechste Programmüberprüfung auf der Tagesordnung. Die Institutionen bescheinigten dem Land Fortschritte bei der Umsetzung des Anpassungsprogramms als Basis für den Abschluss der sechsten Programmüberprüfung sowie auch die Umsetzung der Vorabmaßnahmen (Prior Actions), die auf den Abbau des immer noch sehr hohen Niveaus notleidender Kredite abzielen. Die Eurogruppe unterstützte daher vorbehaltlich der nationalen parlamentarischen Verfahren den Vorschlag der Institutionen zur Auszahlung der nächsten Tranche durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus in Höhe von 100 Mio. €.

Zu Portugal berichteten die Institutionen über die zweite Nach-Programmüberprüfung. Die Eurogruppe begrüßte die weiteren Fortschritte Portugals und die sich verstärkende wirtschaftliche Erholung dort. Sie zeigte sich zuversichtlich, dass Portugal in seinen Anstrengungen nicht nachlasse, um die noch bestehenden fiskalischen und strukturellen Herausforderungen anzugehen.

Die Geschäftsführende Direktorin des IWF, Christine Lagarde, stellte die Ergebnisse der IWF-Artikel-IV-Konsultationen mit dem Euroraum vor. Um die Wirtschaft des Euroraums nachhaltig auf einen höheren Wachstumspfad zu bringen, seien weiterhin Strukturreformen, eine angemessene Finanzpolitik sowie die Stabilisierung des Finanzsektors notwendig.

Hieran schloss sich die Aussprache zu den Auswirkungen des Niedrigzinsumfelds auf die Staatshaushalte an. Neben einer Reihe von Mitgliedstaaten, insbesondere auch Deutschland, forderte auch der IWF die Nutzung der derzeit günstigen Bedingungen, die zum Teil beträchtliche Minderausgaben in den Mitgliedstaaten zur Folge haben, für eine beschleunigte Defizitreduzierung.

In diesem Zusammenhang beriet und billigte die Eurogruppe auch die Empfehlungen an den Euroraum im Rahmen des Europäischen Semesters. Die Einsparungen aufgrund niedriger Zinsen dürften nicht von den strukturellen Konsolidierungserfordernissen und der Umsetzung weiterer Strukturreformen ablenken. Die Eurogruppe wird sich im weiteren Jahresverlauf

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

auch mit der Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen beschäftigen.

Auf der Tagesordnung des ECOFIN-Rats am 19. Juni 2015 standen die Investitionsinitiative der Europäischen Kommission, die Bankenstrukturreform, die Banken- und die Kapitalmarktunion, verschiedene Steuerthemen, Beiträge zum Europäischen Rat am 25. und 26. Juni 2015 sowie die Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts.

Die lettische Ratspräsidentschaft informierte über die nächsten Verfahrensschritte zur Verordnung zur Errichtung des geplanten Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI), auf die sie sich in den Trilogverhandlungen mit der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament geeinigt und zu der der Rat am 9. Juni 2015 eine politische Einigung erzielt hatte. Alle Beteiligten bewerteten das Ergebnis des Trilogs als sehr positive und gute Grundlage, um zusätzliche private Investitionen in der Europäischen Union (EU) zu mobilisieren. Die Verordnung wurde im Europäischen Parlament am 24. Juni 2015 und anschließend durch den Rat verabschiedet. Die Minister und die Europäische Kommission betonten darüber hinaus die Bedeutung der Beseitigung von Investitionshemmnissen sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene, die gleichzeitig verfolgt werden solle.

Zur Bankenstrukturreform wurde im ECOFIN-Rat eine allgemeine Ausrichtung zum Ratsvorschlag einer einheitlichen EU-Trennbanken-Verordnung erzielt. Der Vorschlag umfasst die rund 30 größten europäischen Banken. Danach sollen die betroffenen Banken künftig ihren Eigenhandel in jedem Fall abtrennen und darüber hinaus bei hohen Risiken auch sonstige Handelsgeschäfte abspalten oder mit signifikant mehr Eigenkapital unterlegen müssen.

Zur Kapitalmarktunion verabschiedete der ECOFIN-Rat Schlussfolgerungen. Die Europäische Kommission betonte ihr Anliegen, dass alle 28 Mitgliedstaaten trotz ihrer unterschiedlichen Kapitalmärkte von der Kapitalmarktunion profitieren sollten. Leitlinien bei der schrittweisen Umsetzung der Kapitalmarktunion seien die Schaffung zusätzlicher Finanzierungsoptionen für Unternehmen und die Verbesserung der Chancen privater und institutioneller Anleger am Kapitalmarkt sowie der Bedingungen für grenzüberschreitende Investitionen. Im Herbst werde die Europäische Kommission erste konkrete Maßnahmen vorschlagen.

Zur Bankenunion informierte die Europäische Kommission die Minister darüber, dass sie diejenigen Mitgliedstaaten, die bislang die Bankenrestrukturierungs- und Bankenabwicklungsrichtlinie noch nicht umgesetzt hätten, zu einer Stellungnahme aufgefordert habe. Darüber hinaus ermunterte sie die Mitgliedstaaten, die intergouvernementale Vereinbarung zum Einheitlichen Abwicklungsfonds (SRF) zeitnah zu ratifizieren, damit der SRF wie vorgesehen zum 1. Januar 2016 eingesetzt werden könne.

Zur Verwaltungszusammenarbeit im Rahmen des Richtlinienvorschlags zum verpflichtenden automatischen Informationsaustausch von Tax Rulings mit grenzüberschreitenden Wirkungen wurde eine Orientierungsdebatte für die weiteren Beratungen geführt. Die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten erachteten den Richtlinienvorschlag zu Tax Rulings – steuerliche Vorbescheide und Vorabverständigungsvereinbarungen zu grenzüberschreitenden steuerlichen Sachverhalten – als wichtig und dringlich. Klärungsbedarf seitens der Mitgliedstaaten besteht allerdings u. a. noch im Hinblick auf die Rolle der Europäischen Kommission und die Rückwirkungsfristen.

Die von der Ratspräsidentschaft angestrebte politische Einigung auf eine Änderung der Zins- und Lizenzrichtlinie konnte nicht herbeigeführt werden. Mehrere Minister, so auch Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble, sprachen sich gegen eine isolierte Verabschiedung einer Anti-Missbrauchsklausel

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

aus, da diese schon in vielen nationalen Rechtsverordnungen verankert sei und nur eine umfassende Änderung, die auch Regelungen zur Mindestbesteuerung beinhalte, Base Erosion and Profit Shifting (BEPS)¹ effektiv bekämpfen könne. Die Bekämpfung von BEPS habe eine hohe Priorität; insofern solle eine Überarbeitung der Richtlinie im Ganzen zeitnah erfolgen.

Unter dem Tagesordnungspunkt "Beitrag zum Europäischen Rat" am 25. und 26. Juni 2015 billigten die Minister die Entwürfe für Ratsempfehlungen zum Europäischen Semester 2015 hinsichtlich der euroraum- und länderspezifischen Empfehlungen für die einzelnen Mitgliedstaaten sowie die wirtschaftspolitischen Leitlinien und leiteten diese an den

Europäischen Rat weiter. Zudem informierte die Europäische Kommission kurz über die bevorstehende Veröffentlichung des Berichts der fünf Präsidenten von Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank, Eurogipfel, Eurogruppe und Europäischem Parlament zu den weiteren Schritten zur Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion sowie die vorgesehene Beratung dazu im Europäischen Rat.

Schließlich nahm der ECOFIN-Rat in Bezug auf die Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts die Ratsbeschlüsse zur Entlassung von Polen und Malta aus dem Defizitverfahren an. Zu Großbritannien verabschiedeten die Minister eine neue Ratsempfehlung nach Artikel 126 Absatz 7 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, wobei eine Fristverlängerung zur Reduzierung des übermäßigen Defizits bis zum Finanzjahr 2016/17 gewährt wurde.

¹Gewinnkürzungen und -verlagerungen.

Termine, Publikationen

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

4./5. September 2015	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Ankara
11./12. September 2015	Eurogruppe und informeller ECOFIN in Luxemburg
5./6. Oktober 2015	Eurogruppe und ECOFIN-Rat in Brüssel
9./11. Oktober 2015	Jahresversammlung von IWF und Weltbank in Lima

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Bundeshaushalts 2016 und des Finanzplans bis 2019

18. März 2015	Eckwertebeschluss des Kabinetts zum Bundeshaushalt 2016 und Finanzplan bis 2019
5. bis 7. Mai 2015	Steuerschätzung in Saarbrücken
3. Juni 2015	Stabilitätsrat
1. Juli 2015	Kabinettbeschluss zum Entwurf Bundeshaushalt 2016 und Finanzplan bis 2019
14. August 2015	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
3. bis 5. November 2015	Steuerschätzung in Nürnberg
voraussichtlich September bis Dezember 2015	Lesung beziehungsweise Beratung im Bundestag beziehungsweise Bundesrat

Termine, Publikationen

Veröffentlichungskalender¹ der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
August 2015	Juli 2015	20. August 2015
September 2015	August 2015	21. September 2015
Oktober 2015	September 2015	22. Oktober 2015
November 2015	Oktober 2015	20. November 2015
Dezember 2015	November 2015	21. Dezember 2015

 $^{^1} Nach \, Special \, Data \, Dissemination \, Standard \, (SDDS) \, des \, IWF, siehe: \, http://dsbb.imf.org.$

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

broschueren@bmf.bund.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 03018 272 2721

Telefax: 03018 10 272 2721

Internet:

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Statistiken und Dokumentationen

Über	sichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	65
1	Kreditmarktmittel	65
2	Gewährleistungen	66
3	Kennziffern SDDS - Central Government Operations - Haushalt Bund	
4	Kennziffern SDDS - Central Government Debt - Schulden Bund	
5	Bundeshaushalt 2010 bis 2019	
6	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten	
	in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015	72
7	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen,	
•	Soll 2015	
8	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2015	
9	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	
11	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	
12	Entwicklung der Staatsquote	
13a	Schulden der öffentlichen Haushalte	
13b	Schulden der öffentlichen Haushalte - neue Systematik	
14	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	
15	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	
16	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	
17	Steuerquoten im internationalen Vergleich	
18	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	
19	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
20	Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015	95
Über	rsichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	96
Abb.	1 Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2014/2015	96
1	Die Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2015	
2	Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage	
	des Bundes und der Länder bis Mai 2015	97
3	Die Einnahmen und Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2015	99

 $\ddot{\text{U}} bersichten \, und \, Grafiken \, zur \, finanzwirtschaftlichen \, Entwicklung$

Ges	$amtwirts \hbox{\it chaft liches Produktions potenzial und Konjunkturkomponenten des Bundes}$	103
1	Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten	104
2	Produktionspotenzial und -lücken	
3	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts	
	zum preisbereinigten Potenzialwachstum	106
4	Bruttoinlandsprodukt	107
5	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	109
6	Kapitalstock und Investitionen	113
7	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	114
8	Preise und Löhne	115
Ken	ınzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	117
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	117
2	Preisentwicklung	118
3	Außenwirtschaft	119
4	Einkommensverteilung	120
5	Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich	121
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	122
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	123
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz	
	in ausgewählten Schwellenländern	124
9	Übersicht Weltfinanzmärkte	125
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu BIP,	
	Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	126
11	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu Haushaltssalden,	
	Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	130

Quellen: soweit nicht anders gekennzeichnet Bundesministerium der Finanzen und eigene Berechnungen.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

in Mio. €

	Stand: 31. Mai 2015	Zunahme	Abnahme	Stand: 30. Juni 2015		
Gliederung nach Schuldenarten						
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	71 000	2 500	-	73 500		
Bundesanleihen	692 405	3 000	-	695 405		
Bundesobligationen	232 000	3 000	-	235 000		
Bundesschatzbriefe	2 058	-	27	2 031		
Bundesschatzanweisungen	116 000	5 000	15 000	106 000		
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	27 532	2 003	2 000	27 535		
Tagesanleihe des Bundes	1 140	0	8	1 133		
Schuldscheindarlehen	11 971	_	210	11 761		
Sonstige unterjährige Kreditaufnahme	588	457	180	865		
Kreditmarktmittel insgesamt	1 154 694			1 153 229		

	Stand: 31. Mai 2015		Stand: 30. Juni 2015
Glieder	ung nach Restlaufzeite	en	
Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	197 896		199 834
Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	358 184		346 331
Langfristig (mehr als 4 Jahre)	598 615		607 064
Kreditmarktmittel insgesamt	1 154 694		1 153 229

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Ausführliche Gegenüberstellungen der unterschiedlichen Darstellungen der Verschuldung des Bundes mit detaillierten Überführungsrechnungen und weiteren Erläuterungen können dem "Finanzbericht – Stand und voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang" des BMF im Abschnitt "Verschuldung des Bundes am Kapitalmarkt" entnommen werden.

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen	Belegung am 30. Juni 2015	Belegung am 30. Juni 2014
		in Mrd. €	
Ausfuhren	160,0	134,0	136,8
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite	65,0	44,8	44,3
FZ-Vorhaben	22,2	12,6	6,6
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	0,0
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	158,0	104,1	108,1
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	56,8	56,4
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,0	1,0	1,0
Zinsausgleichsgarantien	8,0	8,0	8,0
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4

Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Operations – Haushalt Bund

		Central Government Operations							
		Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme		
		Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financia market balance/Net borrowing		
			in Mio. €/€ m						
2015	Dezember	-	-	-	-	-	-		
	November	-	-	-	-	-	-		
	Oktober	-	-	-	-	-	-		
	September	-	-	-	-	-	-		
	August	-	-	-	-	-	-		
	Juli	-	-	-	-	-	-		
	Juni	147 444	147 872	450	-4819	129	5 3 9 8		
	Mai	124 549	113 481	-11 046	-17612	72	6 638		
	April	104 640	90 101	-14518	-34 653	- 28	20 106		
	März	81 483	68 011	-13 454	-28 180	- 105	14620		
	Februar	59888	37 371	-22 506	-39 780	- 129	17 144		
	Januar	38 092	19 565	-18 528	-28 905	- 126	10 252		
2014	Dezember	295 486	295 147	- 297	0	297	0		
2011	November	273 755	252 401	-21 297	-18 391	118	-2 788		
	Oktober	251 113	229 707	-21 363	-28 982	137	7 7 5 6		
	September	227 810	208 955	-18 809	-21 206	110	2 507		
	August	205 597	180 504	-25 052	-29 508	124	4579		
	Juli	184378	159 069	-25 268	-35 248	121	10 100		
	Juni	150 047	134 048	-15 973	-16 582	94	704		
	Mai	127 591	103 500	-24 066	-25388	0	1 322		
	April	103 067	84896	-18 139	-28 185	-18	10 028		
	März	80 119	63 166	-16 936	-24 101	-126	7 040		
		59 707	35 554	-24 137	-29 495	-178	5 179		
	Februar	38 484	18 235	-20 235	-38 930	- 161	18 534		
2012	Januar	307 843	285 452	-22 348	0	276	-22 072		
2013	Dezember	286 965	245 022	-41 873	-23 619	110	-18 144		
	November	260 699	223 768	-36 881	-35 674	132	-1 075		
	Oktober	228 296	202 085	-26 162	-21 798	119	-4 245		
	September	206 802	176 302	-30 448	-23 274	124	-7 050		
	August	185 785	156 321	-29 418	-30 261	111	954		
	Juli	150 687	132 239	-18 410	-19709	68	1 3 6 7		
	Juni								
	Mai	128 869	103 903	-24 939	-22 699	64	-2 176		
	April	104 661	83 276	-21 371	-34 642	-58	13 213		
	März	79 772	60 452	-19 306	-24 193	- 107	4780		
	Februar	59 487	35 678	-23 786	-24082	-128	168		
	Januar	37 510	17 690	-19 803	-23 157	- 132	3 222		

noch Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Operations - Haushalt Bund

			Central Governr	nent Operations		
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financia market balance/Net borrowing
			in Mio	. €/€ m		
2012 Dezember	306 775	283 956	-22 774	0	293	-22 480
November	281 560	240 077	-41 410	-8 531	129	-32 749
Oktober	258 098	220 585	-37 447	-21 107	162	-16 178
September	225 415	199 188	-26 173	-10 344	132	-15 697
August	193 833	156 426	-37 352	-19 849	123	-17 379
Juli	184344	153 957	-30 335	-24 804	122	-5 408
Juni	148 013	129 741	-18 231	-1 608	107	-16515
Mai	127 258	101 691	-25 526	-6 259	71	-19 195
April	108 233	81 374	-26 836	-28 134	- 1	1 298
März	82 673	58 613	-24 040	-21 711	- 77	-2 406
Februar	62 345	35 423	-26 907	-16 750	- 98	-10 254
Januar	42 651	18 162	-24 484	-24357	-123	- 250
2011 Dezember	296 228	278 520	-17 667	0	324	-17 343
November	273 451	233 578	-39 818	-5 359	179	-34 280
Oktober	250 645	214 035	-36 555	-13 661	181	-22 712
September	227 425	192 906	-34 465	-8 069	152	-26 244
August	206 420	169 910	-36 459	536	144	-36 851
Juli	185 285	150 535	-34 709	-4344	162	-30 202
Juni	150 304	127 980	-22 288	13 211	164	-35 335
Mai	129 439	102 355	-27 051	9 3 0 0	94	-36 257
April	109 028	80 147	-28 849	-20 282	24	-8 544
März	83 915	58 442	-25 449	-8 936	-41	-16 554
Februar	63 623	34012	-29 593	-17 844	-93	-11 841
Januar	42 404	17 245	-25 149	-21 378	- 90	-3 861

Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Debt – Schulden Bund

			Central Government D	Debt			
	Kr	editmarktmittel, Glie	derung nach Restlaufz	zeiten	Carrishalalaturaara		
		Outsta	nding debt		Gewährleistunger		
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt	Debt guaranteed		
	Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt			
		in Mio. €/€ m					
2015 Dezember	-	-	-	-	-		
November	-	-	-	-	-		
Oktober	-	-	-	-	-		
September	-	-	-	-	-		
August	-	-	-	-	-		
Juli	-	-	-	-	-		
Juni	199834	346 331	607 064	1 153 229	463		
Mai	197 896	358 174	598 615	1 154 694	-		
April	196 390	353 279	588 623	1 138 291	-		
März	182714	366 563	595 628	1 144 905	459		
Februar	186389	374708	589 632	1 150 729	-		
Januar	187880	369 704	596 687	1 154 171	-		
2014 Dezember	188 386	363 717	607 701	1 159 804	458		
November	189 068	373 694	605 013	1 167 776	-		
Oktober	194120	368 692	596 722	1 158 934	-		
September	194113	363 965	597 130	1 155 207	459		
August	197 551	375 060	586 148	1 158 758	-		
Juli	198 685	370 109	579 210	1 148 003	_		
Juni	203 003	365 337	592 881	1 161 222	452		
Mai	201 653	376 498	582 958	1 161 109	-		
April	203 663	370 577	570 976	1145216	_		
März	205 708	355 628	592 045	1 153 381	449		
Februar	208 712	366 656	583 057	1 158 425			
Januar	194 906	361 641	587 112	1 143 659	_		
2013 Dezember	199 033	360 431	596 350	1 155 814	443		
	203 206	369 508	592 718	1 165 432	-		
November Oktober	204 212	364 644	579 937	1 148 592	_		
	204 138	360 829	583 822	1 148 789	470		
September	207 355	371 083	572 836	1 151 273			
August	207 948	366 074	562 859	1 136 882	_		
Juli	205 135	366 991	572 752	1 144 877	474		
Juni	207 541	377 104	562 867	1147512	7/4		
Mai					_		
April	204 592	372 173	551 886	1 128 651	472		
März	216 723	368 251	558 954	1 143 928	472		
Februar	219 648	378 264	549 986	1147897	-		
Januar	219 615	357 434	554 028	1 131 078	-		

noch Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Debt – Schulden Bund

		Central Government Debt				
	Kr	Kreditmarktmittel, Gliederung nach Restlaufzeiten				
		Outstanding debt				
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt	Debt guaranteed	
	Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt		
		in Mio. €/€ m			in Mrd. €/€ bn	
2012 Dezember	219 752	356 500	563 082	1 139 334	470	
November	220 844	367 559	563 217	1 151 620	-	
Oktober	217 836	362 636	549 262	1 129 734	-	
September	216 883	357 763	555 802	1 130 449	508	
August	221 918	369 000	540 581	1 131 499	-	
Juli	221 482	364 665	532 694	1 118 841	-	
Juni	226 289	358 836	542 876	1 128 000	459	
Mai	226 511	367 003	535 842	1 129 356	-	
April	226 581	362 000	524 423	1 113 004	-	
März	214 444	351 945	545 695	1112084	454	
Februar	217 655	364 983	535 836	1 118 475	-	
Januar	219 621	344 056	542 868	1 106 545	-	
2011 Dezember	222 506	341 194	553 871	1 117 570	378	
November	228 850	353 022	549 155	1 131 028	-	
Oktober	232 949	346 948	536 229	1 116 125	-	
September	239 900	341 817	545 495	1 127 211	376	
August	237 224	357 519	534 543	1 129 286	-	
Juli	239 195	350 434	528 649	1 118 277	-	
Juni	238 249	351 835	538 272	1 128 355	361	
Mai	232 210	364 702	534 474	1 131 385	-	
April	236 083	357 793	523 533	1 117 409	-	
März	240 084	349 779	525 593	1 115 457	348	
Februar	234 948	362 885	514 604	1 112 437	-	
Januar	239 055	338 972	522 579	1 100 606	_	

¹ Gewährleistungsdaten werden quartalsweise gemeldet. Ab Dezember 2013 neue Ermittlungsmethode für die Gewährleistungen, daher keine Vergleichbarkeit der Werte zur Vorperiode. Vorjahreswert (2012) nach neuer Ermittlungsmethode: 433 Mrd. €.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 5: Bundeshaushalt 2014 bis 2019 Gesamtübersicht

	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Computational day No aboursion as				2017		2019
Gegenstand der Nachweisung	Ist	Soll	RegEntw		Finanzplanung	
			Mr	d. €		
1. Ausgaben	295,5	301,6	312,0	318,8	326,3	333,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-4,0	+2,1	+3,4	+2,2	+2,4	+2,1
2. Einnahmen ¹	295,1	301,3	311,7	318,5	326,0	332,8
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+3,4	+2,1	+3,4	+2,2	+2,4	+2,1
darunter:						
Steuereinnahmen	270,8	278,9	290,0	299,1	312,2	323,8
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+4,2	+3,0	+4,0	+3,1	+4,4	+3,7
3. Finanzierungssaldo	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
in % der Ausgaben	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme² (-)	201,8	182,1	209,1	185,8	193,0	182,9
5. Sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	-1,5	6,6	3,2	0,6	-0,9	-2,3
6. Tilgungen (+)	200,3	188,7	205,9	185,2	193,9	185,2
7. Nettokreditaufnahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
nachrichtlich:						
investive Ausgaben	29,3	30,1	30,4	31,2	31,8	30,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	- 12,6	+2,2	+1,2	+2,5	+1,8	- 4,0
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	2,5	3,0	2,5	2,5	2,5	2,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: Juli 2015.

² Gemäß BHO § 13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

³ Nach Abzug der Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2011 bis 2016

	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Ausgabeart		Ist			Soll	RegEntwurf
			in Mi	o. €		
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	27 856	28 046	28 575	29 209	29 995	30 707
Aktivitätsbezüge	20 702	20 619	20938	21 280	21 747	22 280
ziviler Bereich	9 2 7 4	9 289	9 599	9 9 9 7	11 241	11 306
militärischer Bereich	11 428	11 331	11 339	11 283	10 506	10 974
Versorgung	7 154	7 427	7 637	7 928	8 248	8 427
ziviler Bereich	2 472	2 538	2 619	2 699	2 832	2 830
militärischer Bereich	4682	4889	5 018	5 2 2 9	5 417	5 596
Laufender Sachaufwand	21 946	23 703	23 152	23 174	24 455	25 949
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 545	1 384	1 453	1 352	1 417	1 490
militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10137	10 287	8 550	8 8 1 4	9 568	10164
sonstiger laufender Sachaufwand	10 264	12 033	13 148	13 008	13 470	14295
Zinsausgaben	32 800	30 487	31 302	25 916	23 145	23 807
an andere Bereiche	32 800	30 487	31 302	25 916	23 145	23 807
sonstige	32 800	30 487	31 302	25 916	23 145	23 807
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	32 759	30 446	31 261	25 874	23 103	23 766
an Ausland	- 0	-	-	0	0	0
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 554	187 734	190 781	187 308	193 594	200 693
an Verwaltungen	15 930	17 090	27 273	21 108	22 916	23 965
Länder	10 642	11 529	13 435	14 133	16030	16 699
Gemeinden	12	8	8	5	6	6
Sondervermögen	5 276	5 552	13 829	6 9 6 9	6880	7 2 6 0
Zweckverbände	1	1	0	0	0	0
an andere Bereiche	171 624	170 644	163 508	166 200	170 678	176 728
Unternehmen	23 882	24 225	25 024	25 517	26 980	27 898
Renten, Unterstützungen und Ähnliches an natürliche Personen	26 718	26307	27 055	28 029	28 770	28 271
an Sozialversicherung	115 398	113 424	103 693	104719	106 761	111 329
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 665	1 668	1 656	1 889	2 035	2 117
an Ausland	3 958	5 0 1 7	6075	6 043	6131	7 111
an Sonstige	2	2	5	5	2	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	270 156	269 971	273 811	265 607	271 190	281 156

¹Stand: Kabinettbeschluss vom 1. Juli 2015.

noch Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2011 bis 2016

	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Ausgabeart		lst			Soll	RegEntwurf
			in Mi	o. €		
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	7 175	7 760	7 895	7 865	7 836	9 046
Baumaßnahmen	5814	6 147	6264	6 4 1 9	6 132	7 085
Erwerb von beweglichen Sachen	869	983	1 020	983	1217	1 325
Grunderwerb	492	629	611	463	486	636
Vermögensübertragungen	15 284	16 005	15 327	16 575	21 269	20 229
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	14 589	15 524	14772	15 971	20 593	19 509
an Verwaltungen	5 243	5 789	4924	4854	8 481	5 603
Länder	5 178	5 152	4873	4786	4 895	5 265
Gemeinden und Gemeindeverbände	65	56	52	68	86	107
Sondervermögen	-	581	-	0	3 501	231
an andere Bereiche	9 3 4 6	9 735	9 848	11 118	12 112	13 907
Sonstige - Inland	6 0 6 0	6234	6 393	5886	7 035	8 066
Ausland	3 287	3 501	3 455	5 2 3 2	5 077	5 841
sonstige Vermögensübertragungen	695	480	555	604	676	719
an andere Bereiche	695	480	555	604	676	719
Unternehmen – Inland	260	4	7	5	30	30
Sonstige - Inland	123	129	141	135	136	132
Ausland	311	348	406	464	510	557
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 613	13 040	10 810	5 439	1 624	1 869
Darlehensgewährung	2 825	2 736	2 032	1 024	1 554	1 416
an Verwaltungen	1	1	0	0	1	1
Länder	1	1	0	0	1	1
an andere Bereiche	2 825	2 735	2 032	1 023	1 553	1 416
sonstige – Inland (auch Gewährleistungen)	1 115	1 070	597	793	1 156	1 126
Ausland	1 710	1 666	1 435	230	397	290
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	788	10 304	8 778	4416	71	453
Inland	0	0	91	72	71	113
Ausland	788	10304	8 687	4 3 4 3	0	340
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	26 072	36 804	34 032	29 879	30 729	31 143
Darunter: Investive Ausgaben	25 378	36 324	33 477	29 275	30 053	30 424
Globale Mehr-/Minderausgaben	-	-	-	-	- 319	- 300
Ausgaben zusammen	296 228	306 775	307 843	295 486	301 600	312 000

¹Stand: Kabinettbeschluss vom 1. Juli 2015.

Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2016

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe				in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	70 623	63 851	27 196	20 212	0	16 443
01	politische Führung und zentrale Verwaltung	15 137	14 606	4127	1886	0	8 593
02	auswärtige Angelegenheiten	11 921	6 499	568	257	0	5 673
03	Verteidigung	33 966	33 744	16 570	15 874	0	1 300
04	öffentliche Sicherheit und Ordnung	4797	4363	2 662	1 358	0	343
05	Rechtsschutz	501	484	307	120	0	56
06	Finanzverwaltung	4302	4 155	2 9 6 1	718	0	476
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	21 717	18 079	549	1 204	0	16 326
13	Hochschulen	5 414	4397	12	10	0	4375
14	Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	3 563	3 558	0	182	0	3 3 7 6
15	sonstiges Bildungswesen	355	261	12	71	0	178
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	11 640	9 284	524	929	0	7 831
19	übrige Bereiche aus 1	746	579	1	12	0	566
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	158 205	157 273	301	288	0	156 683
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	106 718	106 718	39	0	0	106 679
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege und Ähnliches	8 531	8 530	0	0	0	8 530
24	soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2112	1 551	0	4	0	1 547
25	Arbeitsmarktpolitik	32 196	32 083	1	76	0	32 006
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	394	391	0	25	0	366
29	übrige Bereiche aus 2	8 255	8 000	262	183	0	7 555
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	2 287	1 385	388	636	0	361
31	Gesundheitswesen	621	581	222	254	0	105
32	Sport und Erholung	195	139	0	7	0	132
33	Umwelt- und Naturschutz	864	475	99	313	0	63
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	607	190	67	62	0	62
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 966	517	0	19	0	498
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 273	506	0	8	0	498
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	690	11	0	11	0	0
43	kommunale Gemeinschaftsdienste	3	0	0	0	0	0
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 036	568	15	240	0	314
52	Landwirtschaft und Ernährung	1 011	544	0	232	0	311
522	einkommensstabilisierende Maßnahmen	129	129	0	101	0	28
529	übrige Bereiche aus 52	882	415	0	131	0	284
599	übrige Bereiche aus 5	26	24	15	8	0	2

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2016

F. d.C.		Sach- investitionen	Vermögens- übertragun- gen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	1 239	4 902	630	6 772	6 753
01	politische Führung und zentrale Verwaltung	400	131	0	531	531
02	auswärtige Angelegenheiten	148	4 644	630	5 422	5 421
03	Verteidigung	177	44	0	222	204
04	öffentliche Sicherheit und Ordnung	351	83	0	434	434
05	Rechtsschutz	17	0	0	17	17
06	Finanzverwaltung	146	0	0	146	146
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	117	3 522	0	3 638	3 638
13	Hochschulen	1	1 015	0	1016	1 016
14	Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	0	5	0	5	5
15	sonstiges Bildungswesen	0	94	0	94	94
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	114	2 242	0	2 3 5 6	2 356
19	übrige Bereiche aus 1	1	166	0	167	167
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	16	909	7	933	262
22	$Sozial versicherung\ einschließlich\ Arbeitslosen versicherung$	0	0	0	0	0
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege und Ähnliches	0	0	0	0	0
24	soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2	559	1	561	4
25	Arbeitsmarktpolitik	0	113	0	113	0
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	0	3	0	3	3
29	übrige Bereiche aus 2	15	234	7	255	255
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	445	456	0	901	901
31	Gesundheitswesen	32	7	0	39	39
32	Sport und Erholung	0	56	0	56	56
33	Umwelt- und Naturschutz	6	383	0	389	389
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	406	10	0	417	417
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	0	1 445	4	1 449	1 449
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	0	763	4	767	767
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	0	679	0	679	679
43	kommunale Gemeinschaftsdienste	0	3	0	3	3
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1	467	1	468	468
52	Landwirtschaft und Ernährung	0	466	1	467	467
522	einkommensstabilisierende Maßnahmen	0	0	0	0	0
529	übrige Bereiche aus 52	0	466	1	467	467
599	übrige Bereiche aus 5	1	1	0	1	1

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2016

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe		ŭ	ii	n Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 802	3 028	81	724	0	2 224
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	125	0	0	0	0	0
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 698	1 667	0	0	0	1 667
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	876	772	0	335	0	437
65	Handel und Tourismus	368	368	0	302	0	66
66	Geld- und Versicherungswesen	40	10	0	10	0	0
68	sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	1 213	93	0	40	0	52
69	regionale Fördermaßnahmen	1 386	25	0	24	0	1
699	übrige Bereiche aus 6	96	94	81	13	0	0
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	18 628	4 458	1 110	2 190	0	1 159
72	Straßen	8 786	1 181	0	998	0	183
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 576	560	102	386	0	72
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	5 349	82	0	4	0	78
75	Luftfahrt	336	222	60	23	0	140
799	übrige Bereiche aus 7	2 581	2 414	948	779	0	687
8	Finanzwirtschaft	31 735	31 996	1 067	436	23 807	6 685
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5912	5912	0	0	0	5912
82	Steuern und Finanzzuweisungen	811	773	0	0	0	773
83	Schulden	23 815	23 815	0	8	23 807	0
84	Beihilfen, Unterstützungen und Ähnliches	567	567	567	0	0	0
88	Globalposten	200	500	500	0	0	0
899	übrige Bereiche aus 8	429	429	0	428	0	0
Summe al	ller Hauptfunktionen	312 000	281 156	30 707	25 949	23 807	200 693

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2016

		Sachin- vestitionen	Vermögens- übertragun- gen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	2	1 657	1 115	2 774	2 744
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	0	125	0	125	125
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	0	31	0	31	31
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	0	105	0	105	105
65	Handel und Tourismus	0	0	0	0	0
66	Geld- und Versicherungswesen	0	30	0	30	0
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	0	5	1 115	1120	1 120
69	regionale Fördermaßnahmen	0	1 361	0	1361	1 361
699	übrige Bereiche aus 6	2	0	0	2	2
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	7 226	6 832	113	14 170	14 170
72	Straßen	6 165	1 441	0	7 606	7 606
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 015	1	0	1 016	1016
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	0	5 2 6 7	0	5 2 6 7	5 2 6 7
75	Luftfahrt	1	0	113	114	114
799	übrige Bereiche aus 7	45	122	0	168	168
8	Finanzwirtschaft	0	38	0	38	38
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	0	0	0	0	0
82	Steuern und Finanzzuweisungen	0	38	0	38	38
83	Schulden	0	0	0	0	0
84	Beihilfen, Unterstützungen und Ähnliches	0	0	0	0	0
88	Globalposten	0	0	0	0	0
899	übrige Bereiche aus 8	0	0	0	0	0
Summe a	ller Hauptfunktionen	9 046	20 229	1 869	31 143	30 424

Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2016 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005
ocyclistana del ivacitiveisany				Ist-Erge	bnisse				
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	259
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+8,6	+12,7	+37,5	+2,1	+0,0	- 1,4	- 1,0	+3
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	228
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+17,9	+0,2	+6,0	+5,0	+0,0	- 1,5	-0,1	+7
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 23,9	- 31
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	- 15,3	-27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	-23,8	- 31
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	-0,4	- 27,1	-0,2	-0,7	-0,2	-0,1	- C
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	- 1,2	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-		-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	26
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+12,4	+5,9	+6,5	+3,4	+4,5	+0,5	- 1,7	- 1
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	10
Anteil an den Personalausgaben des	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	15
öffentlichen Gesamthaushalts ²									
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	37
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+14,3	+23,1	+24,1	+5,1	+6,7	- 6,2	- 4,7	+3
Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den Zinsausgaben des	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	14
öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	58
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	23
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+10,2	+11,0	- 4,4	- 0,5	+8,4	+8,8	- 1,7	+ 6
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	9
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	34
Steuereinnahmen ³	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	190
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+18,7	+0,5	+6,0	+4,6	+4,7	-3,4	+3,3	+ 1
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	73
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	83
Anteil am gesamten Steueraufkommen ⁴	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	42
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	- 15,3	- 13,9	-11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	- 3
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7	12
Anteil anden investiven Ausgaben des									
Bundes	%	0,1	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4	131
Anteil am Finanzierungdsaldo des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9	59
Nachrichtlich: Schuldenstand ⁵									
öffentliche Haushalte ⁴	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1 018,8	1 210,9	1 489
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8	903

noch Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2016 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

I. Gesamtübersicht Ausgaben Mrd.€ Veränderung gegenüber Vorjahr Finanzierungssaldo Mrd.€ darunter: Nettokreditaufnahme Mrd.€ Münzeinnahmen Mrd.€ Münzeinnahmen Mrd.€ Münzeinnahmen Mrd.€ Münzeinnahmen Mrd.€ Münzeinnahmen Mrd.€ Rücklagenbewegung Mrd.€ II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten Personalausgaben Mrd.€ Veränderung gegenüber Vorjahr % Anteil an den Bundesausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts² Zinsausgaben Mrd.€ Veränderung gegenüber Vorjahr % Anteil an den Bundesausgaben % Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts² Investive Ausgaben Mrd.€ Veränderung gegenüber Vorjahr % Anteil an den Bundesausgaben % Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts²	282,3 4,4 270,5 5,8 -11,8 -11,5 -0,3 - - 27,0 3,7 9,6 15,0	1s 303,7 3,9 259,3 0,6 -44,3 -44,0 -0,3 - - - 28,2 0,9 9,3 14,8	296,2 - 2,4 278,5 7,4 - 17,7 - 17,3 - 0,3 	306,8 3,6 284,0 2,0 -22,8 -22,5 -0,3 - - - 28,0 0,7 9,1	307,8 0,3 285,5 0,5 -22,3 -22,1 -0,3 -	295,5 -4,0 295,1 3,4 -0,3 -0,0 -0,3 -	301,6 2,1 301,3 2,1 -0,3 0,0 -0,3 -	RegEntw ¹ 312,0 3,4 311,7 3,4 -0,3 0,0 -0,3 - 30,7 2,4
Ausgaben Veränderung gegenüber Vorjahr Einnahmen Mrd.€ Veränderung gegenüber Vorjahr Finanzierungssaldo darunter: Nettokreditaufnahme Mrd.€ Münzeinnahmen Mrd.€ Rücklagenbewegung Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten Personalausgaben Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben des offentlichen Gesamthaushalts² Zinsausgaben Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben des offentlichen Gesamthaushalts² Investive Ausgaben Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben des offentlichen Gesamthaushalts² Investive Ausgaben Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben des offentlichen Gesamthaushalts² Investive Ausgaben Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben des offentlichen Gesamthaushalts² Investive Ausgaben Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben % Anteil	270,5 5,8 -11,8 -11,5 -0,3 - - 27,0 3,7 9,6 15,0	3,9 259,3 0,6 -44,3 -44,0 -0,3 - - 28,2 0,9 9,3	-2,4 278,5 7,4 -17,7 -17,3 -0,3 - - 27,9 -1,2 9,4	3,6 284,0 2,0 -22,8 -22,5 -0,3 -	0,3 285,5 0,5 -22,3 -22,1 -0,3 - 28,6 1,9	-4,0 295,1 3,4 -0,3 0,0 -0,3 -	2,1 301,3 2,1 -0,3 0,0 -0,3	3,4 311,7 3,4 -0,3 0,0 -0,3 -
Veränderung gegenüber Vorjahr Einnahmen Veränderung gegenüber Vorjahr Finanzierungssaldo darunter: Nettokreditaufnahme Mrd.€ Münzeinnahmen Mrd.€ Rücklagenbewegung Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten Personalausgaben Anteil an den Bundesausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts² Zinsausgaben Anteil an den Bundesausgaben % Anteil an den Bundesausgaben % Anteil an den Bundesausgaben % Mrd.€ Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben % Anteil an den Bundesausgabe	270,5 5,8 -11,8 -11,5 -0,3 - - 27,0 3,7 9,6 15,0	3,9 259,3 0,6 -44,3 -44,0 -0,3 - - 28,2 0,9 9,3	-2,4 278,5 7,4 -17,7 -17,3 -0,3 - - 27,9 -1,2 9,4	3,6 284,0 2,0 -22,8 -22,5 -0,3 -	0,3 285,5 0,5 -22,3 -22,1 -0,3 - 28,6 1,9	-4,0 295,1 3,4 -0,3 0,0 -0,3 -	2,1 301,3 2,1 -0,3 0,0 -0,3	3,4 311,7 3,4 -0,3 0,0 -0,3 -
Einnahmen Veränderung gegenüber Vorjahr Finanzierungssaldo darunter: Nettokreditaufnahme Mird.€ Münzeinnahmen Mird.€ Münzeinnahmen Mird.€ Rücklagenbewegung Mird.€ Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge Mird.€ II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten Personalausgaben Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts² Zinsausgaben Anteil an den Bundesausgaben % Anteil an den Bundesausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts² Investive Ausgaben Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts² Investive Ausgaben Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben % Anteil an den investiven Ausgaben des	270,5 5,8 -11,8 -11,5 -0,3 - 27,0 3,7 9,6 15,0	259,3 0,6 -44,3 -44,0 -0,3 - - 28,2 0,9 9,3	278,5 7,4 -17,7 -17,3 -0,3 27,9 -1,2 9,4	284,0 2,0 -22,8 -22,5 -0,3 - -	285,5 0,5 - 22,3 - 22,1 - 0,3 	295,1 3,4 -0,3 0,0 -0,3 -	301,3 2,1 -0,3 0,0 -0,3 -	311,7 3,4 -0,3 0,0 -0,3 -
Veränderung gegenüber Vorjahr Finanzierungssaldo darunter: Nettokreditaufnahme Mrd.€ Münzeinnahmen Rücklagenbewegung Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge Mrd.€ II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten Personalausgaben Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts² Zinsausgaben Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts² Zinsausgaben Mrd.€ Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts² Investive Ausgaben Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts² Investive Ausgaben Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den investiven Ausgaben des	5,8 -11,8 -11,5 -0,3	0,6 -44,3 -44,0 -0,3 28,2 0,9 9,3	7,4 -17,7 -17,3 -0,3	2,0 -22,8 -22,5 -0,3 - - - 28,0 0,7	0,5 - 22,3 - 22,1 - 0,3 - 28,6 1,9	3,4 -0,3 0,0 -0,3 -	2,1 -0,3 0,0 -0,3 -	3,4 -0,3 0,0 -0,3 -
Finanzierungssaldo darunter: Nettokreditaufnahme Mrd.€ Münzeinnahmen Mrd.€ Rücklagenbewegung Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten Personalausgaben Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts² Zinsausgaben Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts² Zinsausgaben Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben % Anteil an den Bundesausgaben % Anteil an den Sundesausgaben % Anteil an den Sundesausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts² Investive Ausgaben Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben % Anteil an den investiven Ausgaben des %	-11,8 -11,5 -0,3 - - 27,0 3,7 9,6 15,0	- 44,3 - 44,0 - 0,3 - - - 28,2 0,9 9,3	-17,7 -17,3 -0,3 - - - - 27,9 -1,2 9,4	- 22,8 - 22,5 - 0,3 	-22,3 -22,1 -0,3 - - - - - - - - - - - - -	-0,3 0,0 -0,3 -	-0,3 0,0 -0,3 -	-0,3 0,0 -0,3 -
darunter: Nettokreditaufnahme Mrd.€ Münzeinnahmen Mrd.€ Rücklagenbewegung Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten Personalausgaben Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts² Zinsausgaben Anteil an den Bundesausgaben % Anteil an den Bundesausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts² Zinsausgaben Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben % Anteil an den Bundesausgaben % Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts² Investive Ausgaben Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben % Anteil an den investiven Ausgaben des %	-11,5 -0,3 - - 27,0 3,7 9,6 15,0	- 44,0 - 0,3 	-17,3 -0,3 - - - - - - - - - - - - - - - - - - -	-22,5 -0,3 - - - 28,0 0,7	- 22,1 - 0,3 	0,0	0,0 - 0,3	0,0
Nettokreditaufnahme Mird.€ Münzeinnahmen Mrd.€ Rücklagenbewegung Mrd.€ Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge Mrd.€ II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten Personalausgaben Anteil an den Bundesausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts² Zinsausgaben Anteil an den Bundesausgaben Mrd.€ Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts² Zinsausgaben Mrd.€ Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts² Investive Ausgaben Mrd.€ Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts² Investive Ausgaben Mrd.€	-0,3 - 27,0 3,7 9,6 15,0	-0,3 - - - - - - - - - - - - - - - - - - -	- 0,3 - - - 27,9 - 1,2 9,4	- 0,3 	28,6	-0,3	-0,3	-0,3
Münzeinnahmen Rücklagenbewegung Mrd.€ Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge Mrd.€ II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten Personalausgaben Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts² Zinsausgaben Mrd.€ Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts² Zinsausgaben Mrd.€ Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts² Investive Ausgaben Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den Bundesausgaben Mrd.€	-0,3 - 27,0 3,7 9,6 15,0	-0,3 - - - - - - - - - - - - - - - - - - -	- 0,3 - - - 27,9 - 1,2 9,4	- 0,3 	28,6	-0,3	-0,3	-0,3
Rücklagenbewegung Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten Personalausgaben Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts² Zinsausgaben Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts² Zinsausgaben Mrd.€ Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts² Investive Ausgaben Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den Bundesausgaben Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den Bundesausgaben	27,0 3,7 9,6 15,0	28,2 0,9 9,3	27,9 -1,2 9,4	28,0	28,6	29,2	30,0	30,7
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten Personalausgaben Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts² Zinsausgaben Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts² Zinsausgaben Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts² Investive Ausgaben Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den Bundesausgaben % Anteil an den investiven Ausgaben des	3,7 9,6 15,0	0,9 9,3	- 1,2 9,4	0,7	1,9			
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten Personalausgaben Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts² Zinsausgaben Mrd.€ Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts² Zinsausgaben Mrd.€ Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts² Investive Ausgaben Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den investiven Ausgaben des	3,7 9,6 15,0	0,9 9,3	- 1,2 9,4	0,7	1,9			
Vergleichsdaten Personalausgaben Mrd.€ Veränderung gegenüber Vorjahr % Anteil an den Bundesausgaben % Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts² % Zinsausgaben Mrd.€ Veränderung gegenüber Vorjahr % Anteil an den Bundesausgaben % Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts² % Investive Ausgaben Mrd.€ Veränderung gegenüber Vorjahr % Anteil an den Bundesausgaben % Anteil an den investiven Ausgaben des %	3,7 9,6 15,0	0,9 9,3	- 1,2 9,4	0,7	1,9			
Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts² Zinsausgaben Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts² Investive Ausgaben Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den Bundesausgaben	3,7 9,6 15,0	0,9 9,3	- 1,2 9,4	0,7	1,9			
Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts² Zinsausgaben Mrd.€ Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben % Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts² Investive Ausgaben Mrd.€ Veränderung gegenüber Vorjahr % Anteil an den Bundesausgaben % Anteil an den Bundesausgaben % Anteil an den investiven Ausgaben des	9,6	9,3	9,4			2,2	2.7	2.4
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts² Zinsausgaben Mrd.€ Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben % Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts² Investive Ausgaben Mrd.€ Veränderung gegenüber Vorjahr % Anteil an den Bundesausgaben % Anteil an den Bundesausgaben % Anteil an den investiven Ausgaben des	15,0			9,1			_,.	۷,٦
öffentlichen Gesamthaushalts² Zinsausgaben Mrd.€ Veränderung gegenüber Vorjahr % Anteil an den Bundesausgaben % Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts² Investive Ausgaben Mrd.€ Veränderung gegenüber Vorjahr % Anteil an den Bundesausgaben % Anteil an den investiven Ausgaben des		14,8			9,3	9,9	9,9	9,8
Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts² Investive Ausgaben Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den investiven Ausgaben des	40,2		13,1	12,9	12,7	12,4	12,4	-
Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts² Investive Ausgaben Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den investiven Ausgaben des		33,1	32,8	30,5	31,3	25,9	23,1	23,8
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts² Investive Ausgaben Mrd.€ Veränderung gegenüber Vorjahr % Anteil an den Bundesausgaben % Anteil an den investiven Ausgaben des	3,7	- 13,1	- 0,9	- 7,1	2,7	- 17,2	- 10,7	2,9
öffentlichen Gesamthaushalts² Investive Ausgaben Mrd.€ Veränderung gegenüber Vorjahr % Anteil an den Bundesausgaben % Anteil an den investiven Ausgaben des	14,2	10,9	11,1	9,9	10,2	8,8	7,7	7,6
offentlichen Gesamthaushalts² Investive Ausgaben Mrd.€ Veränderung gegenüber Vorjahr % Anteil an den Bundesausgaben % Anteil an den investiven Ausgaben des	59,7	57,4	42,4	44,8	47,7	46,5	46,0	_
Veränderung gegenüber Vorjahr % Anteil an den Bundesausgaben % Anteil an den investiven Ausgaben des								
Anteil an den Bundesausgaben % Anteil an den investiven Ausgaben des	24,3	26,1	25,4	36,3	33,5	29,3	30,1	30,4
Anteil an den investiven Ausgaben des	- 7,2	- 3,8	- 2,7	43,1	- 7,8	-12,6	2,7	1,2
%	8,6	8,6	8,6	11,8	10,9	9,9	10,0	9,8
OUETHOLIEU GESAUUHAUSIIAUS	37,1	34,2	27,8	40,7	38,3	33,6	35,0	-
Steuereinnahmen³ Mrd.€	239,2	226,2	248,1	256,1	259,8	270,8	278,9	290,0
Veränderung gegenüber Vorjahr %	4,0	- 0,7	9,7	3,2	1,5	4,2	3,0	4,0
Anteil an den Bundesausgaben %	84,7	74,5	83,7	83,5	84,4	91,6	92,5	93,0
Anteil an den Bundeseinnahmen %	88,4	87,2	89,1	90,2	91,0	91,7	92,6	93,1
Anteil am gesamten %	42,6	42,6	43,3	42,7	41,9	42,1	41,9	
Steueraufkommen ⁴								
Nettokreditaufnahme Mrd.€	- 11,5	- 44,0	- 17,3	- 22,5	- 22,1	0,0	0,0	0,0
Anteil an den Bundesausgaben %	4,1	14,5	5,9	7,3	7,2	0,0	0,0	0,0
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	47,4	168,8	68,3	61,9	65,9	0,0	0,0	0,0
Anteil am Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts ²	- 111,2	- 55,9	- 67,0	-83,4	- 169,9	0,0	0,0	0,0
nachrichtlich: Schuldenstand ⁵								
	1 577,9	2 011,7	2 025,4	2 068,3	2 038,0			
darunter: Bund Mrd.€	. 511,5	1 287,5	1 279,6	1 287,5	1 277,3			•

¹Stand: Kabinettbeschluss vom 1. Juli 2015.

 $^{^2\,}Stand: \textit{Juli 2015};\ 2015 = Sch\"{a}tzung.\ \breve{O}ffentlicher\ Gesamthaushalt\ einschließlich\ Kassenkredite.$

 $^{^3}$ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

 $^{^4\,\}mathrm{Ab}\,1991\,\mathrm{Gesamt}$ deutschland.

 $^{^{5}\,\}ddot{\text{O}}\text{ffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite}.\,\text{Bund einschließlich Sonderrechnungen und Kassenkredite}.$

Tabelle 9:	Entwicklung de	es Offent	lichen Ge	esamthau	ıshalts
		2000	2000	2010	2011

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
				in Mrd. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹							
Ausgaben	679,2	716,5	717,4	772,3	774,7	780,4	792,5
Einnahmen	668,9	626,5	638,8	746,4	747,7	767,3	795,6
Finanzierungssaldo	-10,4	-90,0	-78,7	-25,9	-27,0	-13,0	1,8
davon:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8	295,5
Einnahmen	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5	295,1
Finanzierungssaldo	-11,8	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8	-22,3	-0,3
Extrahaushalte							
Ausgaben	46,3	62,4	49,8	75,4	64,5	69,3	69,9
Einnahmen	40,4	41,7	43,0	80,6	65,1	77,8	72,5
Finanzierungssaldo	-5,8	-20,7	-6,8	5,3	0,5	8,5	2,7
Bund insgesamt ¹							
Ausgaben	317,4	338,5	340,9	357,0	354,0	351,3	346,5
Einnahmen	299,7	283,3	289,7	344,5	331,7	337,4	348,8
Finanzierungssaldo	-17,6	-55,2	-51,1	-12,4	-22,2	-13,9	2,4
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	277,2	287,1	287,3	295,9	299,3	308,7	319,4
Einnahmen	276,2	260,1	266,8	286,5	293,5	306,8	318,9
Finanzierungssaldo	-1,1	-27,0	-20,6	-9,6	-5,7	-1,9	-0,4
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	48,4	44,2	46,3	48,1
Einnahmen	-	-	-	48,0	44,8	48,0	50,0
Finanzierungssaldo	-	-	-	-0,4	0,6	1,7	0,4
Länder insgesamt ¹							
Ausgaben	277,2	287,1	287,3	319,6	321,4	329,5	341,3
Einnahmen	276,2	260,1	266,8	308,9	315,7	329,2	342,8
Finanzierungssaldo	-1,1	-27,0	-20,6	-10,6	-5,6	-0,2	0,1
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	168,0	178,3	182,3	184,9	187,5	195,6	205,1
Einnahmen	176,4	170,8	175,4	183,9	190,0	197,3	205,3
Finanzierungssaldo	8,4	-7,5	-6,9	-1,0	2,6	1,7	0,2
Extrahaushalte							
Ausgaben	4,7	4,9	5,1	16,4	17,1	11,4	17,6
Einnahmen	4,7	4,7	4,9	15,3	16,2	10,7	16,7
Finanzierungssaldo	0,0	-0,3	-0,2	-1,1	-1,8	-0,6	-0,9
Gemeinden insgesamt ¹							
Ausgaben	170,4	180,9	185,0	196,9	200,5	204,7	217,6
Einnahmen	178,8	173,1	177,9	194,8	202,3	205,8	217,0
Finanzierungssaldo	8,4	-7,7	-7,0	-2,1	0,8	1,1	-0,7

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
			Veränderun	gen gegenübei	r Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	4,6	5,5	0,1	7,7	0,3	0,7	1,6
Einnahmen	3,2	-6,3	2,0	16,8	0,2	2,6	3,7
darunter:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	4,4	3,5	3,9	-2,4	3,6	0,3	-4,0
Einnahmen	5,8	-4,7	0,6	7,4	2,0	0,5	3,4
Extrahaushalte							
Ausgaben	13,7	34,9	-20,2	51,4	-14,4	7,5	0,8
Einnahmen	4,1	3,0	3,2	87,5	-19,3	19,5	-6,8
Bund insgesamt							
Ausgaben	4,8	6,7	0,7	4,7	-0,8	-0,8	-1,4
Einnahmen	4,7	-5,5	2,3	18,9	-3,7	1,7	3,4
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	4,4	3,6	0,1	3,0	1,1	3,2	3,5
Einnahmen	1,1	-5,8	2,6	7,4	2,5	4,5	4,0
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-8,7	4,7	3,9
Einnahmen	-	-	-	-	-6,7	7,0	4,2
Länder insgesamt							
Ausgaben	4,4	3,6	0,1	11,2	0,6	2,5	3,6
Einnahmen	1,1	-5,8	2,6	15,8	2,2	4,3	4,1
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	4,0	6,1	2,2	1,4	1,4	4,4	4,8
Einnahmen	3,9	-3,2	2,7	4,9	3,3	3,8	4,1
Extrahaushalte							
Ausgaben	1,9	5,1	2,8	224,7	3,9	-33,4	55,0
Einnahmen	0,4	-1,1	4,8	213,1	6,1	-33,9	55,6
Gemeinden insgesamt							
Ausgaben	4,0	6,1	2,3	6,4	1,8	2,1	6,3
Einnahmen	3,8	-3,2	2,8	9,5	3,8	1,7	5,4

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

 $Bis\,2010\,sind\,als\,Extra haushalte\,ausge w\"{a}hlte\,Sonderverm\"{o}gen\,der\,jeweiligen\,Ebene\,ausge wiesen.$

Seit dem Jahr 2011 werden die Extrahaushalte nach dem Schalenkonzept (Abgrenzung des Staatssektors nach dem "Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen") finanzstatistisch dargestellt.

¹Gesamtsummen der Gebietskörperschaften sind um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnen sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Stand: Juli 2015.

Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

			Steueraufkommen		
			dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
	Gebiet der Bund	lesrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	Oktober 1990	
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
		Bundesrepublik	k Deutschland		
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steueraufl	kommen		
	insgesamt		dav	on on	
	ilisyesaint	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
		Bundesrepublik	Deutschland		
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8
2011	573,4	282,7	290,7	49,3	50,7
2012	600,0	303,8	296,2	50,6	49,4
2013	619,7	320,3	299,4	51,7	48,3
2014	643,6	335,8	307,8	52,2	47,8
2015 ²	666,5	350,5	315,9	52,6	47,4
2016 ²	691,4	366,0	325,4	52,9	47,1
2017 ²	715,5	383,0	332,5	53,5	46,5
2018 ²	742,7	402,0	340,7	54,1	45,9
2019 ²	768,7	419,5	349,2	54,6	45,4

Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zuckerund Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: Mai 2015.

² Steuerschätzung vom 5. bis 7. Mai 2015.

Tabelle 11: Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Vo	lkswirtschaftlichen	Gesamtrechnungen ²	Abgrenzung der Finanzstatistik ³					
	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote			
Jahr			in Relation z	rum BIP in %					
1960	33,4	23,0	10,3						
1965	34,1	23,5	10,6	33,1	23,1	10,0			
1970	34,8	23,0	11,8	32,6	21,8	10,7			
1975	38,1	22,8	14,4	36,9	22,5	14,4			
1980	39,6	23,8	14,9	38,6	23,7	14,9			
1985	39,1	22,8	15,4	38,1	22,7	15,4			
1990	37,3	21,6	14,9	37,0	22,2	14,9			
1991	38,3	22,0	16,3	36,8	21,4	15,4			
1992	39,1	22,4	16,7	37,9	22,1	15,8			
1993	39,5	22,3	17,2	38,2	21,9	16,3			
1994	40,1	22,4	17,7	38,5	21,9	16,6			
1995	40,1	22,0	18,1	38,8	22,0	16,8			
1996	40,5	21,8	18,7	38,7	21,3	17,4			
1997	40,5	21,5	19,0	38,5	20,8	17,7			
1998	40,7	22,0	18,7	38,5	21,1	17,4			
1999	41,5	23,0	18,5	39,2	22,0	17,2			
2000	41,3	23,2	18,1	39,0	22,1	16,9			
2001	39,3	21,5	17,8	37,1	20,5	16,6			
2002	38,9	21,0	17,9	36,6	20,0	16,6			
2003	39,2	21,1	18,1	36,8	20,0	16,8			
2004	38,3	20,6	17,7	35,9	19,5	16,4			
2005	38,2	20,8	17,4	35,9	19,7	16,2			
2006	38,5	21,6	16,9	36,1	20,4	15,7			
2007	38,5	22,4	16,1	36,3	21,4	14,9			
2008	38,8	22,7	16,1	36,8	21,9	14,9			
2009	39,3	22,4	16,9	36,9	21,3	15,6			
2010	38,0	21,4	16,5	35,9	20,6	15,3			
2011	38,4	22,0	16,4	36,4	21,2	15,2			
2012	39,1	22,5	16,5	37,1	21,8	15,3			
2013	39,3	22,7	16,6	38,0	22,1	15,3			
2014	39,3	22,7	16,6	37½	22	15,3			

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).
 2011 bis 2013: vorläufiges Ergebnis; Stand: September 2014;
 2014: vorläufiges Ergebnis; Stand: Mai 2015.

 $^{^{\}rm 3}$ Bis 2011: Rechnungsergebnisse. 2012 und 2013: Kassenergebnisse. 2014: Schätzung.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 12: Entwicklung der Staatsquote^{1, 2}

		Ausgaben des Staates	
		darunte	er
Jahr	insgesamt	Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherung ³
		in Relation zum BIP in %	
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,7
1980	46,9	29,6	17,3
1985	45,2	27,8	17,4
1990	43,6	27,3	16,4
1991	46,0	28,5	17,5
1992	47,0	28,3	18,7
1993	47,8	28,5	19,4
1994	47,9	28,4	19,5
1995 ⁴	48,1	28,1	20,0
1995	54,6	34,6	20,0
1996	48,8	28,0	20,9
1997	48,0	27,3	20,7
1998	47,6	27,1	20,6
1999	47,6	27,0	20,6
2000 ⁵	47,1	26,5	20,6
2000	44,7	24,1	20,6
2001	46,9	26,3	20,6
2002	47,3	26,2	21,0
2003	47,8	26,4	21,4
2004	46,3	25,7	20,6
2005	46,1	25,9	20,2
2006	44,6	25,3	19,3
2007	42,7	24,3	18,4
2008	43,5	25,0	18,4
2009	47,4	27,1	20,4
2010	47,2	27,5	19,7
2011	44,6	25,8	18,8
2012	44,2	25,4	18,8
2013	44,3	25,4	19,0
2014	44,0	24,9	19,0

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

2014: vorläufiges Ergebnis; Stand: Mai 2015.

² Ausgaben des Staats in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010). 2011 bis 2013: vorläufiges Ergebnis; Stand: September 2014.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt; Wohnungswirtschaft der DDR).

 $^{^5\,\}text{Ohne Erl\"{o}se}\,\text{aus}\,\text{der Versteigerung}\,\text{von}\,\text{Mobilfunkfrequenzen}.\,\text{In}\,\text{der Systematik}\,\text{der VGR}\,\,\text{wirken}\,\text{diese}\,\text{Erl\"{o}se}\,\text{ausgabensenkend}.$

Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Sc	chulden (Mio. €)			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹	1 357 723	1 429 749	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 368
Bund	826 526	869 332	903 281	950338	957 270	985 749	1 053 814
Kernhaushalte	767 697	812 082	887 915	919304	940 187	959 918	991 283
Kreditmarktmittel i.w.S.	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 734
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17549
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	30 056	15 599	25 831	59 533
Kreditmarktmittel i.w.S.	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	56 535
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 998
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	526 745
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 346
Kreditmarktmittel i.w.S.	414 952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 009
Kassenkredite	8714	5 700	3 125	2 3 3 3	2 410	3 180	2 3 3 7
Extrahaushalte		-	-	996	1 124	1 350	21 399
Kreditmarktmittel i.w.S.		-	-	986	1 124	1 3 2 5	20 827
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	571
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110627	108 863	113 810
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 181	111 039
Kreditmarktmittel i.w.S.	84 069	84257	83 804	81 877	79 239	76381	76 386
Kassenkredite	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 801	34 653
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 682	2 771
Kreditmarktmittel i.w.S.	7 429	7 5 3 1	7 467	2 649	2 560	2 626	2724
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	48
nachrichtlich:							
Länder und Gemeinden	531 197	560 417	586 571	595 026	595 102	592 131	640 555
Maastricht-Schuldenstand	1 401 119	1 470 880	1 541 779	1 589 664	1 599 443	1 666 405	1 784 125
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 530
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14357	-	-	
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	0	
Postbeamtenversorgungskasse	-	-	-	16 478	16 983	17 631	18 498
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 540
Investitions- und Tilgungsfonds	-	_		-	-	-	7 493

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009		
			S	chulden (Mio. €)					
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	567		
Kernhaushalte	-	-	-	-	-	-	531		
Kreditmarktmittel i.w.S.	-	-	-	-	-	-	531		
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-			
Extrahaushalte	-	-	-	-	-	-	36		
Kreditmarktmittel i.w.S.	-	-	-	-	-	-	36		
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-			
			Anteil	an den Schulden	ı (in %)				
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,2		
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,5		
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	1,9	1,0	1,6	3,5		
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,1		
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,7		
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0		
nachrichtlich:							0,0		
Länder und Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,8		
			Anteil de	er Schulden am B	BIP (in %)				
Öffentlicher Gesamthaushalt	61,2	63,1	64,8	64,7	61,8	61,7	69,0		
Bund	37,3	38,3	39,3	39,8	38,1	38,5	42,9		
Kernhaushalte	34,6	35,8	38,6	38,5	37,5	37,5	40,4		
Extrahaushalte	2,7	2,5	0,7	1,3	0,6	1,0	2,4		
Länder	19,1	19,8	20,5	20,2	19,3	18,9	21,4		
Gemeinden	5	5	5	5	4	4	4,6		
Gesetziche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-			
nachrichtlich:									
Länder und Gemeinden	24,0	24,7	25,5	24,9	23,7	23,1	26,1		
Maastricht-Schuldenstand	63,2	64,9	67,1	66,5	63,7	65,1	72,6		
	Schulden insgesamt (€)								
je Einwohner	16 454	17331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 698		
nachrichtlich:									
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2217,1	2267,6	2297,8	2390,2	2510,1	2558,0	2456,7		
Einwohner (30. Juni)	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862		

¹ Kreditmarktschulden im weiteren Sinne zuzüglich Kassenkredite.

 ${\it Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.}$

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte Neue Systematik 1

	2010	2011	2012	2013
		in N	⁄lio.€	
Öffentlicher Gesamthaushalt ²	2 011 677	2 025 438	2 068 289	2 037 918
in Relation zum BIP in %	78,1	75,0	75,2	72,5
Bund (Kern- und Extrahaushalte)	1 287 460	1 279 583	1 287 517	1 277 257
Wertpapierschulden und Kredite	1 271 204	1 272 270	1 273 179	1 257 249
Kassenkredite	16 256	7313	14338	20 008
Kernhaushalte	1 035 647	1 043 401	1 072 882	1 085 775
Extrahaushalte Wertpapierschulden und Kredite	251 813	236 181	214635	191 482
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	17 302	11 000	11 395	12 224
SoFFin (FMS)	28 552	17 292	20 450	24328
Investitions- und Tilgungsfonds	13 991	21 232	21 265	21 194
FMS-Wertmanagement	191 968	186 480	161 520	133 732
sonstige Extrahaushalte des Bundes	0	177	5	3
Länder (Kern- und Extrahaushalte)	600 110	615 399	644 929	624915
Wertpapierschulden und Kredite	595 180	611 651	638 626	620 948
Kassenkredite	4 930	3 748	6304	3 966
Kernhaushalte	524 162	532 591	538 389	542 375
Extrahaushalte	75 948	82 808	106 541	82 540
Gemeinden (Kernhaushalte und Extrahaushalte)	123 569	129 633	135 178	135 116
Wertpapierschulden und Kredite	84 363	85 613	87 758	87 735
Kassenkredite	39 206	44 020	47 419	47 383
Kernhaushalte	115 253	121 092	126331	125 903
Zweckverbände³ und sonstige Extrahaushalte	8 3 1 5	8 542	8 846	9 2 1 3
Gesetzliche Sozialversicherung (Kern- und Extrahaushalte)	539	823	665	631
Wertpapierschulden und Kredite	539	765	661	625
Kassenkredite	0	58	4	ϵ
Kernhaushalte	506	735	627	598
Extrahaushalte ⁴	32	88	38	33
Schulden insgesamt (€)				
je Einwohner	24 607	25 215	25 685	25 289
Maastricht-Schuldenstand	2 073 745	2 101 823	2 179 813	2 166 021
in Relation zum BIP in %	80,5	77,9	79,3	77,1
nachrichtlich:				
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd.€)	2 576	2 699	2 750	2 809
Einwohner 30.06.	81 750 716	80 327 900	80 523 746	80 585 684

¹Aufgrund methodischer Änderungen und Erweiterung des Berichtskreises nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

 $Quellen: Statistisches \, Bundesamt; \, Bundesministerium \, der \, Finanzen, \,\, eigene \, Berechnungen.$

 $^{^2 \,} Einschließlich \, aller \, \"{o} ffentlichen \, Fonds, \, Einrichtungen \, und \, Unternehmen \, des \, Staatssektors.$

 $^{^3\,}Zweck verbände \,des\,Staatssektors\,unabhängig\,von\,der\,Art\,des\,Rechnungswesens.$

⁴ Nur Extrahaushalte der gesetzlichen Sozialversicherung unter Bundesaufsicht.

Tabelle 14: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

		Abgrenzun	g der Volkswirtscha	aftlichen Gesami	trechungen ²		Abgrenzung de	r Finanzstatistik
Jahr	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher Ge	esamthaushalt³
		in Mrd. €		ir	n Relation zum BIP i	n %	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-3,2	-1,4
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,3	-1,2
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-31,7	-5,7
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-44,9	-55,8	10,9	-2,8	-3,5	0,7	-62,7	-4,0
1992	-41,9	-39,9	-2,0	-2,5	-2,4	-0,1	-59,2	-3,5
1993	-51,6	-54,2	2,6	-3,0	-3,1	0,1	-70,5	-4,0
1994	-44,6	-46,1	1,5	-2,4	-2,5	0,1	-59,5	-3,2
1995	-177,2	-169,4	-7,8	-9,3	-8,9	-0,4	-	-
1995 ⁴	-57,6	-49,8	0,0	-3,0	-2,6	0,0	-55,9	-2,9
1996	-65,2	-57,9	-7,4	-3,4	-3,0	-0,4	-62,3	-3,2
1997	-55,6	-55,8	0,2	-2,8	-2,8	0,0	-48,1	-2,4
1998	-48,9	-50,1	1,2	-2,4	-2,5	0,1	-28,8	-1,4
1999	-31,7	-35,6	3,9	-1,5	-1,7	0,2	-26,9	-1,3
2000 ⁵	-30,1	-28,8	0,0	-1,4	-1,4	0,0	-	-
2000	20,7	22,0	-1,3	1,0	1,0	-0,1	-34,0	-1,6
2001	-66,5	-61,2	-5,3	-3,1	-2,8	-0,2	-46,6	-2,1
2002	-85,8	-78,5	-7,3	-3,9	-3,6	-0,3	-56,8	-2,6
2003	-90,3	-83,0	-7,3	-4,1	-3,7	-0,3	-67,9	-3,1
2004	-83,1	-82,0	-1,1	-3,7	-3,6	0,0	-65,5	-2,9
2005	-75,0	-69,8	-5,1	-3,3	-3,0	-0,2	-52,5	-2,3
2006	-37,0	-41,3	4,3	-1,5	-1,7	0,2	-40,5	-1,7
2007	7,8	-2,5	10,2	0,3	-0,1	0,4	-0,6	0,0
2008	-0,5	-7,0	6,4	0,0	-0,3	0,3	-10,4	-0,4
2009	-74,5	-60,1	-14,4	-3,0	-2,4	-0,6	-90,0	-3,7
2010	-104,8	-108,7	3,9	-4,1	-4,2	0,2	-78,7	-3,1
2011	-23,3	-38,7	15,4	-0,9	-1,4	0,6	-25,9	-1,0
2012	2,6	-15,7	18,3	0,1	-0,6	0,7	-27,0	-1,0
2013	4,2	-1,9	6,1	0,1	-0,1	0,2	-13,0	-0,5
2014	18,6	14,6	4,0	0,6	0,5	0,1	1,8	0,1

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010). 2011 bis 2013: Vorläufiges Ergebnis; Stand: September 2014.

^{2014:} Vorläufiges Ergebnis; Stand: Mai 2015.

³ Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Extrahaushalte, ohne Sozialversicherung, ab 1997 ohne Krankenhäuser. Bis 2012: Rechnungsergebnisse, 2013 und 2014: Kassenergebnisse.

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt, Wohnungswirtschaft der DDR) beziehungsweise geleistete Vermögensübertragungen.

 $^{^{\}rm 5}$ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 15: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land					in % des BIP				
	1995	2000²	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	-9,3	1,0	-3,3	-4,1	0,1	0,1	0,7	0,6	0,5
Belgien	-4,4	-0,1	-2,6	-4,0	-4,1	-2,9	-3,2	-2,6	-2,4
Estland	-	0,0	1,1	0,2	-0,2	-0,2	0,6	-0,2	-0,1
Finnland	-5,9	6,9	2,6	-2,6	-2,1	-2,5	-3,2	-3,3	-3,2
Frankreich	-5,1	-1,3	-3,2	-6,8	-4,8	-4,1	-4,0	-3,8	-3,5
Griechenland	-	-	-	-11,1	-8,7	-12,3	-3,5	-2,1	-2,2
Irland	-2,1	4,9	1,3	-32,5	-8,1	-5,8	-4,1	-2,8	-2,9
Italien	-7,3	-1,3	-4,2	-4,2	-3,0	-2,9	-3,0	-2,6	-2,0
Lettland	-1,4	-2,8	-0,4	-8,1	-0,8	-0,7	-1,4	-1,4	-1,6
Litauen	-	-	-0,3	-6,9	-3,1	-2,6	-0,7	-1,5	-0,9
Luxemburg	2,4	5,7	0,2	-0,5	0,1	0,9	0,6	0,0	0,3
Malta	-3,5	-5,5	-2,7	-3,3	-3,6	-2,6	-2,1	-1,8	-1,5
Niederlande	-8,6	1,9	-0,3	-5,0	-4,0	-2,3	-2,3	-1,7	-1,2
Österreich	-6,1	-2,0	-2,5	-4,5	-2,2	-1,3	-2,4	-2,0	-2,0
Portugal	-5,2	-3,2	-6,2	-11,2	-5,6	-4,8	-4,5	-3,1	-2,8
Slowakei	-3,3	-12,1	-2,9	-7,5	-4,2	-2,6	-2,9	-2,7	-2,5
Slowenien	-8,2	-3,6	-1,5	-5,6	-4,0	-14,9	-4,9	-2,9	-2,8
Spanien	-7,0	-1,0	1,2	-9,4	-10,3	-6,8	-5,8	-4,5	-3,5
Zypern	-0,7	-2,2	-2,2	-4,8	-5,8	-4,9	-8,8	-1,1	-0,1
Euroraum	-	-	-	-6,1	-3,6	-2,9	-2,4	-2,0	-1,7
Bulgarien	-7,2	-0,5	1,0	-3,2	-0,7	-0,9	-2,8	-2,9	-2,9
Dänemark	-3,6	1,9	5,0	-2,7	-3,7	-1,1	1,2	-1,5	-2,6
Kroatien	-	-	-	-	-5,3	-5,4	-5,7	-5,6	-5,7
Polen	-4,2	-3,0	-4,0	-7,6	-3,7	-4,0	-3,2	-2,8	-2,6
Rumänien	-2,0	-4,7	-1,2	-6,6	-2,9	-2,2	-1,5	-1,6	-3,5
Schweden	-7,0	3,2	1,8	0,0	-0,9	-1,4	-1,9	-1,5	-1,0
Tschechien	-12,4	-3,5	-3,1	-4,4	-3,9	-1,2	-2,0	-2,0	-1,5
Ungarn	-8,7	-3,0	-7,9	-4,5	-2,3	-2,5	-2,6	-2,5	-2,2
Vereinigtes Königreich	-5,6	1,2	-3,5	-9,7	-8,3	-5,7	-5,7	-4,5	-3,1
EU	-	-	-	-	-4,2	-3,2	-2,9	-2,5	-2,0
USA	-4,1	0,8	-4,2	-12,0	-8,9	-5,6	-4,9	-4,2	-3,8
Japan	-4,6	-7,5	-4,8	-8,3	-8,7	-8,5	-7,8	-7,1	-6,5

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95. Ab September 2014 ist für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in der EU das ESVG 2010 maßgeblich.

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2012: Ameco.

Für die Jahre ab 2013: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2015.

Stand: Mai 2015.

 $^{^{\}rm 2}$ Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 16: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land					in % des BIP				
	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	54,9	59,0	67,1	80,5	79,3	77,1	74,7	71,5	68,2
Belgien	130,7	109,0	94,7	99,5	103,8	104,4	106,5	106,5	106,4
Estland	8,2	5,1	4,5	6,5	9,7	10,1	10,6	10,3	9,8
Finnland	55,1	42,5	40,0	47,1	52,9	55,8	59,3	62,6	64,8
Frankreich	55,8	58,7	67,2	81,7	89,6	92,3	95,0	96,4	97,0
Griechenland	93,2	99,6	106,8	146,0	156,9	175,0	177,1	180,2	173,5
Irland	78,7	36,3	26,2	87,4	121,7	123,2	109,7	107,1	103,8
Italien	116,9	105,1	101,9	115,3	123,1	128,5	132,1	133,1	130,6
Lettland	13,9	12,2	11,7	46,8	40,9	38,2	40,0	37,3	40,4
Litauen	11,5	23,6	17,6	36,2	39,8	38,8	40,9	41,7	37,3
Luxemburg	7,7	6,1	6,3	19,6	21,9	24,0	23,6	24,9	25,3
Malta	34,4	60,9	70,1	67,6	67,4	69,2	68,0	67,2	65,4
Niederlande	73,5	51,3	49,4	59,0	66,5	68,6	68,8	69,9	68,9
Österreich	68,0	65,9	68,3	82,4	81,5	80,9	84,5	87,0	85,8
Portugal	58,3	50,3	67,4	96,2	125,8	129,7	130,2	124,4	123,0
Slowakei	21,7	49,6	33,8	40,9	52,1	54,6	53,6	53,4	53,5
Slowenien	18,3	25,9	26,3	38,2	53,7	70,3	80,9	81,5	81,7
Spanien	61,7	58,0	42,3	60,1	84,4	92,1	97,7	100,4	101,4
Zypern	47,9	55,2	63,4	56,5	79,5	102,2	107,5	106,7	108,4
Euroraum	70,8	68,0	69,2	83,9	91,1	93,2	94,2	94,0	92,5
Bulgarien	-	70,1	27,1	15,9	18,0	18,3	27,6	29,8	31,2
Dänemark	73,1	52,4	37,4	42,9	45,6	45,0	45,2	39,5	39,2
Kroatien	-	-	40,7	57,0	69,2	80,6	85,0	90,5	93,9
Polen	47,6	36,5	46,7	53,6	54,4	55,7	50,1	50,9	50,8
Rumänien	6,6	22,4	15,7	29,9	37,3	38,0	39,8	40,1	42,4
Schweden	69,9	50,6	48,2	36,8	36,6	38,7	43,9	44,2	43,4
Tschechien	13,6	17,0	28,0	38,2	44,6	45,0	42,6	41,5	41,6
Ungarn	84,5	55,2	60,8	80,9	78,5	77,3	76,9	75,0	73,5
Vereinigtes Königreich	48,3	39,1	41,6	76,4	85,8	87,3	89,4	89,9	90,1
EU	-	-	-	78,5	85,1	87,3	88,6	88,0	86,9
USA	68,8	53,1	64,9	94,8	102,9	104,7	104,8	104,9	104,7
Japan	95,1	143,8	186,4	216,0	236,7	243,2	247,0	250,8	251,9

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2012: Ameco.

 $F\ddot{u}r\ die\ Jahre\ ab\ 2013: EU-Kommission,\ Fr\ddot{u}hjahrsprognose,\ Mai\ 2015.$

Stand: Mai 2015.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 17: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

					Ste	uern in % des	BIP				
Land	1965	1980	1990	2000	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland ^{2,3}	23,1	23,9	21,8	22,1	22,1	22,4	22,2	21,3	21,9	22,5	22,7
Belgien	21,0	28,9	27,5	30,2	29,3	29,4	28,0	28,7	29,1	29,8	30,4
Dänemark	28,4	41,8	44,9	46,4	46,7	45,6	45,4	45,5	45,6	46,3	47,8
Finnland	28,0	27,1	31,9	34,3	30,0	29,7	28,8	28,7	30,0	30,1	31,3
Frankreich	22,1	22,6	22,9	27,5	26,7	26,4	25,1	25,5	26,6	27,5	28,2
Griechenland	11,7	13,8	17,5	23,1	20,3	20,4	19,4	20,1	21,8	22,9	22,9
Irland	22,9	25,8	27,8	27,2	26,3	24,1	22,5	22,5	22,2	23,1	23,9
Italien	16,2	17,8	24,4	29,0	29,2	28,6	28,7	28,5	28,5	29,8	29,6
Japan	13,9	17,5	21,0	17,3	18,1	17,4	15,9	16,2	16,8	17,2	-
Kanada	23,8	27,2	31,0	30,2	27,6	27,0	26,6	25,9	25,7	25,9	25,7
Luxemburg	17,8	24,2	24,8	27,7	26,9	26,6	27,3	27,0	26,5	27,2	28,0
Niederlande	21,4	25,0	25,3	22,4	23,7	23,1	22,6	23,0	22,1	21,4	-
Norwegen	26,1	33,5	30,2	33,7	34,0	33,3	32,1	33,1	33,2	32,7	31,1
Österreich	25,2	26,7	26,4	27,7	26,9	27,6	26,7	26,8	26,9	27,4	27,9
Polen	-	-	-	19,8	22,6	22,9	20,1	20,3	20,5	20,0	-
Portugal	12,3	15,4	19,3	22,7	23,1	22,8	20,8	21,3	22,9	22,4	24,5
Schweden	27,6	31,2	36,0	36,1	33,2	33,0	33,2	32,3	32,6	32,4	33,0
Schweiz	14,1	17,9	18,0	20,9	20,0	20,5	20,6	20,2	20,4	20,2	20,4
Slowakei	-	-	-	19,7	17,4	17,1	16,1	15,7	16,3	15,7	16,3
Slowenien	-	-	-	22,7	23,6	22,6	21,6	21,9	21,6	21,6	22,0
Spanien	10,3	11,3	20,4	21,8	24,7	20,4	18,1	19,7	19,5	20,6	21,3
Tschechien	-	-	-	18,1	19,3	18,7	18,1	18,0	18,7	19,0	19,3
Ungarn	-	-	-	27,3	26,7	26,7	26,8	25,8	24,0	25,8	26,0
Vereinigtes Königreich	24,8	27,9	28,1	28,8	27,8	27,5	26,0	26,6	27,3	26,7	26,7
Vereinigte Staaten	20,4	19,9	19,7	21,8	20,6	19,1	17,0	17,6	18,5	18,9	19,2

¹Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 - 2013, Paris 2014.

Stand: Dezember 2014.

 $^{^2} Nicht vergleich bar \ mit \ Quoten \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnung \ oder \ deutschen \ Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 18: Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Lond				St	euern und S	ozialabgab	en in % des l	BIP				
Land	1965	1975	1980	1990	2000	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland ^{2,3}	31,6	34,3	36,4	34,8	36,3	34,9	35,3	36,1	35,0	35,7	36,5	36,7
Belgien	30,6	38,8	40,6	41,2	43,8	42,4	42,9	42,0	42,4	42,9	44,0	44,6
Dänemark	29,5	37,8	42,3	45,8	48,1	47,7	46,6	46,4	46,5	46,6	47,2	48,6
Finnland	30,0	36,1	35,3	42,9	45,8	41,5	41,2	40,9	40,8	42,0	42,8	44,0
Frankreich	33,6	34,9	39,4	41,0	43,1	42,4	42,2	41,3	41,6	42,9	44,0	45,0
Griechenland	17,0	18,6	20,6	25,0	33,1	30,9	31,2	29,6	31,1	32,5	33,7	33,5
Irland	24,5	27,9	30,1	32,4	30,9	30,4	28,6	27,0	26,8	26,7	27,3	28,3
Italien	24,7	24,5	28,7	36,4	40,6	41,7	41,5	41,9	41,5	41,4	42,7	42,6
Japan	17,8	20,4	24,8	28,5	26,6	28,5	28,5	27,0	27,6	28,6	29,5	-
Kanada	25,2	31,4	30,4	35,3	34,9	32,3	31,6	31,4	30,5	30,4	30,7	30,6
Luxemburg	26,4	31,2	33,9	33,9	37,2	37,2	37,2	39,0	38,0	37,5	38,5	39,3
Niederlande	30,9	38,4	40,4	40,4	36,8	36,3	36,6	35,4	36,1	35,9	36,3	-
Norwegen	29,6	39,2	42,4	41,0	42,6	42,9	42,1	42,0	42,6	42,7	42,3	40,8
Österreich	33,6	36,4	38,7	39,4	42,1	40,5	41,4	41,0	40,9	41,0	41,7	42,5
Polen	-	-	-	-	32,7	34,5	34,2	31,3	31,3	31,8	32,1	-
Portugal	15,7	18,9	21,9	26,5	30,6	31,3	31,3	29,5	30,0	32,0	31,2	33,4
Schweden	31,4	38,9	43,7	49,5	49,0	44,9	43,9	44,0	43,1	42,3	42,3	42,8
Schweiz	16,6	22,5	23,3	23,6	27,6	26,1	26,7	27,1	26,5	27,0	26,9	27,1
Slowakei	-	-	-	-	33,6	28,8	28,7	28,4	27,7	28,3	28,1	29,6
Slowenien	-	-	-	-	36,6	37,1	36,4	36,2	36,7	36,3	36,5	36,8
Spanien	14,3	18,0	22,0	31,6	33,4	36,4	32,2	29,8	31,4	31,2	32,1	32,6
Tschechien	-	-	-	-	32,5	34,3	33,5	32,4	32,5	33,4	33,8	34,1
Ungarn	-	-	-	-	38,7	39,6	39,5	39,0	37,6	36,9	38,5	38,9
Vereinigtes Königreich	29,3	33,6	33,5	33,9	34,7	34,1	34,0	32,3	32,8	33,6	33,0	32,9
Vereinigte Staaten	23,5	24,6	25,5	26,3	28,4	26,9	25,4	23,3	23,7	24,0	24,4	25,4

 $^{^{1}} Nach \, den \, Abgrenzungsmerkmalen \, der \, OECD.$

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2013, Paris 2014.

Stand: Dezember 2014.

 $^{^2} Nicht vergleich bar \ mit \ Quoten \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnung \ oder \ deutschen \ Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 19: Staatsquoten im internationalen Vergleich

					G	esamtaus	gaben de:	s Staates i	n % des Bl	Р				
Land	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	54,6	44,7	46,1	44,6	42,7	43,5	47,4	47,2	44,6	44,2	44,3	43,9	43,7	43,5
Belgien	52,0	48,7	50,9	47,7	47,6	49,4	53,2	52,3	53,4	54,8	54,5	54,3	53,3	52,6
Estland	-	36,4	34,0	33,6	34,3	39,7	46,0	40,5	38,0	39,8	38,8	38,8	40,2	39,8
Finnland	61,1	48,0	49,3	48,3	46,8	48,3	54,8	54,8	54,4	56,1	57,8	58,7	58,9	58,7
Frankreich	54,2	51,1	52,9	52,5	52,2	53,0	56,8	56,4	55,9	56,8	57,0	57,2	56,9	56,5
Griechenland	-	-	-	44,9	46,9	50,6	54,0	52,2	54,0	54,4	60,1	49,3	50,2	47,9
Irland	40,9	31,0	33,5	34,1	35,9	42,0	47,6	66,1	46,3	42,3	40,7	39,0	37,2	36,8
Italien	51,8	45,5	47,1	47,6	46,8	47,8	51,1	49,9	49,1	50,8	50,9	51,1	50,6	49,9
Lettland	35,7	37,7	34,2	36,0	33,9	37,0	43,4	44,0	38,8	36,5	36,0	36,9	36,1	35,6
Litauen	_	-	34,1	34,3	35,2	38,1	44,9	42,3	42,5	36,1	35,5	34,9	33,9	33,4
Luxemburg	38,5	36,4	42,5	39,6	38,1	39,4	45,1	44,0	42,3	43,5	43,6	44,0	44,4	43,8
Malta	39,1	40,2	42,2	42,3	41,1	42,6	41,9	41,0	40,9	42,4	42,3	43,8	44,3	42,4
Niederlande	53,7	41,7	42,7	43,5	42,8	43,8	48,2	48,2	47,0	47,5	46,8	46,6	46,5	45,7
Österreich	55,5	50,3	51,0	50,2	49,1	49,8	54,1	52,8	50,8	50,9	50,9	52,3	52,0	51,2
Portugal	42,6	42,6	46,7	45,2	44,5	45,3	50,2	51,8	50,0	48,5	50,1	49,0	48,0	47,2
Slowakei	48,2	51,8	39,3	38,5	36,1	36,7	43,8	42,0	40,6	40,2	41,0	41,8	42,4	40,1
Slowenien	52,1	46,1	44,9	44,2	42,2	44,0	48,5	49,3	50,0	48,6	59,9	49,8	47,7	46,2
Spanien	44,3	39,1	38,3	38,3	38,9	41,1	45,8	45,6	45,4	47,3	44,3	43,6	42,4	41,4
Zypern	30,8	34,5	39,7	39,1	38,1	38,9	42,6	42,5	42,8	42,1	41,4	49,1	40,7	39,6
Bulgarien	41,3	40,3	37,3	34,2	38,2	37,7	40,6	37,4	34,7	35,2	38,3	39,2	39,3	39,1
Dänemark	58,5	52,7	51,2	49,8	49,6	50,5	56,8	57,1	56,8	58,8	57,1	57,2	56,3	54,9
Kroatien	_	-	-	-	-	-	-	-	48,5	47,0	47,7	48,0	48,3	48,6
Polen	47,7	42,0	44,4	44,7	43,1	44,4	45,2	45,9	43,9	42,9	42,2	41,8	41,7	41,3
Rumänien	34,1	38,4	33,4	35,3	38,3	38,9	40,6	39,6	39,1	36,4	35,2	34,9	34,7	34,3
Schweden	63,5	53,6	52,7	51,3	49,7	50,3	53,1	52,0	51,4	52,6	53,3	53,0	52,7	52,3
Tschechien	51,8	40,4	41,8	40,8	40,0	40,2	43,6	43,0	42,4	43,8	41,9	42,0	42,0	40,8
Ungarn	55,4	47,3	49,8	51,9	50,2	48,9	50,8	49,8	49,9	48,7	49,8	50,1	49,2	46,0
Vereinigtes Königreich	41,9	38,0	42,9	43,0	42,9	46,6	49,7	48,7	46,9	47,0	45,5	44,4	43,2	41,9
Euroraum	_	-	-	46,0	45,3	46,5	50,6	50,4	49,0	49,5	49,4	49,0	48,6	48,0
EU-28	_	-	-	-	-	-	-	-	48,5	49,0	48,6	48,1	47,4	46,7
USA	37,1	33,7	36,4	36,1	36,9	39,0	42,9	42,6	41,5	40,1	38,7	38,2	37,6	37,3
Japan	35,7	38,8	36,4	36,0	35,8	36,9	41,9	40,7	41,9	41,8	42,3	42,7	42,4	41,8

Quelle: EU-Kommission, "Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft".

Stand: Mai 2015.

Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015

		EU-Hausl	nalt 2014			EU-Hau	shalt 2015	
	Verpflichtu	ıngen	Zahlun	gen	Verpflich	tungen	Zahluı	ngen
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	63 986,3	44,8	65 300,1	47,0	66 783,0	46,0	66 923,0	47,4
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	59 190,9	41,5	56 443,8	40,6	58 808,6	40,5	55 998,6	39,7
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 172,0	1,5	1 665,5	1,2	2 146,7	1,5	1 859,5	1,3
4. Die EU als globaler Akteur	8 325,0	5,8	6 840,9	4,9	8 408,4	5,8	7 422,5	5,3
5. Verwaltung	8 404,5	5,9	8 405,5	6,0	8 660,5	6,0	8 658,8	6,1
6. Ausgleichszahlungen	28,6	0,0	28,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
besondere Instrumente	582,9	0,4	350,0	0,3	515,4	0,35	351,7	0,25
Gesamtbetrag	142 690,3	100,0	139 034,2	100,0	145 321,5	100,0	141 214,0	100,0

noch Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015

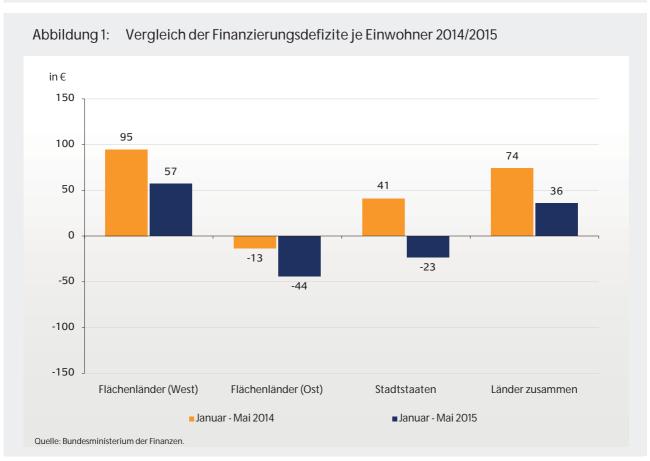
	Differe	nz in %	Differenz	z in Mio. €
	Sp. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
	10	11	12	13
Rubrik				
1. Nachhaltiges Wachstum	4,4	2,5	2 796,6	1 622,9
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	-0,6	-0,8	-382,4	- 445,2
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	-1,2	11,6	- 25,3	194,0
4. Die EU als globaler Akteur	1,0	8,5	83,4	581,6
5. Verwaltung	3,0	3,0	255,9	253,3
6. Ausgleichszahlungen	-100,0	-100,0	- 28,6	- 28,6
besondere Instrumente	-11,6	0,5	- 67,5	1,7
Gesamtbetrag	1,8	1,6	2 631,2	2 179,8

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushal te

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2015 im Vergleich zum Jahressoll 2015

	Flächenländ	der (West)	Flächenläi	nder (Ost)	Stadtst	aaten	Länder zu	sammen
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
				in M	lio.€			
Bereinigte Einnahmen	231 750	91 975	54 034	21 471	40 148	16 734	318 712	127 360
darunter:								
Steuereinnahmen	182 096	71 725	32 477	13 662	25 296	11 233	239 869	96 620
übrige Einnahmen	49 653	20 250	21 557	7 809	14 852	5 501	78 843	30 740
Bereinigte Ausgaben	238 386	95 558	55 063	20 924	40 674	16 598	326 903	130 261
darunter:								
Personalausgaben	92 579	38 955	13 758	5 5 6 7	13 046	5 3 4 0	119383	49 862
laufender Sachaufwand	15 882	5 961	4136	1 436	9 353	3 771	29 371	11 167
Zinsausgaben	11 366	5 653	2 077	934	3 530	1 472	16973	8 059
Sachinvestitionen	4 465	1 036	1 670	346	641	189	6776	1 57
Zahlungen an Verwaltungen	72 885	26 816	19 409	7815	1 332	308	86 406	32 118
übrige Ausgaben	41 209	17 138	14013	4826	12 772	5 5 1 9	67 994	27 48
Finanzierungssaldo	-6 637	-3 583	-1029	547	- 526	136	-8 191	-2 90°



Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Mai 2015

		inMio.€									
			Mai 2014			April 2015			Mai 2015		
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
	Seit dem 1. Januar gebuchte										
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	103 500	121 844	217 524	90 101	100 802	183 126	113 481	127 360	231 960	
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	102 747	116723	219 470	88 759	96 851	185 610	112 028	122 927	234954	
111	Steuereinnahmen	92 728	91 170	183 898	80 416	76 415	156 831	100 574	96 620	197 194	
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 106	20 961	22 067	879	16796	17 675	1 101	21 593	22 694	
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	752	752	-	726	726	-	726	726	
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-		
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	752	5 121	5874	1 342	3 952	5 293	1 453	4 433	5 886	
121	Veräußerungserlöse	169	743	912	899	113	1012	923	127	1 050	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	93	664	757	790	53	843	790	54	844	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	187	2 602	2788	195	2 233	2 428	197	2 473	2 669	
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	127 591	127 850	247 622	104 640	106 990	203 852	124 549	130 261	245 929	
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	115 850	118 371	234221	97 986	99 693	197 679	116 636	121 223	237 859	
211	Personalausgaben	12 641	49 098	61 738	10526	40 498	51 024	12 639	49 862	62 50	
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	3 744	14927	18 671	3 193	12 701	15 894	3 883	15 562	19 445	
212	laufender Sachaufwand	7 495	10 671	18 166	6037	8 8 8 4	14921	7517	11 167	18 684	
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	4633	7 187	11 820	3 906	5 944	9 850	4890	7316	12 206	
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	12 458	9 064	21 521	9730	6 9 5 6	16 686	10015	8 059	18 074	
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	7 197	26913	34 109	7 507	24 657	32 164	8 710	29 101	37 810	
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	200	200	-	331	331	-	471	47	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	4	24879	24882	2	22 682	22 684	3	26 701	26 704	
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	11 741	9 480	21 221	6 654	7 296	13 950	7913	9 038	1695	
221	Sachinvestitionen	1885	1 627	3 5 1 2	1 287	1 183	2 470	1 742	1 571	3 3 1 2	
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 686	3 048	4734	1 609	2510	4118	1 726	3018	474	
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	11 475	9116	20 592	6337	7 072	13 409	7 5 7 2	8 795	1636	

 $Abweichungen\,durch\,Rundung\,der\,Zahlen\,m\"{o}glich.$

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis April 2015

		in Mio. €									
			April 2014			März 2015			April 2015		
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 24 066 ²	-6 006	-30 072	-14 518 ²	-6 187	-20 706	-11 046 ²	-2 901	-13 94	
	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung										
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	81 506	30 094	111 600	62 457	24118	86 575	78 967	27 578	106 54	
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	82 828	49 447	132 276	82 563	44 895	127 457	85 604	50 028	135 632	
43	aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-1 322	-19354	-20 676	-20 106	-20 776	-40 882	-6 638	-22 450	-29 08	
	Zum Ende des Monats bestehende										
	Schwebende Schulden und Kassenbestände										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-2 041	9 773	7732	9 946	15 502	25 448	-7320	13 080	5 76	
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	13 965	13 965	-	17863	17863	-	14960	1496	
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	2 041	-14211	-12 170	-9 945	-11 403	-21 348	7321	-11 028	-3 70	

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Einschließlich haushaltstechnische Verrechnungen.

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2015

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen für das laufende Haushaltsjahr	16 099	20 349	4 127	9 122	2 998	11 550	24 034	5 740	1 412
11	Einnahmen der laufenden Rechung	15 720	19 704	3 925	8 897	2 740	11164	23 230	5 493	1 386
111	Steuereinnahmen	12 331	15 936	2 701	7 243	1 776	8 773 4	19 015	3 982	1 121
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 596	2 089	946	1 153	794	1 682	3 176	1 146	204
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	53	-	-	36	37	26	15
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	120	-	190	193	125	118	55
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	379	645	202	225	258	386	805	247	27
121	Veräußerungserlöse	2	0	2	7	3	2	9	61	4
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	0	-	-	-	1	-	47	4
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	308	460	90	134	75	305	343	89	17
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	16 458	20 299 a	4 240	9 922	2 870	11 316	25 184	6 916	1 729
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	15 419	18 847 a	3 820	9 407	2 542	10833	23 289	6380	1 640
211	Personalausgaben	7311	9 106	1 113	3 618	757	4 469 ²	9 3 1 0 ²	2724	685
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	2 552	2 789	122	1 263	61	1 556	3 385	938	282
212	laufender Sachaufwand	747	1 477 b	234	687	178	766	1 510	478	73
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	683	1 196 b	195	558	152	541	1 084	366	64
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	960	536 °	158	718	118	645	1 697	498	281
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 830	5 734	1 624	2911	960	3 054	6 2 4 5	1810	276
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	836	2 061	-	918	-	-	-	-	-
2142	Zuweisungen an Gemeinden	2 959	3 624	1 400	1 873	811	2 931	6 155	1 782	271
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	1 039	1 452	420	515	328	483	1 896	536	89
221	Sachinvestitionen	235	449	14	149	68	56	88	16	12
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	419	543	128	220	150	127	668	137	13
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	1 024	1 390	420	505	328	483	1810	512	82

 $Abweichungen\,durch\,Rundung\,der\,Zahlen\,m\"{o}glich.$

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2015

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 359	50 d	- 113	- 800	128	234	-1 150	-1 176	- 316
	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	4 593	1 020	1 520	2 3 1 7	334	1 134	4 765	1 729	227
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	10 868	2 736 ^e	3 450	2 341	500	3 710	9 987	2 681	655
43	aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-6 275	-1 716 ^f	-1 930	- 24	- 166	-2 576	-5 222	- 952	- 429
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	755	500	1 335	218	157	910	783	264
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 180	1 041	149	1 452	665	2 461	3 141	2	524
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	- 59	0	-1 110	627	796	- 597	- 858	- 760	- 221

 $^{^1} In\, der\, L\"{a}n der summe \, ohne \, Zuweisungen \, von \, L\"{a}n dern \, im \, L\"{a}n der finanzausgleich.$

² Ohne Juni-Bezüge.

³ BY – Davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a) 233,3 Mio. €, b) 0,8 Mio. € c) 232,4 Mio. €, d) -233,3 Mio. €, e) 1113,0 Mio. €, f) -1113,0 Mio. €.

⁴ NI – Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im niedersächsischen Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 1,0 Mio. €.

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2015

		in Mio. €										
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen			
	Seit dem 1. Januar gebuchte											
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	6 782	3 971	4 194	3 592	9 885	1 744	5 106	127 360			
11	Einnahmen der laufenden Rechung	6 390	3 659	4 104	3 468	9619	1 704	5 069	122 927			
111	Steuereinnahmen	4 455	2 361	3 325	2 369	6 002	1 029	4 202	96 620			
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1648	1 092	550	908	2 717	498	394	21 593			
1121	darunter: Allgemeine BEZ	96	56	16	50	293	49	-	726			
1122	Länderfinanzausgleich ¹	420	243	33	219	1 305	288	36	-			
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	392	312	91	125	265	39	37	4 433			
121	Veräußerungserlöse	0	1	2	3	27	0	4	127			
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	0	1	1	1	-	-	54			
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	250	123	49	102	87	31	10	2 473			
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende	6 237	3 984	4 259	3 594	9 788	2 064	4 747	130 261			
21	Haushaltsjahr Ausgaben der laufenden Rechnung	5 646	3 646	4127	3 281	9 249	1 942	4 5 0 1	121 223			
211	Personalausgaben	1 693	996	1 732	1 009	3 291	643	1 406	49 862			
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	125	99	642	85	892	230	543	15 562			
212	laufender Sachaufwand	371	428	222	225	2 381	343	1 047	11 167			
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	274	113	184	151	968	157	628	7316			
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	111	262	318	285	889	287	296	8 059			
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 140	1 160	1317	1 159	138	78	12	29 101			
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	471			
2142	Zuweisungen an Gemeinden	1 798	844	1 249	993	2	8	-	26 701			
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	591	338	132	313	539	122	246	9 038			
221	Sachinvestitionen	164	46	32	53	99	17	72	1 571			
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	205	160	37	129	38	42	0	3 018			
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	592	338	131	312	504	119	246	8 795			

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2015

					in M	io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	545	- 12	- 65	- 1	97	- 320	359	-2 901
	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-	3 014	1 474	552	2 107	976	1816	27 578
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	295	1 371	2 2 1 6	1 294	5 127	689	2 108	50 028
43	aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 295	1 643	- 742	- 742	-3 020	288	- 292	-22 450
	Zum Ende des Monats bestehende								
	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	360	4573	-	-	1 525	1 586	115	13 080
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	3 062	82	-	330	566	127	178	14960
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	-4537	- 799	- 607	-1 513	-1 459	67	-11 028

¹In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

² Ohne Juni-Bezüge.

 $^{^3}$ BY – Davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a) 233,3 Mio. €, b) 0,8 Mio. € c) 232,4 Mio. €, d) -233,3 Mio. €, e) 1113,0 Mio. €, f) -1113,0 Mio. €.

 $^{^4}$ NI − Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im niedersächsischen Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 1,0 Mio. €.

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten des Bundes

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Frühjahrsprojektion der Bundesregierung vom 22. April 2015

Erläuterungen zu den Tabellen 1 bis 8

- Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der Europäischen Union (EU) für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar.¹ Die Budgetsemielastizität basiert auf den von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geschätzten Teilelastizitäten der einzelnen Abgaben und Ausgaben in Bezug zur Produktionslücke² sowie auf methodischen Erweiterungen und Aktualisierungen des für Einnahmen- und Ausgabenstruktur und deren Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) herangezogenen Stützungszeitraums durch die Europäische Kommission.3
- 2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamt-

rechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamts sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts zugrunde gelegt (Variante 1-W1), die an aktuelle Entwicklungen angepasst wird (z. B. Zuwanderung). Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigem und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus verlängert, um dem Randwertproblem bei Glättungen mit dem Hodrick-Prescott-Filter Rechnung zu tragen.

- 3. Die Bundesregierung verwendet seit ihrer Frühjahrsprojektion 2014 eine modifizierte Fortschreibungsregel für die strukturelle Arbeitslosigkeit (NAWRU). Im Jahr 2016 wird die NAWRU mit der halben Vorjahresdifferenz fortgeschrieben. Darüber hinaus wird die NAWRU auf dem Niveau von 2016 beibehalten. Die Europäische Kommission wird diese neue Regel ebenfalls erstmalig in der Frühjahrsprognose 2014 verwenden.
- 4. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
- 5. Die Berechnungen basieren auf dem Stand der Frühjahrsprojektion 2015 der Bundesregierung.

¹https://circabc.europa.eu/

² s. a. Girouard und André (2005): "Measuring cyclicallyadjusted budget balances for OECD countries", OECD Economics Department Working Papers 434.

³ s. a. Mourre, Isbasoiu, Paternoster und Salto (2013): The cyclically-adjusted budget balance used in the EU fiscal framework: an update", Europäische Kommission, European Economy, Economic Papers 478.

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

 Das Produktionspotenzial ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

Die Produktionslücke kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des BIP vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unterbeziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von "negativen" beziehungsweise "positiven" Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der Potenzialpfad beschreibt die Entwicklung des BIP bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern auch, um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist - neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen – eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine in wirtschaftlich guten wie schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mithilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten einschränkt. Die Budgetsemielastizität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, Artikel "Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel" zu finden.⁴

Tabelle 1: Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsemieslastizität	Konjunkturkomponente ¹
		in Mrd. € (nominal)		buugetsemiesiastizitat	in Mrd. € (nominal)
2016	3 123,1	3 115,3	-7,8	0,205	-1,6
2017	3 223,7	3 2 1 5, 1	-8,6	0,205	-1,8
2018	3 323,5	3 3 1 8, 1	-5,4	0,205	-1,1
2019	3 424,4	3 424,4	0,0	0,205	0,0

¹ Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Die für die Haushaltsaufstellung letztlich maßgeblichen Werte sind den jeweiligen Haushaltsgesetzen des Bundes zu entnehmen.

⁴ https://www.bundesfinanzministerium.de/ Content/DE/Monatsberichte/Standardartikel_ Migration/2011/02/analysen-und-berichte/ b03-konjunkturkomponente-des-bundes/ Konjunkturkomponente-des-Bundes.html

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 2: Produktionspotenzial und -lücken

		Produktion	nspotenzial		Produktionslücken						
	preisbe	ereinigt	non	ninal	preisber	einigt	non	ninal			
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd.€	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIP			
1980	1 505,5		860,2		34,5	2,3	19,7	2,3			
1981	1 539,1	+2,2	916,1	+6,5	9,0	0,6	5,4	0,6			
1982	1 570,5	+2,0	977,6	+6,7	-28,5	-1,8	-17,7	-1,8			
1983	1 602,3	+2,0	1 025,4	+4,9	-36,0	-2,2	-23,1	-2,2			
1984	1 635,3	+2,1	1 067,3	+4,1	-24,8	-1,5	-16,2	-1,5			
1985	1 669,2	+2,1	1 112,6	+4,2	-21,2	-1,3	-14,1	-1,3			
1986	1 706,7	+2,2	1 171,7	+5,3	-21,1	-1,2	-14,5	-1,2			
1987	1 746,3	+2,3	1 214,2	+3,6	-37,0	-2,1	-25,7	-2,1			
1988	1 789,4	+2,5	1 265,2	+4,2	-16,7	-0,9	-11,8	-0,9			
1989	1 838,9	+2,8	1 337,7	+5,7	2,8	0,2	2,1	0,2			
1990	1 893,4	+3,0	1 424,1	+6,5	45,1	2,4	33,9	2,4			
1991	1 951,3	+3,1	1 512,9	+6,2	86,3	4,4	66,9	4,4			
1992	2 010,2	+3,0	1 641,1	+8,5	66,4	3,3	54,2	3,3			
1993	2 063,1	+2,6	1 753,8	+6,9	-6,2	-0,3	-5,3	-0,3			
1994	2 106,6	+2,1	1 829,6	+4,3	0,7	0,0	0,6	0,0			
1995	2 144,8	+1,8	1 899,5	+3,8	-1,6	-0,1	-1,5	-0,1			
1996	2 180,0	+1,6	1 942,6	+2,3	-20,1	-0,9	-17,9	-0,9			
1997	2 213,3	+1,5	1 977,1	+1,8	-14,0	-0,6	-12,5	-0,6			
1998	2 246,4	+1,5	2 018,6	+2,1	-3,8	-0,2	-3,4	-0,2			
1999	2 281,8	+1,6	2 057,0	+1,9	5,3	0,2	4,8	0,2			
2000	2 318,8	+1,6	2 080,7	+1,1	36,6	1,6	32,8	1,6			
2001	2 355,7	+1,6	2 140,7	+2,9	39,7	1,7	36,1	1,7			
2002	2 390,4	+1,5	2 201,5	+2,8	5,2	0,2	4,8	0,2			
2003	2 422,0	+1,3	2 257,7	+2,6	-43,7	-1,8	-40,7	-1,8			
2004	2 453,4	+1,3	2 311,8	+2,4	-46,9	-1,9	-44,2	-1,9			
2005	2 484,6	+1,3	2 355,8	+1,9	-61,1	-2,5	-58,0	-2,5			
2006	2 517,0	+1,3	2 393,6	+1,6	-3,6	-0,1	-3,4	-0,1			
2007	2 548,2	+1,2	2 464,3	+3,0	47,4	1,9	45,8	1,9			
2008	2 575,5	+1,1	2 511,9	+1,9	47,3	1,8	46,1	1,8			
2009	2 594,1	+0,7	2 574,9	+2,5	-119,2	-4,6	-118,3	-4,6			
2010	2 615,0	+0,8	2 615,0	+1,6	-38,7	-1,5	-38,7	-1,5			
2011	2 642,0	+1,0	2 672,1	+2,2	26,7	1,0	27,0	1,0			
2012	2 674,3	+1,2	2 745,3	+2,7	4,5	0,2	4,6	0,2			
2013	2 709,7	+1,3	2 838,9	+3,4	-28,1	-1,0	-29,4	-1,0			
2014	2 749,1	+1,5	2 929,9	+3,2	-24,5	-0,9	-26,1	-0,9			
2015	2 789,5	+1,5	3 032,5	+3,5	-15,6	-0,6	-16,9	-0,6			
2016	2 829,5	+1,4	3 123,1	+3,0	-7,1	-0,0	-7,8	-0,3			
2016	2 867,4	+1,3	3 223,7	+3,2	-7,1	-0,3	-8,6	-0,3			
2018	2 902,3	+1,2	3 323,5	+3,1	-4,7	-0,2 0,0	-5,4	-0,2			

 $Ge samt wirts chaft liches Produktions potenzial\ und\ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 3: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum¹

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in % gegenüber Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1981	+2,2	1,0	0,1	1,1
1982	+2,0	1,0	0,0	1,0
1983	+2,0	1,1	0,0	0,9
1984	+2,1	1,2	-0,1	0,9
1985	+2,1	1,3	-0,1	0,8
1986	+2,2	1,4	0,0	0,8
1987	+2,3	1,5	0,0	0,8
1988	+2,5	1,7	0,0	0,8
1989	+2,8	1,8	0,1	0,9
1990	+3,0	1,9	0,2	0,9
1991	+3,1	1,8	0,2	1,0
1992	+3,0	1,7	0,2	1,1
1993	+2,6	1,5	0,1	1,0
1994	+2,1	1,3	-0,2	1,0
1995	+1,8	1,2	-0,3	0,9
1996	+1,6	1,1	-0,3	0,9
1997	+1,5	1,0	-0,3	0,8
1998	+1,5	1,0	-0,3	0,8
1999	+1,6	1,0	-0,3	0,8
2000	+1,6	1,1	-0,3	0,8
2001	+1,6	1,0	-0,2	0,8
2002	+1,5	0,9	-0,1	0,6
2003	+1,3	0,8	0,0	0,5
2004	+1,3	0,7	0,0	0,5
2005	+1,3	0,7	0,1	0,5
2006	+1,3	0,7	0,2	0,5
2007	+1,2	0,6	0,1	0,5
2008	+1,1	0,5	0,0	0,5
2009	+0,7	0,4	-0,1	0,4
2010	+0,8	0,5	0,0	0,4
2011	+1,0	0,5	0,2	0,4
2012	+1,2	0,5	0,4	0,4
2013	+1,3	0,5	0,5	0,4
2014	+1,5	0,5	0,6	0,4
2015	+1,5	0,6	0,5	0,4
2016	+1,4	0,6	0,4	0,4
2017	+1,3	0,7	0,2	0,4
2018	+1,2	0,7	0,1	0,4
2019	+1,2	0,8	0,0	0,4

 $^{^{1}} Abweichungen \ des \ ausgewiesen en \ Potenzial wachstums \ von \ der \ Summe \ der \ Wachstums beiträge \ sind \ rundungsbedingt.$

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisber	einigt ¹	nominal		
	in Mrd. €	in % gegenüber Vorjahr	in Mrd. €	in % gegenüber Vorjahr	
1960	750,2		171,7		
1961	784,9	+4,6	191,9	+11,8	
1962	821,6	+4,7	213,1	+11,	
1963	844,7	+2,8	225,8	+5,9	
1964	900,9	+6,7	250,4	+10,9	
1965	949,2	+5,4	274,7	+9,	
1966	975,6	+2,8	285,0	+3,	
1967	972,6	-0,3	279,9	-1,8	
1968	1 025,7	+5,5	307,3	+9,8	
1969	1 102,2	+7,5	350,5	+14,	
1970	1 157,7	+5,0	402,4	+14,8	
1971	1 194,0	+3,1	446,6	+11,0	
1972	1 245,3	+4,3	486,9	+9,0	
1973	1 304,8	+4,8	542,3	+11,4	
1974	1316,4	+0,9	587,0	+8,2	
1975	1 305,0	-0,9	614,8	+4,8	
1976	1 369,6	+4,9	666,6	+8,4	
1977	1 415,5	+3,3	710,3	+6,0	
1978	1 458,1	+3,0	757,6	+6,	
1979	1 518,6	+4,2	822,8	+8,0	
1980	1 540,0	+1,4	879,9	+6,9	
1981	1 548,1	+0,5	921,4	+4,	
1982	1 542,0	-0,4	959,9	+4,2	
1983	1 566,3	+1,6	1 002,3	+4,4	
1984	1 610,5	+2,8	1 051,1	+4,9	
1985	1 648,0	+2,3	1 098,4	+4,!	
1986	1 685,7	+2,3	1 157,3	+5,4	
1987	1 709,3	+1,4	1 188,5	+2,	
1988	1 772,7	+3,7	1 253,4	+5,!	
1989	1 841,7	+3,9	1 339,7	+6,9	
1990	1 938,5	+5,3	1 458,0	+8,8	
1991	2 037,5	+5,1	1 579,8	+8,4	
1992	2 076,7	+1,9	1 695,3	+7,3	
1993	2 056,9	-1,0	1 748,6	+3,	
1994	2 107,3	+2,5	1 830,3	+4,	
1995	2 143,2	+1,7	1 898,1	+3,	
1996	2 159,9	+0,8	1 924,7	+1,4	
1997	2 199,3	+1,8	1 964,7	+2,	
1998	2 242,6	+2,0	2 015,3	+2,1	
1999	2 287,2	+2,0	2 061,8	+2,:	

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisber	einigt ¹	nominal		
	in Mrd. €	in % gegenüber Vorjahr	in Mrd. €	in % gegenüber Vorjahr	
2000	2 355,4	+3,0	2 113,5	+2,5	
2001	2 395,4	+1,7	2 176,8	+3,0	
2002	2 395,6	+0,0	2 206,3	+1,4	
2003	2 378,4	-0,7	2 217,1	+0,5	
2004	2 406,4	+1,2	2 267,6	+2,3	
2005	2 423,5	+0,7	2 297,8	+1,3	
2006	2 513,4	+3,7	2 390,2	+4,0	
2007	2 595,5	+3,3	2 510,1	+5,0	
2008	2 622,8	+1,1	2 558,0	+1,9	
2009	2 475,0	-5,6	2 456,7	-4,0	
2010	2 576,2	+4,1	2 576,2	+4,9	
2011	2 668,7	+3,6	2 699,1	+4,8	
2012	2 678,8	+0,4	2 749,9	+1,9	
2013	2 681,6	+0,1	2 809,5	+2,2	
2014	2 724,6	+1,6	2 903,8	+3,4	
2015	2 773,9	+1,8	3 015,6	+3,8	
2016	2 822,5	+1,8	3 115,3	+3,3	
2017	2 859,8	+1,3	3 215,1	+3,2	
2018	2 897,6	+1,3	3 3 1 8, 1	+3,2	
2019	2 935,9	+1,3	3 424,4	+3,2	

¹Verkettete Volumenangaben, berechnet auf Basis der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Indexwerte (2010 = 100).

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipa ⁻	tionsraten	Erwerbstätige, Inland		
Jahr	Erwerbsbe	evölkerung ¹	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert			
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in %	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	
960	53 556			61,2	32 340		
1961	53 590	+0,1		61,8	32 791	+1,4	
1962	53 724	+0,2		61,7	32 905	+0,3	
1963	53 951	+0,4		61,7	32 983	+0,2	
1964	54 131	+0,3		61,5	33 011	+0,1	
1965	54 406	+0,5	61,1	61,5	33 199	+0,6	
1966	54 694	+0,5	60,7	61,0	33 097	-0,3	
1967	54 745	+0,1	60,3	59,9	32 019	-3,3	
1968	54 849	+0,2	60,0	59,4	32 046	+0,1	
1969	55 267	+0,8	59,8	59,4	32 545	+1,6	
1970	55 471	+0,4	59,8	59,8	32 993	+1,4	
1971	55 611	+0,3	59,8	60,0	33 143	+0,5	
1972	56 000	+0,7	59,8	60,0	33 325	+0,6	
1973	56386	+0,7	59,8	60,4	33 727	+1,2	
1974	56 638	+0,4	59,6	60,0	33 408	-0,9	
1975	56 675	+0,1	59,4	59,3	32 570	-2,5	
1976	56 731	+0,1	59,3	59,1	32 434	-0,4	
1977	56 913	+0,3	59,2	58,9	32 508	+0,2	
1978	57 199	+0,5	59,4	59,1	32 829	+1,0	
1979	57 581	+0,7	59,7	59,5	33 463	+1,9	
1980	58 030	+0,8	60,1	60,1	34 024	+1,7	
1981	58 421	+0,7	60,7	60,6	34 065	+0,1	
	58 644						
1982 1983	58 751	+0,4	61,5	61,4	33 802 33 494	-0,8	
1984	58 776	+0,0	63,0	63,1	33 783	+0,9	
1985	58 799	+0,0			34 257	+1,4	
			63,8	64,0			
1986	58 911	+0,2	64,5	64,5	34915	+1,9	
1987	59 008	+0,2	65,2	65,1	35 402	+1,4	
1988	59 112	+0,2	65,9	65,8	35 906	+1,4	
1989	59 374	+0,4	66,4	66,2	36 580	+1,9	
1990	59 754 60 217	+0,6	66,8	67,2	37 733 38 790	+3,2	
1991	60 845	+0,8	67,0 67,0	68,0	38 790	+2,8	
				67,1		-1,3	
1993	61 445	+1,0	66,9	66,5	37 786 37 798	-1,3	
1994 1995	61 780	+0,5 +0,3	66,9	66,5 66,4	37 798	+0,0	
1996	62 092	+0,3	67,0	66,7	37 958	+0,4	
1997	62 134	+0,1	67,3	67,1	37 947	-0,1	
1998	62 133	-0,0	67,7	67,7	38 407	+1,2	
1999	62 181	+0,1	68,1	68,2	39 031	+1,6	

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipat	ionsraten				
Jahr	Erwerbsbe	völkerung ¹	Trend	Trend Tatsächlich bzw. prognostiziert		Erwerbstätige, Inland		
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr		
2000	62 264	+0,1	68,4	69,1	39917	+2,3		
2001	62 390	+0,2	68,6	68,7	39 809	-0,3		
2002	62 562	+0,3	68,9	68,7	39 630	-0,4		
2003	62 682	+0,2	69,1	68,6	39 200	-1,1		
2004	62 737	+0,1	69,3	69,3	39 337	+0,3		
2005	62 771	+0,1	69,5	69,8	39 326	-0,0		
2006	62 767	-0,0	69,7	69,7	39 635	+0,8		
2007	62 722	-0,1	69,9	69,8	40 325	+1,7		
2008	62 622	-0,2	70,1	70,1	40 856	+1,3		
2009	62 396	-0,4	70,4	70,5	40 892	+0,1		
2010	62 132	-0,4	70,7	70,6	41 020	+0,3		
2011	61 972	-0,3	71,1	70,9	41 570	+1,3		
2012	61 930	-0,1	71,5	71,5	42 033	+1,1		
2013	61 918	-0,0	71,9	71,8	42 281	+0,6		
2014	61 906	-0,0	72,3	72,3	42 652	+0,9		
2015	61 800	-0,2	72,6	72,7	42 952	+0,7		
2016	61 632	-0,3	72,9	73,2	43 082	+0,3		
2017	61 486	-0,2	73,2	73,2	43 138	+0,1		
2018	61 337	-0,2	73,4	73,3	43 194	+0,1		
2019	61 114	-0,4	73,6	73,4	43 250	+0,1		
2020	60 989	-0,2	73,9	73,8				
2021	60 904	-0,1	74,1	74,1				
2022	60 736	-0,3	74,4	74,4				

¹12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts; Variante 1-W1, angepasst an aktuelle Entwicklungen.

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	zeit je Erwerbst	tätigem, Arbeitsst	Arbeitnehr	ner, Inland	Erwerbslose, Inländer		
Jahr	Tre	nd	Tatsächlich bez	3			in % der Erwerbs-	NAWRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen	NAWKU
960			2 167		25 152		1,4	
961			2 141	-1,2	25 768	+2,5	0,9	
1962			2 104	-1,7	26 138	+1,4	0,8	
1963			2 073	-1,4	26 436	+1,1	1,0	
1964			2 085	+0,6	26 733	+1,1	0,9	
1965	2 067		2 071	-0,7	27 096	+1,4	0,7	
1966	2 043	-1,2	2 045	-1,3	27 111	+0,1	0,8	
1967	2 019	-1,2	2 007	-1,8	26 198	-3,4	2,4	0,9
1968	1 996	-1,1	1 995	-0,6	26 364	+0,6	1,7	0,9
1969	1 973	-1,2	1 975	-1,0	27 095	+2,8	0,9	1,0
1970	1 949	-1,2	1 960	-0,8	27 877	+2,9	0,5	1,0
1971	1 924	-1,3	1 928	-1,6	28 339	+1,7	0,7	1,2
1972	1 898	-1,4	1 905	-1,2	28 680	+1,2	0,9	1,3
1973	1 872	-1,4	1 876	-1,5	29 199	+1,8	1,0	1,5
1974	1 847	-1,3	1 837	-2,1	29 048	-0,5	1,7	1,7
1975	1 825	-1,2	1 800	-2,0	28 383	-2,3	3,1	2,0
1976	1 807	-1,0	1 813	+0,7	28 461	+0,3	3,2	2,4
1977	1 790	-0,9	1 795	-1,0	28 696	+0,8	3,1	2,8
1978	1 775	-0,9	1 776	-1,1	29 090	+1,4	2,9	3,2
1979	1 759	-0,9	1 764	-0,7	29 822	+2,5	2,4	3,7
1980	1 744	-0,9	1 745	-1,1	30 405	+2,0	2,4	4,2
1981	1 729	-0,9	1 724	-1,2	30 484	+0,3	3,8	4,8
1982	1713	-0,9	1712	-0,6	30 260	-0,7	6,2	5,3
1983	1 698	-0,9	1 699	-0,8	29 992	-0,9	8,6	5,8
1984	1 681	-1,0	1 688	-0,7	30 281	+1,0	8,9	6,3
1985	1 664	-1,0	1 665	-1,4	30 758	+1,6	9,0	6,6
1986	1 646	-1,1	1 646	-1,1	31 393	+2,1	8,1	6,8
1987	1 629	-1,1	1 624	-1,3	31914	+1,7	7,8	7,0
1988	1 612	-1,0	1 619	-0,3	32 429	+1,6	7,7	7,2
1989	1 595	-1,0	1 595	-1,4	33 078	+2,0	6,9	7,2
1990	1 580	-1,0	1 572	-1,4	34212	+3,4	6,0	7,3
1991	1 567	-0,8	1 554	-1,2	35 227	+3,0	5,3	7,3
1992	1 555	-0,7	1 565	+0,7	34 675	-1,6	6,3	7,3
1993	1 545	-0,7	1 542	-1,5	34120	-1,6	7,5	7,4
1994	1 534	-0,7	1 537	-0,3	34052	-0,2	8,0	7,5
1995	1 523	-0,7	1 528	-0,6	34 161	+0,3	7,8	7,5
1996	1512	-0,8	1511	-1,1	34115	-0,1	8,4	7,7
1997	1 499	-0,8	1 500	-0,7	34036	-0,2	9,0	7,8
1998	1 486	-0,9	1 494	-0,4	34 447	+1,2	8,7	7,9
1999	1 472	-0,9	1 479	-1,0	35 046	+1,7	7,9	8,0

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeit	szeit je Erwerbst	ätigem, Arbeitss	tunden	Arbeitnehr	ner, Inland	Erwerbslos	e, Inländer
Jahr	Tre	end		ziehungsweise ostiziert			in % der Erwerbs-	NAWRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen	NAWKO
2000	1 459	-0,9	1 452	-1,8	35 922	+2,5	7,2	8,1
2001	1 447	-0,8	1 442	-0,7	35 797	-0,3	7,1	8,2
2002	1 437	-0,7	1 431	-0,8	35 570	-0,6	7,9	8,3
2003	1 429	-0,5	1 425	-0,4	35 078	-1,4	8,9	8,3
2004	1 423	-0,4	1 422	-0,2	35 079	+0,0	9,5	8,2
2005	1 419	-0,3	1 411	-0,8	34916	-0,5	10,3	8,1
2006	1 415	-0,3	1 425	+1,0	35 152	+0,7	9,4	7,9
2007	1 411	-0,3	1 424	-0,0	35 798	+1,8	7,9	7,6
2008	1 404	-0,5	1 418	-0,4	36 353	+1,6	6,9	7,3
2009	1 396	-0,6	1 373	-3,2	36 407	+0,1	7,0	7,0
2010	1 389	-0,5	1 390	+1,3	36 533	+0,3	6,4	6,5
2011	1 383	-0,4	1 393	+0,2	37 024	+1,3	5,5	6,1
2012	1 3 7 8	-0,4	1 374	-1,4	37 489	+1,3	5,0	5,6
2013	1 374	-0,3	1 362	-0,9	37 824	+0,9	4,9	5,2
2014	1 372	-0,1	1 371	+0,6	38 247	+1,1	4,7	4,8
2015	1 371	-0,0	1 373	+0,2	38 573	+0,9	4,5	4,3
2016	1 372	+0,0	1 374	+0,1	38 681	+0,3	4,5	3,9
2017	1372	+0,0	1 374	-0,0	38 719	+0,1	4,3	3,7
2018	1372	+0,0	1 373	-0,0	38 758	+0,1	4,0	3,7
2019	1372	-0,0	1 373	-0,0	38 797	+0,1	3,7	3,7
2020	1372	-0,0	1 372	-0,0				
2021	1372	-0,0	1 371	-0,0				
2022	1 371	-0,0	1 371	-0,0				

 $^{^112.\} koordinierte\ Bev\"{o}lkerungsvorausberechnung\ des\ Statistischen\ Bundesamts;\ Variante\ 1-W1,\ angepasst\ an\ aktuelle\ Entwicklungen.$

² Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment.

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 6: Kapitalstock und Investitionen

	Bruttoanlag	evermögen	Bruttoanlagei	investitionen	Abgangssquote
	preisbe	reinigt	preisbe	reinigt	tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in%
1980	7 465,3	+3,5	348,8	+2,3	1,4
1981	7 705,8	+3,2	332,6	-4,7	1,2
1982	7 923,0	+2,8	317,4	-4,6	1,3
1983	8 130,7	+2,6	326,9	+3,0	1,5
1984	8 335,7	+2,5	327,4	+0,2	1,5
1985	8 534,2	+2,4	329,6	+0,7	1,6
1986	8 733,5	+2,3	340,1	+3,2	1,7
1987	8 936,9	+2,3	347,2	+2,1	1,6
1988	9 147,4	+2,4	364,7	+5,0	1,7
1989	9 3 7 3, 5	+2,5	391,1	+7,2	1,8
1990	9 621,9	+2,7	422,4	+8,0	1,9
1991	9 908,9	+3,0	444,8	+5,3	1,6
1992	10 225,8	+3,2	461,8	+3,8	1,5
1993	10 531,1	+3,0	442,4	-4,2	1,3
1994	10 824,7	+2,8	458,3	+3,6	1,6
1995	11 117,6	+2,7	457,7	-0,1	1,5
1996	11 398,7	+2,5	455,1	-0,6	1,6
1997	11 670,4	+2,4	458,6	+0,8	1,6
1998	11 942,8	+2,3	476,8	+4,0	1,8
1999	12 225,4	+2,4	499,4	+4,7	1,8
2000	12 515,4	+2,4	511,6	+2,4	1,8
2001	12 792,9	+2,2	499,2	-2,4	1,8
2002	13 031,0	+1,9	470,6	-5,7	1,8
2003	13 235,5	+1,6	464,0	-1,4	2,0
2004	13 425,3	+1,4	463,9	-0,0	2,1
2005	13 603,5	+1,3	465,2	+0,3	2,1
2006	13 789,8	+1,4	497,9	+7,0	2,3
2007	13 995,0	+1,5	519,8	+4,4	2,3
2008	14 204,6	+1,5	526,2	+1,2	2,3
2009	14379,9	+1,2	474,0	-9,9	2,1
2010	14528,8	+1,0	498,0	+5,1	2,4
2010	14 691,0	+1,1	534,4	+7,3	2,6
2011	14 861,9	+1,2	530,6	-0,7	2,4
2012	15 024,0	+1,1	527,5	-0,6	2,5
2013	15 187,6	+1,1	545,3	+3,4	2,5
2014 2015	15 360,7		557,4		2,5
		+1,1		+2,2	
2016	15 535,6	+1,1	574,6	+3,1	2,6
2017	15 720,9	+1,2	585,1	+1,8	2,6
2018 2019	15 915,4 16 115,9	+1,2	595,9	+1,8	2,6

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 7: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1980	-7,4164	-7,4269
1981	-7,4149	-7,4172
1982	-7,4193	-7,4071
1983	-7,4019	-7,3958
1984	-7,3840	-7,3834
1985	-7,3693	-7,3703
1986	-7,3597	-7,3562
1987	-7,3541	-7,3411
1988	-7,3329	-7,3244
1989	-7,3059	-7,3067
1990	-7,2745	-7,2883
1991	-7,2451	-7,2701
1992	-7,2332	-7,2533
1993	-7,2350	-7,2385
1994	-7,2187	-7,2253
1995	-7,2100	-7,2138
1996	-7,2037	-7,2033
1997	-7,1888	-7,1931
1998	-7,1826	-7,1831
1999	-7,1751	-7,1728
2000	-7,1566	-7,1623
2001	-7,1412	-7,1519
2002	-7,1396	-7,1425
2003	-7,1424	-7,1343
2004	-7,1367	-7,1269
2005	-7,1291	-7,1200
2006	-7,1087	-7,1135
2007	-7,0927	-7,1076
2008	-7,0933	-7,1026
2009	-7,1349	-7,0987
2010	-7,1085	-7,0941
2011	-7,0873	-7,0895
2012	-7,0859	-7,0850
2013	-7,0869	-7,0802
2014	-7,0845	-7,0751
2015	-7,0761	-7,0693
2016	-7,0653	-7,0629
2017	-7,0568	-7,0560
2018	-7,0485	-7,0488
2019	-7,0403	-7,0412

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	rivaten Konsums	Arbeitnehmerentgelte, Inland		
	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahı	
1960	22,9		26,3		83,5		
1961	24,4	+6,8	27,2	+3,3	94,2	+12,9	
1962	25,9	+6,1	28,0	+2,9	104,3	+10,6	
1963	26,7	+3,0	28,8	+3,0	111,9	+7,3	
1964	27,8	+4,0	29,4	+2,2	122,4	+9,4	
1965	28,9	+4,2	30,4	+3,2	135,8	+11,0	
1966	29,2	+0,9	31,5	+3,6	146,2	+7,7	
1967	28,8	-1,5	32,0	+1,6	146,0	-0,2	
1968	30,0	+4,1	32,5	+1,6	156,7	+7,4	
1969	31,8	+6,2	33,1	+1,9	176,4	+12,6	
1970	34,8	+9,3	34,3	+3,5	209,5	+18,7	
1971	37,4	+7,6	36,2	+5,6	237,4	+13,3	
1972	39,1	+4,5	37,9	+4,7	263,2	+10,9	
1973	41,6	+6,3	40,7	+7,4	299,6	+13,8	
1974	44,6	+7,3	44,0	+8,0	331,4	+10,6	
1975	47,1	+5,7	46,4	+5,5	346,3	+4,5	
1976	48,7	+3,3	48,1	+3,8	374,3	+8,1	
1977	50,2	+3,1	49,4	+2,7	401,8	+7,4	
1978	52,0	+3,5	50,4	+1,9	429,0	+6,8	
1979	54,2	+4,3	53,3	+5,7	464,5	+8,3	
1980	57,1	+5,5	56,8	+6,7	504,9	+8,7	
1981	59,5	+4,2	60,3	+6,1	529,5	+4,9	
1982	62,2	+4,6	63,4	+5,0	546,2	+3,1	
1983	64,0	+2,8	65,4	+3,2	558,3	+2,2	
1984	65,3	+2,0	67,0	+2,5	580,1	+3,9	
1985	66,7	+2,1	68,0	+1,5	603,3	+4,0	
1986	68,7	+3,0	67,3	-1,1	635,4	+5,3	
1987	69,5	+1,3	67,3	-0,1	664,3	+4,5	
1988	70,7	+1,7	68,5	+1,9	692,2	+4,2	
1989	72,7	+2,9	71,1	+3,9	724,2	+4,6	
1990	75,2	+3,4	73,3	+3,0	783,6	+8,2	
1991	77,5	+3,1	75,4	+2,9	854,4	+9,0	
1992	81,6	+5,3	78,6	+4,2	927,4	+8,5	
1993	85,0	+4,1	81,5	+3,7	950,1	+2,4	
1994	86,9	+2,2	83,2	+2,1	975,6	+2,7	
1995	88,6	+2,0	84,2	+1,2	1 012,6	+3,8	
1996	89,1	+0,6	85,0	+1,0	1 021,9	+0,9	
1997	89,3	+0,2	86,1	+1,2	1 026,4	+0,4	
1998	89,9	+0,6	86,5	+0,5	1 048,3	+2,1	
1999	90,1	+0,3	86,9	+0,4	1 078,6	+2,9	

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmer	entgelte, Inland
	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahı
2000	89,7	-0,5	87,5	+0,8	1 120,5	+3,9
2001	90,9	+1,3	89,0	+1,7	1 137,7	+1,5
2002	92,1	+1,3	90,2	+1,3	1 144,8	+0,6
2003	93,2	+1,2	91,8	+1,8	1 146,2	+0,1
2004	94,2	+1,1	92,8	+1,0	1 148,4	+0,2
2005	94,8	+0,6	94,2	+1,6	1 145,9	-0,2
2006	95,1	+0,3	95,3	+1,1	1 165,3	+1,7
2007	96,7	+1,7	96,8	+1,6	1 197,1	+2,7
2008	97,5	+0,8	98,4	+1,7	1 241,3	+3,7
2009	99,3	+1,8	98,0	-0,4	1 245,7	+0,4
2010	100,0	+0,7	100,0	+2,0	1 282,0	+2,9
2011	101,1	+1,1	101,9	+1,9	1 336,7	+4,3
2012	102,7	+1,5	103,4	+1,5	1 387,6	+3,8
2013	104,8	+2,1	104,7	+1,3	1 426,2	+2,8
2014	106,6	+1,7	105,7	+0,9	1 478,8	+3,7
2015	108,7	+2,0	106,3	+0,5	1 534,9	+3,8
2016	110,4	+1,5	107,7	+1,4	1 579,0	+2,9
2017	112,4	+1,9	109,7	+1,9	1 626,9	+3,0
2018	114,5	+1,9	111,8	+1,9	1 676,6	+3,1
2019	116,6	+1,9	113,9	+1,9	1 727,3	+3,0

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoi	nlandsprodukt	(real)	
	Erwerbstä	tige im Inland ¹	Erwerbsquote ²	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote ³	gesamt	je Erwerbs- tätigem	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote ⁴
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p. a.	in%	in Mio.	in%	Verä	Veränderung in % p. a.		in%
1991	38,8		51,3	2,2	5,3				24,9
1992	38,3	-1,3	50,7	2,6	6,3	+1,9	+3,3	+2,5	25,0
1993	37,8	-1,3	50,3	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,9	23,9
1994	37,8	+0,0	50,5	3,3	8,0	+2,5	+2,4	+2,7	23,9
1995	38,0	+0,4	50,3	3,2	7,8	+1,7	+1,3	+1,9	23,3
1996	38,0	+0,0	50,5	3,5	8,4	+0,8	+0,8	+1,9	22,8
1997	37,9	-0,1	50,7	3,8	9,0	+1,8	+1,9	+2,6	22,4
1998	38,4	+1,2	51,2	3,7	8,8	+2,0	+0,7	+1,1	22,6
1999	39,0	+1,6	51,5	3,4	8,0	+2,0	+0,4	+1,4	22,9
2000	39,9	+2,3	52,2	3,1	7,3	+3,0	+0,7	+2,6	23,0
2001	39,8	-0,3	51,9	3,1	7,2	+1,7	+2,0	+2,7	21,7
2002	39,6	-0,4	52,0	3,4	7,9	+0,0	+0,5	+1,2	20,1
2003	39,2	-1,1	52,0	3,8	8,9	-0,7	+0,4	+0,8	19,6
2004	39,3	+0,3	52,5	4,1	9,5	+1,2	+0,8	+1,0	19,2
2005	39,3	-0,0	53,0	4,5	10,3	+0,7	+0,7	+1,5	19,1
2006	39,6	+0,8	53,0	4,1	9,4	+3,7	+2,9	+1,9	19,7
2007	40,3	+1,7	53,2	3,5	7,9	+3,3	+1,5	+1,5	20,1
2008	40,9	+1,3	53,4	3,0	6,9	+1,1	-0,3	+0,2	20,3
2009	40,9	+0,1	53,7	3,1	7,1	-5,6	-5,7	-2,6	19,1
2010	41,0	+0,3	53,6	2,8	6,4	+4,1	+3,8	+2,5	19,3
2011	41,6	+1,3	53,7	2,4	5,5	+3,6	+2,2	+2,0	20,2
2012	42,0	+1,1	54,0	2,2	5,0	+0,4	-0,7	+0,6	20,0
2013	42,3	+0,6	54,1	2,2	4,9	+0,1	-0,5	+0,4	19,8
2014	42,6	+0,8	54,2	2,1	4,7	+1,6	+0,8	+0,1	20,0
2009/04	40,1	+0,8	53,1	3,7	8,5	+0,6	-0,2	+0,5	19,6
2014/09	41,7	+0,8	53,9	2,5	5,6	+1,9	+1,1	+1,1	19,7

¹Erwerbstätige im Inland nach ESVG 2010.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2\,}Erwerbspersonen\,(inländische\,Erwerbstätige + Erwerbslose\,[ILO])\,in\,\%\,der\,Wohnbev\"{o}lkerung\,nach\,ESVG\,2010.$

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 2010.

⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2010=100)	Lohnstück- kosten²
Jahr			١	/eränderung in % p. a			
1991							
1992	+7,3	+5,3	+3,4	+4,4	+4,2	+5,1	+6,9
1993	+3,1	+4,1	+2,0	+3,7	+3,7	+4,5	+4,1
1994	+4,7	+2,2	+1,0	+2,0	+2,1	+2,6	+0,7
1995	+3,7	+2,0	+1,7	+1,6	+1,3	+1,8	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,3	+0,7	+1,0	+1,4	+0,5
1997	+2,1	+0,2	-1,7	+0,6	+1,3	+2,0	-0,9
1998	+2,6	+0,6	+1,9	+0,1	+0,5	+1,0	+0,3
1999	+2,3	+0,3	+0,8	+0,1	+0,4	+0,6	+1,0
2000	+2,5	-0,5	-4,3	+0,8	+0,8	+1,4	+0,6
2001	+3,0	+1,3	+0,1	+1,2	+1,7	+2,0	-0,3
2002	+1,4	+1,3	+2,0	+0,8	+1,3	+1,4	+0,6
2003	+0,5	+1,2	+1,2	+0,9	+1,8	+1,1	+1,1
2004	+2,3	+1,1	+0,2	+1,1	+1,0	+1,6	-0,5
2005	+1,3	+0,6	-1,8	+1,2	+1,6	+1,6	-0,4
2006	+4,0	+0,3	-1,6	+0,9	+1,1	+1,5	-2,4
2007	+5,0	+1,7	+0,2	+1,7	+1,6	+2,3	-0,8
2008	+1,9	+0,8	-1,7	+1,5	+1,7	+2,6	+2,5
2009	-4,0	+1,8	+4,6	+0,3	-0,4	+0,3	+6,9
2010	+4,9	+0,7	-2,3	+1,6	+2,0	+1,1	-1,5
2011	+4,8	+1,1	-2,4	+2,1	+1,9	+2,1	+0,4
2012	+1,9	+1,5	-0,5	+1,7	+1,5	+2,0	+3,1
2013	+2,2	+2,1	+1,5	+1,6	+1,2	+1,5	+2,2
2014	+3,4	+1,7	+1,2	+1,3	+0,9	+0,9	+1,7
2009/04	+1,6	+1,0	-0,1	+1,1	+1,1	+1,7	+1,1
2014/09	+3,4	+1,4	-0,5	+1,6	+1,5	-1,5	+1,2

 $^{^{1}} Einschließlich \ private \ Organisationen \ ohne \ Erwerbszweck.$

 $Quellen: Statistisches \, Bundesamt; \, eigene \, Berechnungen.$

 $^{^2} Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbst \"atigenstunde (Inlandskonzept).$

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderur	ng in % p. a.	in Mr	rd.€		Anteile	am BIP in %	
1991			-8,1	-24,5	23,7	24,2	-0,5	-1,6
1992	+0,7	+0,9	-8,9	-20,1	22,3	22,8	-0,5	-1,2
1993	-5,7	-8,2	1,1	-16,6	20,4	20,3	0,1	-1,0
1994	+8,7	+8,0	3,6	-27,8	21,1	20,9	0,2	-1,5
1995	+8,0	+6,7	8,9	-25,1	22,0	21,5	0,5	-1,3
1996	+5,6	+4,0	15,8	-15,2	22,9	22,1	0,8	-0,8
1997	+13,2	+11,9	23,3	-10,4	25,4	24,2	1,2	-0,5
1998	+6,9	+6,5	26,7	-14,9	26,5	25,2	1,3	-0,7
1999	+4,6	+7,2	14,7	-29,2	27,1	26,4	0,7	-1,4
2000	+16,9	+19,0	5,7	-31,5	30,9	30,6	0,3	-1,5
2001	+6,5	+1,5	38,4	-10,3	31,9	30,1	1,8	-0,5
2002	+3,6	-5,1	96,7	38,2	32,6	28,2	4,4	1,7
2003	+0,5	+3,1	81,3	36,0	32,6	29,0	3,7	1,6
2004	+11,2	+7,5	114,4	102,4	35,5	30,4	5,0	4,5
2005	+7,9	+8,9	116,3	107,4	37,8	32,7	5,1	4,7
2006	+13,5	+14,2	126,6	140,8	41,2	35,9	5,3	5,9
2007	+9,6	+6,4	166,9	175,5	43,1	36,4	6,6	7,0
2008	+3,0	+5,1	152,8	147,0	43,5	37,5	6,0	5,7
2009	-16,5	-15,8	121,2	146,3	37,8	32,9	4,9	6,0
2010	+17,2	+18,2	133,6	153,1	42,3	37,1	5,2	5,9
2011	+11,0	+12,8	130,4	164,9	44,8	40,0	4,8	6,1
2012	+4,4	+2,1	161,7	199,6	45,9	40,0	5,9	7,3
2013	+1,4	+1,4	163,3	196,1	45,6	39,8	5,8	7,0
2014	+3,5	+1,9	186,5	228,8	45,6	39,2	6,4	7,9
2009/04	+2,9	+3,2	133,0	136,6	39,8	34,3	5,5	5,6
2014/09	+7,3	+7,1	149,4	181,5	+43,7	38,2	5,5	6,7

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen		Arbeitnehmer- entgelte	Lohn	quote	Bruttolöhne und -gehälter (je	Reallöhne (je
		einkommen	(Inländer)	unbereinigt ¹	bereinigt ²	Arbeitnehmer)	Arbeitnehmer) ³
Jahr	Ve	eränderung in % p. :	а.	ir	1%	Veränderur	ng in % p. a.
1991				70,0	70,0		
1992	+6,6	+2,2	+8,4	71,2	71,4	+10,2	+4,2
1993	+1,5	-0,5	+2,3	71,8	72,2	+4,3	+0,9
1994	+3,7	+6,4	+2,6	71,1	71,6	+1,9	-1,9
1995	+3,9	+4,5	+3,6	70,9	71,5	+3,0	-0,6
1996	+1,3	+2,4	+0,9	70,6	71,4	+1,2	+0,5
1997	+1,6	+4,2	+0,4	69,8	70,7	+0,0	-2,5
1998	+2,0	+1,6	+2,1	69,9	70,8	+0,9	+0,5
1999	+1,3	-2,4	+2,9	71,0	71,8	+1,3	+1,4
2000	+2,3	-1,6	+3,9	72,1	72,8	+1,0	+1,5
2001	+2,7	+5,8	+1,5	71,2	72,0	+2,3	+1,7
2002	+0,7	+0,7	+0,7	71,2	72,1	+1,4	-0,1
2003	+0,4	+1,2	+0,2	71,0	72,1	+1,2	-1,5
2004	+4,9	+16,4	+0,2	67,8	69,1	+0,5	+1,1
2005	+1,5	+5,1	-0,2	66,7	68,2	+0,3	-1,3
2006	+5,6	+13,2	+1,8	64,3	65,9	+0,7	-1,3
2007	+4,0	+6,1	+2,8	63,6	65,0	+1,4	-0,6
2008	+0,9	-4,1	+3,7	65,4	66,7	+2,4	+0,1
2009	-4,1	-12,6	+0,4	68,4	69,8	-0,1	+0,5
2010	+5,6	+11,2	+3,0	66,8	68,1	+2,5	+1,9
2011	+5,4	+7,7	+4,3	66,0	67,3	+3,3	+0,5
2012	+1,4	-3,3	+3,8	67,6	68,9	+2,8	+1,1
2013	+2,2	+0,9	+2,8	68,0	69,1	+2,1	+0,6
2014	+3,9	+4,1	+3,8	67,9	68,8	+2,7	+1,5
2009/04	+1,5	+1,1	+1,7	66,0	67,5	+1,0	-0,5
2014/09	+3,7	+4,0	+3,5	+67,5	68,7	+2,7	+1,1

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

 $\label{thm:condition} Quellen: Statistisches \ Bundesamt; \ eigene \ Berechnungen.$

 $^{^{\}rm 2}$ Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck).

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

				jährlich	e Veränderung	gen in %			
Land	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	1,7	3,1	0,7	4,0	0,4	0,1	1,6	1,9	2,0
Belgien	22,9	3,7	1,8	2,3	0,1	0,3	1,0	1,1	1,5
Estland	6,5	9,9	8,9	3,3	4,7	1,6	2,1	2,3	2,9
Finnland	4,0	5,3	2,9	3,4	-1,4	-1,3	-0,1	0,3	1,0
Frankreich	2,0	3,7	1,8	1,7	0,3	0,3	0,4	1,1	1,7
Griechenland	-	4,5	2,3	-4,9	-6,6	-3,9	0,8	0,5	2,9
Irland	-	10,6	6,1	-1,1	-0,3	0,2	4,8	3,6	3,5
Italien	2,9	3,7	0,9	1,7	-2,8	-1,7	-0,4	0,6	1,4
Lettland	-0,6	5,3	10,1	-1,3	4,8	4,2	2,4	2,3	3,2
Litauen	-	3,6	7,8	1,6	3,8	3,3	2,9	2,8	3,3
Luxemburg	-	8,4	5,3	3,1	-0,2	2,0	3,1	3,4	3,5
Malta	-	-	3,6	4,3	2,5	2,7	3,5	3,6	3,2
Niederlande	3,1	3,9	2,0	1,5	-1,6	-0,7	0,9	1,6	1,7
Österreich	2,7	3,7	2,4	1,8	0,9	0,2	0,3	0,8	1,5
Portugal	-	3,9	0,8	1,9	-4,0	-1,6	0,9	1,6	1,8
Slowakei	7,9	1,4	6,7	4,4	1,6	1,4	2,4	3,0	3,4
Slowenien	7,4	4,3	4,0	1,3	-2,6	-1,0	2,6	2,3	2,1
Spanien	5,0	5,0	3,6	-0,2	-2,1	-1,2	1,4	2,8	2,6
Zypern	-	5,0	3,9	1,3	-2,4	-5,4	-2,3	-0,5	1,4
Euroraum	-	3,8	1,7	2,0	-0,8	-0,4	0,9	1,5	1,9
Bulgarien	-	5,7	6,4	0,4	0,5	1,1	1,7	1,0	1,3
Dänemark	3,1	3,5	2,4	1,4	-0,7	-0,5	1,1	1,8	2,1
Kroatien	-	3,8	4,3	-2,3	-2,2	-0,9	-0,4	0,3	1,2
Polen	-	4,3	3,6	3,9	1,8	1,7	3,4	3,3	3,4
Rumänien	7,1	2,4	4,2	-1,1	0,6	3,4	2,8	2,8	3,3
Schweden	3,9	4,5	3,2	6,6	-0,3	1,3	2,1	2,5	2,8
Tschechien	6,2	4,2	6,8	2,5	-0,8	-0,7	2,0	2,5	2,6
Ungarn	-	4,2	4,0	1,1	-1,5	1,5	3,6	2,8	2,2
Vereinigtes Königreich	3,5	4,4	3,2	1,7	0,7	1,7	2,8	2,6	2,4
EU	-	3,9	2,2	2,0	-0,5	0,0	1,4	1,8	2,1
USA	2,7	4,1	3,3	2,5	2,3	2,2	2,4	3,1	3,0
Japan	1,9	2,3	1,3	4,7	1,8	1,6	0,0	1,1	1,4

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2012: Eurostat.

Für die Jahre ab 2013: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2015.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

land			jährliche Verä	inderung in %		
Land	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	+2,5	+2,1	+1,6	+0,8	+0,3	+1,8
Belgien	+3,4	+2,6	+1,2	+0,5	+0,3	+1,3
Estland	+5,1	+4,2	+3,2	+0,5	+0,2	+1,9
Finnland	+3,3	+3,2	+2,2	+1,2	+0,2	+1,3
Frankreich	+2,3	+2,2	+1,0	+0,6	+0,0	+1,0
Griechenland	+3,1	+1,0	-0,9	-1,4	-1,5	+0,8
Irland	+1,2	+1,9	+0,5	+0,3	+0,4	+1,5
Italien	+2,9	+3,3	+1,3	+0,2	+0,2	+1,8
Lettland	+4,2	+2,3	+0,0	+0,7	+0,7	+2,2
Litauen	+4,1	+3,2	+1,2	+0,2	-0,4	+1,7
Luxemburg	+3,7	+2,9	+1,7	+0,7	+0,8	+2,1
Malta	+2,5	+3,2	+1,0	+0,8	+1,3	+1,9
Niederlande	+2,5	+2,8	+2,6	+0,3	+0,2	+1,3
Österreich	+3,6	+2,6	+2,1	+1,5	+0,8	+1,9
Portugal	+3,6	+2,8	+0,4	-0,2	+0,2	+1,3
Slowakei	+4,1	+3,7	+1,5	-0,1	-0,2	+1,4
Slowenien	+2,1	+2,8	+1,9	+0,4	+0,1	+1,7
Spanien	+3,1	+2,4	+1,5	-0,2	-0,6	+1,1
Zypern	+3,5	+3,1	+0,4	-0,3	-0,8	+0,9
Euroraum	+2,7	+2,5	+1,4	+0,4	+0,1	+1,5
Bulgarien	+3,4	+2,4	+0,4	-1,6	-0,5	+1,0
Dänemark	+2,7	+2,4	+0,5	+0,3	+0,6	+1,7
Kroatien	+2,2	+3,4	+2,3	+0,2	+0,1	+1,3
Polen	+3,9	+3,7	+0,8	+0,1	-0,4	+1,1
Rumänien	+5,8	+3,4	+3,2	+1,4	+0,2	+0,9
Schweden	+1,4	+0,9	+0,4	+0,2	+0,7	+1,6
Tschechien	+2,1	+3,5	+1,4	+0,4	+0,2	+1,4
Ungarn	+3,9	+5,7	+1,7	+0,0	+0,0	+2,5
Vereinigtes Königreich	+4,5	+2,8	+2,6	+1,5	+0,4	+1,6
EU	+3,1	+2,6	+1,5	+0,6	+0,1	+1,5
USA	+3,1	+2,1	+1,5	+1,6	+0,4	+2,2
Japan	-0,3	+0,0	+0,4	+2,7	+0,5	+0,9

Quelle: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2015.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

				in % der ziv	ilen Erwerbsbe	evölkerung			
Land	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	8,2	7,9	11,2	7,0	5,4	5,2	5,0	4,6	4,4
Belgien	9,7	6,9	8,5	8,3	7,6	8,4	8,5	8,4	8,1
Estland	-	14,6	8,0	16,7	10,0	8,6	7,4	6,2	5,8
Finnland	15,4	9,8	8,4	8,4	7,7	8,2	8,7	9,1	9,0
Frankreich	10,2	8,6	8,9	9,3	9,8	10,3	10,3	10,3	10,0
Griechenland	-	11,2	10,0	12,7	24,5	27,5	26,5	25,4	23,2
Irland	12,3	4,2	4,4	13,9	14,7	13,1	11,3	9,6	9,2
Italien	11,2	10,0	7,7	8,4	10,7	12,1	12,7	12,4	12,4
Lettland	-	14,3	10,0	19,5	15,0	11,9	10,8	10,4	9,4
Litauen	-	16,4	8,3	17,8	13,4	11,8	10,7	9,9	9,1
Luxemburg	2,9	2,2	4,6	4,6	5,1	5,9	5,9	5,7	5,4
Malta	-	6,7	6,9	6,9	6,3	6,4	5,9	5,9	5,9
Niederlande	8,3	3,7	5,9	5,0	5,8	7,3	7,4	7,1	6,9
Österreich	4,2	3,9	5,6	4,8	4,9	5,4	5,6	5,8	5,7
Portugal	7,9	5,1	8,8	12,0	15,8	16,4	14,1	13,4	12,6
Slowakei	-	18,9	16,4	14,5	14,0	14,2	13,2	12,1	10,8
Slowenien	-	6,7	6,5	7,3	8,9	10,1	9,7	9,4	9,2
Spanien	20,7	11,9	9,2	19,9	24,8	26,1	24,5	22,4	20,5
Zypern	-	4,8	5,3	6,3	11,9	15,9	16,1	16,2	15,2
Euroraum	-	8,9	9,1	10,2	11,4	12,0	11,6	11,0	10,5
Bulgarien	-	16,4	10,1	10,3	12,3	13,0	11,4	10,4	9,8
Dänemark	6,7	4,3	4,8	7,5	7,5	7,0	6,6	6,2	5,9
Kroatien	-	15,8	13,0	11,7	16,0	17,3	17,3	17,0	16,6
Polen	-	16,1	17,9	9,7	10,1	10,3	9,0	8,4	7,9
Rumänien	-	7,6	7,1	7,0	6,8	7,1	6,8	6,6	6,4
Schweden	8,8	5,6	7,7	8,6	8,0	8,0	7,9	7,7	7,6
Tschechien	4,0	8,8	7,9	7,3	7,0	7,0	6,1	5,6	5,5
Ungarn	-	6,3	7,2	11,2	11,0	10,2	7,7	6,8	6,0
Vereinigtes Königreich	8,5	5,4	4,8	7,8	7,9	7,6	6,1	5,4	5,3
EU	-	8,9	9,0	9,6	10,5	10,9	10,2	9,6	9,2
USA	5,6	4,0	5,1	9,6	8,1	7,4	6,2	5,4	5,0
Japan	3,1	4,7	4,4	5,0	4,3	4,0	3,6	3,6	3,5

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2012: Eurostat.

Für die Jahre ab 2013: EU-Kommission, Frühjahrsrprognose, Mai 2015.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Real	es Bruttoiı	nlandsprod	dukt		Verbrauc	herpreise			Leistung	gsbilanz	
			Verände	erung gege	enüber Vor	jahr in %			Е	in % des n Bruttoinlar	ominalen idprodukts	i
	2013	2014	2015 ¹	2016 ¹	2013	2014	2015 ¹	2016 ¹	2013	2014	2015 ¹	2016 1
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	+2,2	+1,0	-2,6	+0,3	+6,4	+8,1	+16,8	+9,4	0,6	2,2	2,5	3,7
darunter												
Russische Föderation	+1,3	+0,6	-3,8	-1,1	+6,8	+7,8	+17,9	+9,8	1,6	3,1	5,4	6,3
Ukraine	+0,0	-6,8	-5,5	+2,0	-0,3	+12,1	+33,5	+10,6	-9,2	-4,0	-1,4	-1,3
Asien	+7,0	+6,8	+6,6	+6,4	+4,8	+3,5	+3,0	+3,1	1,0	1,3	2,1	2,0
darunter												
China	+7,8	+7,4	+6,8	+6,3	+2,6	+2,0	+1,2	+1,5	1,9	2,0	3,2	3,2
Indien	+6,9	+7,2	+7,5	+7,5	+10,0	+6,0	+6,1	+5,7	-1,7	-1,4	-1,3	-1,6
Indonesien	+5,6	+5,0	+5,2	+5,5	+6,4	+6,4	+6,8	+5,8	-3,2	-3,0	-3,0	-2,9
Malaysia	+4,7	+6,0	+4,8	+4,9	+2,1	+3,1	+2,7	+3,0	4,0	4,6	2,1	1,4
Thailand	+2,9	+0,7	+3,7	+4,0	+2,2	+1,9	+0,3	+2,4	-0,6	3,8	4,4	2,4
Lateinamerika	+2,9	+1,3	+0,9	+2,0	+7,1				-2,8	-2,8	-3,2	-3,0
darunter												
Argentinien	+2,9	+0,5	-0,3	+0,1	+10,6		+18,6	+23,2	-0,8	-0,9	-1,7	-1,8
Brasilien	+2,7	+0,1	-1,0	+1,0	+6,2	+6,3	+7,8	+5,9	-3,4	-3,9	-3,7	-3,4
Chile	+4,3	+1,8	+2,7	+3,3	+1,9	+4,4	+3,0	+3,0	-3,7	-1,2	-1,2	-2,0
Mexiko	+1,4	+2,1	+3,0	+3,3	+3,8	+4,0	+3,2	+3,0	-2,4	-2,1	-2,2	-2,2
Sonstige												
Türkei	+4,1	+2,9	+3,1	+3,6	+7,5	+8,9	+6,6	+6,5	-7,9	-5,7	-4,2	-4,8
Südafrika	+2,2	+1,5	+2,0	+2,1	+5,8	+6,1	+4,5	+5,6	-5,8	-5,4	-4,6	-4,

¹Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook, April 2015.

Kennzahlen zur gesamt wirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 9: Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	13. Juli 2015	2014	zu Ende 2014	2014/2015	2014/2015
Dow Jones	17 978	17 823	0,87	15 373	18 312
Euro Stoxx 50	3 590	3146	14,13	2 875	3 829
Dax	11 484	9 806	17,12	8 572	12 375
CAC 40	4 998	4 273	16,97	3 919	5 269
Nikkei	20 090	17 451	15,12	13 910	20 868
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	13. Juli 2015	2014	US-Bond	2014/2015	2014/2015
USA	2,47	2,18	-	1,65	3,02
Deutschland	0,86	0,54	-1,61	0,08	1,96
Japan	0,45	0,33	-2,02	0,21	0,73
Vereinigtes Königreich	2,13	1,76	-0,34	1,33	3,08
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	13. Juli 2015	2014	zu Ende 2014	2014/2015	2014/2015
US-Dollar/Euro	1,10	1,21	-8,69	1,06	1,40
Yen/US-Dollar	123,42	119,68	3,13	100,97	125,61
Yen/Euro	136,30	145,23	-6,15	126,52	149,03
Pfund/Euro	0,71	0,78	-8,78	0,70	0,84

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-28

		BIP	(real)			Verbraud	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Deutschland												
EU-KOM	+0,1	+1,6	+1,9	+2,0	+1,6	+0,8	+0,3	+1,8	5,2	5,0	4,6	4,4
OECD	+0,2	+1,6	+1,6	+2,3	+1,6	+0,8	+0,2	+1,8	5,2	5,0	4,7	4,5
IWF	+0,2	+1,6	+1,6	+1,7	+1,6	+0,8	+0,2	+1,3	5,2	5,0	4,9	4,8
USA												
EU-KOM	+2,2	+2,4	+3,1	+3,0	+1,5	+1,6	+0,4	+2,2	7,4	6,2	5,4	5,0
OECD	+2,2	+2,4	+2,0	+2,8	+1,5	+1,6	+0,0	+1,8	7,4	6,2	5,5	5,2
IWF	+2,2	+2,4	+3,1	+3,1	+1,5	+1,6	+0,1	+1,5	7,4	6,2	5,5	5,2
Japan												
EU-KOM	+1,6	+0,0	+1,1	+1,4	+0,4	+2,7	+0,5	+0,9	4,0	3,6	3,6	3,5
OECD	+1,6	-0,1	+0,7	+1,4	+0,4	+2,7	+0,7	+1,1	4,0	3,6	3,5	3,3
IWF	+1,6	-0,1	+1,0	+1,2	+0,4	+2,7	+1,0	+0,9	4,0	3,6	3,7	3,7
Frankreich												
EU-KOM	+0,3	+0,4	+1,1	+1,7	+1,0	+0,6	+0,0	+1,0	10,3	10,3	10,3	10,0
OECD	+0,7	+0,2	+1,1	+1,7	+1,0	+0,6	+0,1	+1,1	9,9	9,8	10,1	10,0
IWF	+0,3	+0,4	+1,2	+1,5	+1,0	+0,6	+0,1	+0,8	10,3	10,2	10,1	9,9
Italien												
EU-KOM	-1,7	-0,4	+0,6	+1,4	+1,3	+0,2	+0,2	+1,8	12,1	12,7	12,4	12,4
OECD	-1,7	-0,4	+0,6	+1,5	+1,3	+0,2	+0,2	+1,3	12,2	12,7	12,7	12,1
IWF	-1,7	-0,4	+0,5	+1,1	+1,3	+0,2	+0,0	+0,8	12,2	12,8	12,6	12,3
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	+1,7	+2,8	+2,6	+2,4	+2,6	+1,5	+0,4	+1,6	7,6	6,1	5,4	5,3
OECD	+1,7	+2,8	+2,4	+2,3	+2,6	+1,5	-0,0	+1,7	7,6	6,2	5,4	5,1
IWF	+1,7	+2,6	+2,7	+2,3	+2,6	+1,5	+0,1	+1,7	7,6	6,2	5,4	5,4
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	+2,0	+2,4	+1,5	+2,3	+1,0	+1,9	+1,0	+2,0	7,1	6,9	6,7	6,5
IWF	+2,0	+2,5	+2,2	+2,0	+1,0	+1,9	+0,9	+2,0	7,1	6,9	7,0	6,9
Euroraum												
EU-KOM	-0,4	+0,9	+1,5	+1,9	+1,4	+0,4	+0,1	+1,5	12,0	11,6	11,0	10,5
OECD	-0,3	+0,9	+1,4	+2,1	+1,3	+0,4	+0,0	+1,3	11,9	11,5	11,1	10,5
IWF	-0,5	+0,8	+1,2	+1,4	+1,3	+0,5	+0,9	+1,2	11,9	11,6	11,2	10,7
EU-28												
EU-KOM	+0,0	+1,4	+1,8	+2,1	+1,5	+0,6	+0,1	+1,5	10,9	10,2	9,6	9,2
IWF	+0,2	+1,4	+1,8	+2,0	+1,5	+0,7	+1,1	+1,5	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2015.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2015.

Kennzahlen zur gesamt wirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbraud	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Belgien												
EU-KOM	+0,3	+1,0	+1,1	+1,5	+1,2	+0,5	+0,3	+1,3	8,4	8,5	8,4	8,1
OECD	+0,3	+1,1	+1,3	+1,8	+1,2	+0,5	+0,0	+1,3	8,4	8,5	8,5	8,1
IWF	+0,3	+1,0	+1,3	+1,5	+1,2	+0,5	+0,1	+0,9	8,4	8,5	8,4	8,2
Estland												
EU-KOM	+1,6	+2,1	+2,3	+2,9	+3,2	+0,5	+0,2	+1,9	8,6	7,4	6,2	5,8
OECD	+1,6	+2,1	+2,1	+3,3	+3,2	+0,5	+0,1	+1,8	8,6	7,3	6,5	6,1
IWF	+1,6	+2,1	+2,5	+3,4	+3,2	+0,5	+0,4	+1,7	8,6	7,0	7,0	6,8
Finnland												
EU-KOM	-1,3	-0,1	+0,3	+1,0	+2,2	+1,2	+0,2	+1,3	8,2	8,7	9,1	9,0
OECD	-1,3	-0,1	+0,4	+1,3	+2,2	+1,2	+0,2	+0,7	8,2	8,7	8,8	8,7
IWF	-1,3	-0,1	+0,8	+1,4	+2,2	+1,2	+0,6	+1,6	8,1	8,6	8,7	8,5
Griechenland												
EU-KOM	-3,9	+0,8	+0,5	+2,9	-0,9	-1,4	-1,5	+0,8	27,5	26,5	25,4	23,2
OECD	-4,0	+0,7	+0,1	+2,3	-0,9	-1,4	-1,4	+0,3	27,5	26,5	25,7	24,7
IWF	-3,9	+0,8	+2,5	+3,7	-1,0	-1,4	-0,3	+0,3	27,5	26,5	24,8	22,1
Irland			7-	-,	,,	,					,,	,
EU-KOM	+0,2	+4,8	+3,6	+3,5	+0,5	+0,3	+0,4	+1,5	13,1	11,3	9,6	9,2
OECD	+0,2	+4,8	+3,5	+3,3	+0,5	+0,3	+0,1	+1,7	13,1	11,3	9,9	9,2
IWF	+0,2	+4,8	+3,9	+3,3	+0,5	+0,3	+0,2	+1,5	13,0	11,3	9,8	8,8
Lettland	10,2	1 4,0	13,3	13,3	10,5	10,5	10,2	11,3	13,0	11,5	3,0	0,0
EU-KOM	+4,2	+2,4	+2,3	+3,2	+0,0	+0,7	+0,7	+2,2	11,9	10,8	10,4	9,4
OECD	+4,2	+2,5	+3,2	+3,9	+0,0	+0,7	+0,5	+2,4	11,9	10,8	10,0	9,1
IWF	+4,2		+2,3	+3,3								
	T4,2	+2,4	T2,3	+3,3	+0,0	+0,7	+0,5	+1,7	11,9	10,8	10,4	10,2
Litauen ¹	12.2	12.0	12.0	12.2	112	10.2	0.4	117	11.0	10.7	0.0	0.1
EU-KOM	+3,3	+2,9	+2,8	+3,3	+1,2	+0,2	-0,4	+1,7	11,8	10,7	9,9	9,1
OECD	-	-		-			-	-	-	-	-	-
IWF	+3,3	+2,9	+2,8	+3,2	+1,2	+0,2	-0,3	+2,0	11,8	10,7	10,6	10,5
Luxemburg												
EU-KOM	+2,0	+3,1	+3,4	+3,5	+1,7	+0,7	+0,8	+2,1	5,9	5,9	5,7	5,4
OECD	+2,0	+3,0	+2,7	+2,9	+1,7	+0,7	+0,1	+1,5	6,9	7,1	7,1	7,0
IWF	+2,0	+2,9	+2,5	+2,3	+1,7	+0,7	+0,5	+1,6	6,9	7,1	6,9	6,7
Malta												
EU-KOM	+2,7	+3,5	+3,6	+3,2	+1,0	+0,8	+1,3	+1,9	6,4	5,9	5,9	5,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+2,7	+3,6	+3,2	+2,7	+1,0	+0,8	+1,1	+1,4	6,4	5,9	6,1	6,3
Niederlande												
EU-KOM	-0,7	+0,9	+1,6	+1,7	+2,6	+0,3	+0,2	+1,3	7,3	7,4	7,1	6,9
OECD	-0,7	+0,9	+2,0	+2,2	+2,6	+0,3	+0,1	+1,4	7,3	7,4	6,9	6,5
IWF	-0,7	+0,9	+1,6	+1,6	+2,6	+0,3	-0,1	+0,9	7,3	7,4	7,2	7,0
Österreich												
EU-KOM	+0,2	+0,3	+0,8	+1,5	+2,1	+1,5	+0,8	+1,9	5,4	5,6	5,8	5,7
OECD	+0,1	+0,4	+0,6	+1,7	+2,1	+1,5	+0,6	+1,6	5,4	5,7	5,8	5,7
IWF	+0,2	+0,3	+0,9	+1,6	+2,1	+1,5	+1,1	+1,5	4,9	5,0	5,1	5,0

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Portugal												
EU-KOM	-1,6	+0,9	+1,6	+1,8	+0,4	-0,2	+0,2	+1,3	16,4	14,1	13,4	12,6
OECD	-1,6	+0,9	+1,6	+1,8	+0,4	-0,2	+0,1	+0,7	16,2	13,9	13,2	12,6
IWF	-1,6	+0,9	+1,6	+1,5	+0,4	-0,2	+0,6	+1,3	16,2	13,9	13,1	12,6
Slowakei												
EU-KOM	+1,4	+2,4	+3,0	+3,4	+1,5	-0,1	-0,2	+1,4	14,2	13,2	12,1	10,8
OECD	+1,4	+2,4	+3,0	+3,4	+1,5	-0,1	-0,2	+1,4	14,2	13,2	12,4	11,6
IWF	+1,4	+2,4	+2,9	+3,3	+1,5	-0,1	+0,0	+1,4	14,3	13,2	12,4	11,7
Slowenien												
EU-KOM	-1,0	+2,6	+2,3	+2,1	+1,9	+0,4	+0,1	+1,7	10,1	9,7	9,4	9,2
OECD	-1,0	+2,6	+2,1	+1,9	+1,9	+0,4	-0,5	+0,7	10,1	9,7	9,4	9,1
IWF	-1,0	+2,6	+2,1	+1,9	+1,8	+0,2	-0,4	+0,7	10,1	9,8	9,0	8,3
Spanien												
EU-KOM	-1,2	+1,4	+2,8	+2,6	+1,5	-0,2	-0,6	+1,1	26,1	24,5	22,4	20,5
OECD	-1,2	+1,4	+2,9	+2,8	+1,5	-0,2	-0,7	+0,7	26,1	24,4	22,3	20,3
IWF	-1,2	+1,4	+2,5	+2,0	+1,5	-0,2	-0,7	+0,7	26,1	24,5	22,6	21,1
Zypern												
EU-KOM	-5,4	-2,3	-0,5	+1,4	+0,4	-0,3	-0,8	+0,9	15,9	16,1	16,2	15,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-5,4	-2,3	+0,2	+1,4	+0,4	-0,3	-1,0	+0,9	15,9	16,2	15,9	14,9

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2015.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2015.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbraud	herpreise		Arbeitslosenquote			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Bulgarien												
EU-KOM	+1,1	+1,7	+1,0	+1,3	+0,4	-1,6	-0,5	+1,0	13,0	11,4	10,4	9,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+1,1	+1,7	+1,2	+1,5	+0,4	-1,6	-1,0	+0,6	13,0	11,5	10,9	10,3
Dänemark												
EU-KOM	-0,5	+1,1	+1,8	+2,1	+0,5	+0,3	+0,6	+1,7	7,0	6,6	6,2	5,9
OECD	-0,5	+1,1	+1,9	+2,3	+0,8	+0,6	+0,5	+1,2	7,0	6,5	6,2	6,2
IWF	-0,5	+1,0	+1,6	+2,0	+0,8	+0,6	+0,8	+1,6	7,0	6,5	6,2	5,5
Kroatien												
EU-KOM	-0,9	-0,4	+0,3	+1,2	+2,3	+0,2	+0,1	+1,3	17,3	17,3	17,0	16,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,9	-0,4	+0,5	+1,0	+2,2	-0,2	-0,9	+0,9	17,0	17,1	17,3	16,9
Polen												
EU-KOM	+1,7	+3,4	+3,3	+3,4	+0,8	+0,1	-0,4	+1,1	10,3	9,0	8,4	7,9
OECD	+1,7	+3,4	+3,5	+3,7	+1,0	+0,1	-0,5	+1,3	10,3	9,0	7,8	7,4
IWF	+1,7	+3,3	+3,5	+3,5	+0,9	-0,0	-0,8	+1,2	10,3	9,0	8,0	7,7
Rumänien												
EU-KOM	+3,4	+2,8	+2,8	+3,3	+3,2	+1,4	+0,2	+0,9	7,1	6,8	6,6	6,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+3,4	+2,9	+2,7	+2,9	+4,0	+1,1	+1,0	+2,4	7,3	6,8	6,7	6,7
Schweden												
EU-KOM	+1,3	+2,1	+2,5	+2,8	+0,4	+0,2	+0,7	+1,6	8,0	7,9	7,7	7,6
OECD	+1,3	+2,3	+2,8	+3,0	-0,0	-0,2	+0,2	+1,4	8,0	7,9	7,7	7,6
IWF	+1,3	+2,1	+2,7	+2,8	-0,0	-0,2	+0,2	+1,1	8,0	7,9	7,7	7,6
Tschechien												
EU-KOM	-0,7	+2,0	+2,5	+2,6	+1,4	+0,4	+0,2	+1,4	7,0	6,1	5,6	5,5
OECD	-0,7	+2,0	+3,1	+2,5	+1,4	+0,4	+0,2	+1,6	6,9	6,1	5,7	5,5
IWF	-0,7	+2,0	+2,5	+2,7	+1,4	+0,4	-0,1	+1,3	7,0	6,1	6,1	5,7
Ungarn												
EU-KOM	+1,5	+3,6	+2,8	+2,2	+1,7	+0,0	+0,0	+2,5	10,2	7,7	6,8	6,0
OECD	+1,7	+3,6	+3,0	+2,2	+1,7	-0,2	-0,2	+2,7	10,2	7,7	6,9	6,2
IWF	+1,5	+3,6	+2,7	+2,3	+1,7	-0,3	+0,0	+2,3	10,2	7,8	7,6	7,4

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2015.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2015.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-28

	Öf	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	te	Leistungsbilanzsaldo			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Deutschland												
EU-KOM	0,1	0,7	0,6	0,5	77,1	74,7	71,5	68,2	6,9	7,6	7,9	7,7
OECD	0,1	0,6	0,5	1,1	77,0	74,6	71,0	67,2	6,6	7,8	8,5	8,3
IWF	0,1	0,6	0,3	0,4	76,9	73,1	69,5	66,6	6,7	7,5	8,4	7,9
USA												
EU-KOM	-5,6	-4,9	-4,2	-3,8	104,7	104,8	104,9	104,7	-2,5	-2,6	-2,2	-2,4
OECD	-5,7	-5,0	-4,0	-3,6	109,2	110,1	111,4	111,1	-2,4	-2,4	-2,6	-3,0
IWF	-5,8	-5,3	-4,2	-3,9	103,4	104,8	105,1	104,9	-2,4	-2,4	-2,3	-2,4
Japan												
EU-KOM	-8,5	-7,8	-7,1	-6,5	243,2	247,0	250,8	251,9	0,7	0,6	1,4	1,7
OECD	-8,5	-7,7	-6,8	-5,8	220,3	226,0	229,2	231,7	0,8	0,5	2,8	3,0
IWF	-8,5	-7,7	-6,2	-5,0	242,6	246,4	246,1	247,0	0,7	0,5	1,9	2,0
Frankreich												
EU-KOM	-4,1	-4,0	-3,8	-3,5	92,3	95,0	96,4	97,0	-2,0	-1,7	-0,9	-1,2
OECD	-4,1	-4,0	-3,8	-3,2	92,2	95,5	97,0	97,9	-1,4	-1,0	-0,5	-0,3
IWF	-4,1	-4,2	-3,9	-3,5	92,4	95,1	97,0	98,1	-1,4	-1,1	-0,1	-0,3
Italien												
EU-KOM	-2,9	-3,0	-2,6	-2,0	128,5	132,1	133,1	130,6	0,9	2,0	2,2	2,2
OECD	-2,9	-3,0	-2,6	-2,0	128,6	132,0	133,2	132,0	1,0	1,8	2,6	3,4
IWF	-2,9	-3,0	-2,6	-1,7	128,6	132,1	133,8	132,9	1,0	1,8	2,6	2,5
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-5,7	-5,7	-4,5	-3,1	87,3	89,4	89,9	90,1	-4,5	-5,5	-4,9	-4,1
OECD	-5,5	-5,3	-4,0	-2,5	87,3	89,3	91,3	91,1	-4,5	-5,5	-5,1	-4,4
IWF	-5,7	-5,7	-4,8	-3,1	87,3	89,5	91,1	91,7	-4,5	-5,5	-4,8	-4,6
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-2,7	-1,6	-1,6	-1,1	92,3	94,8	96,0	95,5	-3,0	-2,2	-3,7	-3,1
IWF	-2,8	-1,8	-1,7	-1,3	87,7	86,5	87,0	85,0	-3,0	-2,2	-2,6	-2,3
Euroraum												
EU-KOM	-2,9	-2,4	-2,0	-1,7	93,2	94,2	94,0	92,5	2,5	3,0	3,5	3,4
OECD	-2,9	-2,4	-2,1	-1,4	93,5	94,6	94,1	92,7	2,8	3,4	3,9	4,1
IWF	-3,0	-2,9	-2,5	-1,9	95,2	96,4	96,1	94,7	2,4	2,0	1,9	1,9
EU-28												
EU-KOM	-3,2	-2,9	-2,5	-2,0	87,3	88,6	88,0	86,9	1,5	1,6	1,9	1,9
IWF	-3,2	-3,0	-2,5	-1,8	88,0	89,1	88,9	87,7	1,7	1,4	1,4	1,4

Quellen

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2015, Statistical Annex.

 $OECD: Wirtschaftsausblick, Juni\ 2015.$

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2015.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	e		Leistungs	bilanzsaldo)
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Belgien												
EU-KOM	-2,9	-3,2	-2,6	-2,4	104,0	106,5	106,5	106,4	-1,5	0,4	2,1	2,2
OECD	-2,9	-3,2	-2,5	-1,6	104,4	106,6	107,2	105,7	-0,2	1,8	2,7	2,7
IWF	-2,9	-3,2	-2,9	-2,1	104,6	105,6	106,6	106,2	-0,2	1,6	2,3	2,4
Estland												
EU-KOM	-0,2	0,6	-0,2	-0,1	10,1	10,6	10,3	9,8	-0,4	0,1	-0,3	-0,5
OECD	-0,2	0,6	0,4	0,6	10,1	10,6	9,2	7,7	-1,1	-0,1	0,8	0,6
IWF	-0,5	0,4	-0,5	-0,1	10,1	9,7	10,1	10,0	-1,1	-0,1	-0,4	-0,7
Finnland												
EU-KOM	-2,5	-3,2	-3,3	-3,2	55,8	59,3	62,6	64,8	-1,9	-1,8	-0,7	-0,4
OECD	-2,5	-3,2	-3,2	-3,0	55,8	59,3	61,6	64,1	-1,8	-1,9	-0,9	-0,8
IWF	-2,3	-2,7	-2,4	-1,8	55,7	59,6	61,7	62,8	-0,9	-0,6	-0,3	-0,3
Griechenland												
EU-KOM	-12,3	-3,5	-2,1	-2,2	175,0	177,1	180,2	173,5	-2,3	-2,2	-1,6	-1,3
OECD	-12,3	-3,6	-3,4	-2,8	175,1	177,4	180,0	178,1	0,6	0,9	2,1	2,8
IWF	-2,8	-2,7	-0,8	0,7	174,9	177,2	172,7	162,4	0,6	0,9	1,4	1,
Irland												
EU-KOM	-5,8	-4,1	-2,8	-2,9	123,2	109,7	107,1	103,8	4,4	6,2	5,7	5,3
OECD	-5,8	-4,1	-2,5	-1,9	123,2	109,7	107,7	104,6	4,4	6,2	5,7	5,4
IWF	-5,7	-3,9	-2,4	-1,5	123,3	109,5	107,7	104,9	4,4	6,2	4,9	4,8
Lettland							_					
EU-KOM	-0,7	-1,4	-1,4	-1,6	38,2	40,0	37,3	40,4	-2,0	-2,9	-2,3	-3,0
OECD	-0,7	-1,4	-1,4	-1,2	38,2	40,0	36,9	39,7	-2,3	-3,1	-3,1	-3,0
IWF	-1,2	-1,7	-1,4	-1,0	35,2	37,8	37,7	37,0	-2,3	-3,1	-2,2	-3,0
Litauen ¹		,	· ·	7-		- /-			,-		,	
EU-KOM	-2,6	-0,7	-1,5	-0,9	38,8	40,9	41,7	37,3	1,5	0,6	-0,2	-1,0
OECD		-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	.,.
IWF	-2,6	-0,7	-1,4	-1,6	39,0	37,7	38,1	38,1	1,6	-0,4	0,2	-0,8
Luxemburg			· ·	7-		- /			, ,			
EU-KOM	0,9	0,6	0,0	0,3	24,0	23,6	24,9	25,3	4,9	5,3	4,6	4,6
OECD	0,9	0,6	0,1	0,4	23,6	25,1	27,0	28,5	4,9	5,7	4,1	4,4
IWF	0,6	0,5	-0,5	0,2	23,6	24,6	26,3	27,2	4,9	5,2	4,7	4,6
Malta				-,-		,-			.,.	-,-	-,-	
EU-KOM	-2,6	-2,1	-1,8	-1,5	69,2	68,0	67,2	65,4	3,0	2,9	0,6	0,4
OECD	-	_,.	-	-,5	-	-	-	-	-		-	0,
IWF	-2,7	-2,2	-1,8	-1,6	69,2	68,1	67,5	65,7	3,2	2,7	3,1	3,
Niederlande	-,-		.,0	.,0	00,2	55,1	0.,0	00,.	5,2	_,.	5,1	
EU-KOM	-2,3	-2,3	-1,7	-1,2	68,6	68,8	69,9	68,9	8,5	9,9	9,0	9,4
OECD	-2,3	-2,3	-1,8	-1,1	68,6	68,8	68,6	68,2	11,0	10,3	10,0	10,3
IWF	-2,3	-2,3	-1,4	-0,5	68,6	68,3	67,5	65,6	10,2	10,3	10,4	10,1
Österreich	-2,3	-2,3	- 1,4	-0,5	00,0	00,3	07,5	03,0	10,2	10,3	10,4	10,
EU-KOM	-1,3	-2,4	-2,0	-2,0	80,9	84,5	87,0	85,8	2,3	2,3	2,4	2,4
OECD	-1,3	-2,4	-2,3	-2,1	80,9	84,5	85,7	85,9	0,9	0,8	0,9	1,4
IWF	-1,5	-3,3	-1,7	-1,7	81,2	86,8	88,8	87,4	1,0	1,8	1,9	1,

 $^{\rm 1}\!Seit$ 1. Januar 2015 Mitglied des Euroraums.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	öffentlicher Haushaltssaldo					Staatssch	nuldenquot	te	Leistungsbilanzsaldo			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Portugal												
EU-KOM	-4,8	-4,5	-3,1	-2,8	129,7	130,2	124,4	123,0	0,9	0,5	1,2	1,4
OECD	-4,8	-4,5	-2,9	-2,8	129,7	130,2	127,7	124,2	1,4	0,6	0,7	0,6
IWF	-4,8	-4,5	-3,2	-2,8	129,7	130,2	126,3	124,3	1,4	0,6	1,4	1,0
Slowakei												
EU-KOM	-2,6	-2,9	-2,7	-2,5	54,6	53,6	53,4	53,5	0,8	1,9	1,8	0,7
OECD	-2,6	-2,9	-2,7	-2,3	54,6	53,6	53,5	53,5	1,5	0,1	0,0	0,9
IWF	-2,6	-3,0	-2,6	-2,3	54,6	54,0	53,9	54,0	1,5	0,2	0,4	0,4
Slowenien												
EU-KOM	-14,9	-4,9	-2,9	-2,8	70,3	80,9	81,5	81,7	4,8	5,3	5,4	5,6
OECD	-14,9	-4,9	-2,9	-2,5	70,3	80,9	83,0	85,1	5,6	5,9	7,8	7,7
IWF	-13,8	-5,8	-4,0	-3,4	70,0	82,9	79,8	82,1	5,6	5,8	7,1	6,5
Spanien												
EU-KOM	-6,8	-5,8	-4,5	-3,5	92,1	97,7	100,4	101,4	1,5	0,6	1,2	1,0
OECD	-6,8	-5,8	-4,4	-3,0	92,1	97,7	98,9	99,1	1,4	0,8	1,3	1,3
IWF	-6,8	-5,8	-4,3	-2,9	92,1	97,7	99,4	100,1	1,4	0,1	0,3	0,4
Zypern												
EU-KOM	-4,9	-8,8	-1,1	-0,1	102,2	107,5	106,7	108,4	-2,0	-4,0	-3,9	-4,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-4,3	-0,1	-1,1	0,2	102,2	107,1	105,7	111,0	-1,7	-1,9	-1,9	-1,4

Ouellen:

 $EU\text{-}KOM: Fr\"{u}hjahrsprognose, Mai\,2015, Statistical\,Annex.$

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2015.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2015.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	uldenquot	е	Leistungsbilanzsaldo			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Bulgarien												
EU-KOM	-0,9	-2,8	-2,9	-2,9	18,3	27,6	29,8	31,2	1,6	0,9	1,3	1,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,8	-3,7	-3,0	-2,5	17,6	26,9	28,9	30,7	2,3	0,0	0,2	-0,8
Dänemark												
EU-KOM	-1,1	1,2	-1,5	-2,6	45,0	45,2	39,5	39,2	7,2	6,2	6,1	6,2
OECD	-1,1	1,2	-1,7	-2,6	45,0	45,2	40,7	39,8	7,2	6,3	7,0	7,2
IWF	-1,1	1,8	-2,3	-2,1	45,1	42,6	43,9	44,3	7,2	6,3	6,1	5,5
Kroatien												
EU-KOM	-5,4	-5,7	-5,6	-5,7	80,6	85,0	90,5	93,9	0,1	0,6	2,0	3,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-5,2	-5,0	-4,8	-3,8	75,7	80,9	85,1	87,2	0,8	0,7	2,2	2,0
Polen												
EU-KOM	-4,0	-3,2	-2,8	-2,6	55,7	50,1	50,9	50,8	-1,3	-1,4	-1,8	-2,2
OECD	-4,0	-3,2	-2,7	-2,4	55,7	50,2	51,2	51,2	-1,3	-1,4	-1,1	-1,1
IWF	-4,0	-3,5	-2,9	-2,3	55,7	48,8	49,4	49,2	-1,3	-1,2	-1,8	-2,4
Rumänien												
EU-KOM	-2,2	-1,5	-1,6	-3,5	38,0	39,8	40,1	42,4	-1,2	-0,5	-0,8	-1,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,5	-1,9	-1,8	-1,7	38,8	40,4	40,5	40,0	-0,8	-0,5	-1,1	-1,5
Schweden												
EU-KOM	-1,4	-1,9	-1,5	-1,0	38,7	43,9	44,2	43,4	6,9	5,8	5,8	5,6
OECD	-1,4	-1,9	-1,2	-0,5	38,7	43,8	44,3	43,0	7,3	6,3	6,5	6,4
IWF	-1,4	-2,1	-1,3	-0,6	38,6	41,5	41,1	39,6	7,3	6,3	6,3	6,3
Tschechien												
EU-KOM	-1,2	-2,0	-2,0	-1,5	45,0	42,6	41,5	41,6	-2,2	-0,9	0,4	0,7
OECD	-1,2	-2,0	-1,9	-1,3	45,0	42,6	40,6	40,4	-0,5	0,6	0,8	0,8
IWF	-1,4	-1,0	-1,4	-1,2	43,8	41,6	42,0	42,0	-0,5	0,6	1,6	0,9
Ungarn												
EU-KOM	-2,5	-2,6	-2,5	-2,2	77,3	76,9	75,0	73,5	4,2	4,4	5,5	6,2
OECD	-2,4	-2,6	-2,3	-2,3	76,8	76,5	76,2	75,0	4,0	4,1	5,4	5,6
IWF	-2,4	-2,6	-2,7	-2,5	77,3	76,9	75,5	74,7	4,1	4,2	4,8	4,1

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2015.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2015.

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin

Redaktion

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Stand

Juli 2015

Lektorat, Satz und Gestaltung

heimbüchel pr kommunikation und publizistik GmbH, Köln

Bildnachweis

BMF/ Jörg Rüger

Publikationsbestellung

Tel: 03018 272 2721 Fax: 03018 10 272 2721

ISSN 1618-291X

Weitere Informationen im Internet unter:

www.bundesfinanzministerium.de www.ministere-federal-des-finances.de www.federal-ministry-of-finance.de www.stabiler-euro.de www.bundeshaushalt-info.de www.finanzforscher.de www.bundesfinanzministerium.de/APP www.youtube.com/finanzministeriumtv www.twitter.com/bmf_bund

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.